

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Ausland. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragenes in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Berlin, Danzig, Göttingen, Halle, Köln, Leipzig, Nürnberg, Posen, Stettin, Schweden und die Schweiz.

Die Interaktions-Gebühr
 Gebührt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (vollgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengeluche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. Februar 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Polizeiminister auf der Anklagebank.

Die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern, die am Montag im Abgeordnetenhaus begann, hatte ein charakteristisches Vorbild. Da der Seniorenkonvent infolge des Streifs der konservativen Fraktionen vorläufig nicht zusammentritt, waren die Mehrheitsparteien mit dem Präsidenten in einer Sonderbesprechung dahin überein gekommen, die Etatsberatungen zu kontingentieren und die Redefreiheit möglichst einzuschränken. Diesem löblichen Vorhaben sollte der Vorschlag dienen, die zum Etat gestellten sozialdemokratischen Anträge aus den Verhandlungen auszuschneiden. Genosse Hirsch erklärte, daß seine Freunde nur dann damit einverstanden sein könnten, wenn ihnen die Gewähr gegeben würde, daß die Anträge später gesondert zur Beratung kommen. Die Konservativen wollten sich darauf nicht einlassen, sie meinten, man könne doch die Sozialdemokraten nicht vor den anderen Parteien bevorzugen. Unsere Redner erwiderten, daß die Sozialdemokraten das auch gar nicht verlangen, daß sie aber andererseits gegen Vergewaltigungen geschützt werden müßten. Wohl oder übel müßten wir schließlich unseren Einspruch zurückziehen, nachdem uns die Zustimmung gegeben war, daß die Mehrheit nicht daran denke, unsere Fraktionsredner zu hindern, das auszuführen, was sie für notwendig halten.

In der Generaldebatte zum Etat befehligten sich die bürgerlichen Redner, soweit sie bisher zum Worte kamen, einer schlichten Kürze. Weinake konnte man den Eindruck gewinnen, als sei in Preußen alles in bester Ordnung. Herr v. Gohler (L.) sprach dem Minister ausdrücklich das Vertrauen seiner Freunde aus, Abg. Ding (B.) witterte in der Hauptsache nur gegen den „Sernabazillus“, der angeblich immer weiter wuchert, und verlangte eine neue Verfassung. Selbst der Nationalliberale Bohmann befehligte sich einer großen Zurückhaltung, ganz zu schweigen von Octavio v. Jedlitz, der wieder die Noabiter Vorgänge besprach und sich natürlich ganz auf die Seite der Polizei stellte.

So wäre die Debatte in der für das Dreiklassenparlament typischen Dede verlaufen, wenn nicht durch einen Zufall unser Redner Genosse Hirsch unmittelbar nach Jedlitz zu Worte gekommen wäre.

In einer zweieinhalbstündigen Rede ließ der sozialdemokratische Redner das ganze reaktionäre Verwaltungssystem des Polizeiministeriums Revue passieren. Wenn, so führte er aus, bei unserem Justizwesen immerhin leise Anzeichen einer Besserung zu entdecken sind, weicht sich das Ministerium des Innern aufs äußerste gegen jede Reform. Wenn der Freiherr v. Jedlitz meinte, der Landrat dürfe sich politisch nicht als Agent der Regierung fühlen, so ist diese Beforgnis ganz unbegründet, denn die Regierung ist umgekehrt der Agent der Landräte, die ihrerseits wieder die Agenten der Konservativen sind. Eine lächerliche Politik kleinlicher polizeilicher Bevormundung suchte zeigte sich bei dem Verbot, die Genossen Zaurds und Wandervelde nach dem Internationalen Kongress in Kopenhagen in Frankfurt am Main in französischer Sprache sprechen zu lassen. Kleinlich und zum guten Teil direkt feindselig sind auch die Schikanen der Theaterzensur, die sich die Polizei obendrein, nach der Ansicht bedeutender Rechtslehrer, verfassungswidrig anmaßt. Diese Zensur treibt die lächerlichsten Blüten in ihrer Sucht, die Stützen von Thron und Altar, die Gerechtigkeit oder gar die hohe Polizei, vor einer theatralischen Darstellung zu schützen. Verfallen diese Schikanen durch sich selbst schon der Lächerlichkeit, so spielt sich die Polizei andererseits als direktes Gemmais der Kulturverbrennung auf, wenn sie, direkt im Gegensatz zu einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts, die Berliner „Freie Volksbühne“ der polizeilichen Bevormundung unterstellen will. Ungehört ist auch die Art, wie sich die Verwaltungsbehörden über die Gesetze, speziell über das Vereinsgesetz, hinwegsetzen dürfen. In unzähligen Fällen ist im Widerspruch zu den Absichten des Vereinsgesetzes die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel verboten worden. Das Oberverwaltungsgericht hat jedesmal zugunsten der beschwerdeführenden Versammlungsveranstalter entschieden. Das hat aber noch niemals die Landräte und Bezirksausschüsse abgehalten, immer wieder die Bestimmungen des Vereinsgesetzes mit Füßen zu treten und dem Volke ein ihm zustehendes Recht zu unterbinden.

Schneidende Kritik übte Genosse Hirsch aber vor allem an dem Verhalten der Polizei in Noabiter und den empörenden Beschönigungsversuchen des Herrn v. Jagow. Unser Redner gab an der Hand der gerichtlichen Feststellungen ein Bild von dem Vorgehen der Polizei. Er schilderte, wie zahlreiche Polizeibeamte sich die abscheulichsten Ausschreitungen gegen völlig friedliche und an den Unruhen gänzlich unbeteiligte Staatsbürger zuschulden kommen ließen. Er zeigte, wie manche Polizeibeamte in der brutalsten Weise friedliche und schutlose Bürger mit dem Schädel traktiert haben, wie sogar harmlose Bürger durch den Polizeifibel tödliche Verletzungen erlitten. Er brandmarkte die Tatsache, daß Polizeiorgane es duldeten, daß

auf dem kaiserlichen Kohlenplate die Horde der Sintfischen Siebenmonatskinder über Verhaftete herfiel und sie in der rohesten Weise mißhandelte. Die drastische, aber die Scheußlichkeit der wirklichen Vorgänge kaum erreichende Schilderung tat es dem freikonservativen Abgeordneten Student derart an, daß er wütend aufsprang und den Sitzungsaal in schleunigster Flucht räumte. Die Herren seines Schlags scheinen es immer noch nicht fassen zu können, daß jetzt endlich auch die Rednertribüne des Abgeordnetenhauses zur Stätte geworden ist, von der aus die Ordnungsbahareien der Polizei durch die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten die verbiente Brandmarkung finden. Der gute Mann und wahre Zeitgenosse des Freiherrn v. Jedlitz nimmt Anstoß an einer wahrheitsgemäßen Darstellung solcher Verkommenisse. Das ist bezeichnend für diese Sorte von Politikern. Würde sich ihre Entrüstung statt in solch abgeschmackten Protesten gegen eine entsprechende Kritik derartiger Ausschreitungen in einer Mißbilligung der Ausschreitungen selbst Luft machen, so würde der Sozialdemokratie die Möglichkeit genommen sein, solch empörende Tatsachen zur Sprache zu bringen!

Genosse Hirsch richtete an den Minister des Innern immer wieder die dringliche Frage, welche Stellung denn er nun eigentlich den unglaublichen Beschönigungsversuchen des Berliner Polizeipräsidenten gegenüber einnimmt. Wollte auch er sich noch immer die unglaubliche Ansicht Herrn v. Jagows zu eigen machen, daß sich die Polizei in ihrer Gesamtheit keiner gröblichen Ueberschreitung ihrer Amtspflicht schuldig gemacht, sondern nur nach besten Kräften ihre Schuldigkeit getan habe? Werde er wirklich den Mut haben, Herrn v. Jagow in Schutz zu nehmen angesichts der Tatsache, daß das Gerichts-Erkenntnis wörtlich erklärt habe, daß in großem Umfange die schwersten Ausschreitungen zahlreicher Polizeibeamten vorgenommen seien und diese Ausschreitungen namentlich in wüsten Schimpfereien, aber auch in tätlichen Mißhandlungen bestanden hätten?

Herr v. Dallwitz, der neue Polizeiminister, blieb am Montag die Antwort darauf schuldig. Für die furchtbaren Anklagen des sozialdemokratischen Redners fand er einweilen kein Wort der Erwiderung. Damit wird er natürlich nicht durchkommen, er wird Rede und Antwort stehen müssen. Er wird erklären müssen, ob er die Kundgebungen des Berliner Polizeipräsidenten, durch die dieser sich in schroffen und schneidendsten Gegensatz zu dem Gesetz hat, was das Gericht in seinem Urteil für festgestellte Tatsachen erklärte, billigt oder nicht. Er wird sich auch nicht durch diplomatische Ausflüchte über den Fall Jagow hinwegzuhelfen vermögen. Er wird rund und klar bekennen müssen, ob er die ungeheuerliche Auffassung des Berliner Polizeipräsidenten teilt oder ob er die Feststellung des Gerichts respektiert!

Wenn aber der preussische Polizeiminister die Feststellungen des Gerichts respektiert, wird er nicht nur Herrn v. Jagow preisgeben, sondern auch die Zusage abgeben müssen, daß gegen die an den gerichtlichen festgestellten Ausschreitungen zahlreicher Polizeibeamter beteiligten Schaulente die pflichtgemäße Untersuchung eingeleitet werden wird. Hinterehende Handhabe dazu liefern ihm ja die Zeugnisaussagen während des Noabiter Prozesses, durch die eine ganze Anzahl bestimmter Polizeibeamter belastet wird. Erfolgt keine Untersuchung, so beweist der Polizeiminister damit, daß auch er gleich Herrn v. Jagow seine schützende Hand über die schuldigen Polizeibeamten breitet! Welche Schlüsse die Öffentlichkeit aus einer solch ungeheuerlichen Tatsache ziehen würde, kann Herr v. Dallwitz ja nicht verborgen sein.

Von der Erklärung des Herrn v. Dallwitz, die am Mittwoch stattfinden wird, hängt das Ansehen nicht nur der Polizeibehörde, sondern auch der deutschen Justiz ab! Eröffnet die Polizeibehörde nicht endlich ein ernstliches Verfahren (wohlgerneht ein ernstliches Verfahren, kein billiges Scheinverfahren) gegen die schuldigen Polizeibeamten, so erklärt sie damit die gerichtlichen Feststellungen, sofern sie Polizeibeamte betreffen, für belanglos, für absolut gleichgültig! Sie bekundet dann eine Mißachtung gegen unsere Gerichte, wie sie schlimmer gar nicht gedacht werden kann!

Die „gemeinsamen Satzungen“ von Fulda.

Ende vorigen Jahres sind die deutschen Bischöfe in Fulda versammelt gewesen, um über die Räte, die in der letzten Zeit den Katholizismus bedrücken, zu beraten. Sie haben sich auch mit der katholischen Arbeiterbewegung, namentlich mit dem jetzt ein volles Jahrzehnt währenden Kampf der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Fachabteilungen beschäftigt. Sie haben, wie man aus dem Brief des Papstes an Kardinal Fischer erfährt, „Vorsorge getroffen, daß die Eiferucht und die heftigen Streitigkeiten zwischen den beiden Arten von Arbeiterverbänden beseitigt werden“, sie haben weiter den beiden Organisationen „gewisse gemeinsame Satzungen

gen auferlegt, die sie zu befolgen haben, damit jede in ihrem Tätigkeitsbereich fortfahre, für den wahren Ruhm der Arbeitgeber und Arbeiter, für Förderung der Religion und des Staatswohles zu wirken“.

Während im Jahre 1900, wo sich die Bischöfe ebenfalls in Fulda mit der christlichen Arbeiterbewegung beschäftigten, das Ergebnis ihrer Beratungen in dem sogenannten Fuldaer Pastorale bekanntgegeben wurde, hört man diesmal, außer den wenigen Worten des päpstlichen Briefes, nichts davon. Weder die Bischöfe lassen etwas verlauten, noch die beteiligten Organisationen, und das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften, das in seiner letzten Nummer einen Artikel zu der Angelegenheit bringt und dabei über alles Mögliche und Unmögliche redet, schweigt sich über die Verhandlungen der Fuldaer Bischofskonferenz völlig aus. Zugleich der „gemeinsamen Satzungen“ oder „allgemeinen Vorschriften“ begnügt sich das Blatt, ohne sich auf Einzelheiten einzulassen, mit der Versicherung, daß die Fuldaer Bischofskonferenz keine Vorschriften aufgestellt hat, die etwa für die christlichen Gewerkschaften eine Aenderung ihrer Grundsätze oder ihrer seitherigen organisatorischen und gewerkschaftlichen Praxis zur Folge haben könnten oder werden.

Damit stellt das „Zentralblatt“ an die Glaubenswilligkeit derer, die nicht alles, was aus Christenmunde kommt, unbesehen als wahr hinnehmen, etwas zu starke Ansprüche. Zunächst einmal bedeutet der Befehl, daß die beiden Organisationen Frieden miteinander halten sollen, an sich schon einen schweren Eingriff in die grundsätzliche und taktische Haltung der christlichen Gewerkschaften. Sie haben die katholischen Fachabteilungen unter steter Betonung der prinzipiellen Gegensätze zehn Jahre bekämpft wegen ihrer konfessionellen Einseitigkeit, ihrer Unterordnung unter die Kirche, ihrer Ablehnung des wirtschaftlichen Kampfes. Sie haben geschworen, den Kampf fortzuführen bis zur Vernichtung des Gegners. Wenn die christlichen Gewerkschaften jetzt Frieden mit den Fachabteilungen schließen, dann möchten wir wissen, wie das möglich wäre ohne gewisse Zugeständnisse in grundsätzlicher und taktischer Beziehung.

Und nun die „gemeinsamen Satzungen“. Sie betreffen das Verhältnis der Organisation zum Staat, zur Kirche und zum Unternehmertum, also Dinge, die grundlegend in prinzipieller und taktischer Hinsicht sind. Will uns das „Zentralblatt“ glauben machen, daß hierbei nur die katholischen Fachabteilungen die Leidtragenden und die christlichen Gewerkschaften die Triumphierenden gewesen sind? Nein, dazu haben die katholischen Fachabteilungen unter den Bischöfen zu viele und zu starke Freunde. Und dann, was man von der Berliner Richtung auch sagen mag, die größere grundsätzliche Folgerichtigkeit und die größere Entschiedenheit in der Verfechtung ihrer Prinzipien muß man ihnen lassen. Die christlichen Gewerkschaften weichen eher drei Schritte, als die katholischen Fachvereine einen zurück. Die christlichen Gewerkschaften haben die „gemeinsamen Satzungen“ geilligt, und man darf annehmen, daß das nicht ohne Zugeständnisse in prinzipieller und taktischer Hinsicht geschehen ist.

Die katholischen Fachabteilungen gewähren, wie das ein Artikel in der letzten Nummer ihres Organs „Der Arbeiter“ erkennen läßt, nicht den Eindruck, als ob sie Verpflichtungen eingegangen wären oder eingehen würden, von ihrem bisherigen Wege abzulenken. Mit Genauigkeit weist das Blatt zunächst darauf hin, daß der hl. Vater zur Prüfung und endgültigen Erledigung der Gewerkschaftsfrage neue und eingehende weitere Berichte eingefordert habe. Und dann entwickelt das Blatt in bekannter Weise das katholische Gewerkschaftsprogramm, das auf der Unlösbarkeit des Wirtschaftslebens mit Religion und Moral, auf der Unterordnung jeder sozialer Aktions unter das Gebot der Kirche beruht.

Unter diesen Umständen kann man sich denken, welche von den beiden Richtungen die größeren Zugeständnisse an die „gemeinsamen Satzungen“ hat machen müssen. Und läßt man die letzten Taten der christlichen Gewerkschaften (Ruhrgebiet, Sausham, Eilenburg usw.) an sich vorüberziehen, so erkennt man, wie sehr sie sich bereits der Taktik der Fachabteilungen angepaßt haben, die sie vor kurzem noch als „gewerkschaftliche Streikbrecher“, „gewerkschaftliche Brunnenvergifter“ usw. zu brandmarken liebten.

Das Recht auf Arbeit.

London, 11. Februar. (Eig. Ber.)

Die Arbeiterpartei brachte gestern in der Adressdebatte folgendes Amendement ein:

„Und wir drücken ererblichst unser Bedauern darüber aus, daß keine Vorlage verprochen worden ist, in der das Recht auf Arbeit anerkannt wird, indem dem Staate die Verantwortung auferlegt wird, für die wirklichen Arbeitslosen direkt Arbeit oder Unterhalt zu schaffen.“

D. Grady begründete das Amendement in einer Rede, die Beachtung verdient. Er führte aus, daß die versprochene Versicherung gegen Arbeitslosigkeit nur einen Teil der Arbeiterpartei berühre und der großen Masse der ungelerten Arbeiter, die von dem Uebel am schwersten mitgenommen werde, gar nichts nütze. Die Arbeitslosigkeit sei eine permanente Erscheinung unserer Wirtschaftsordnung. Die Zeitschrift „Engineer“ habe neulich konstatiert, daß ein Unternehmer kein Angebot machen könne, wenn er nicht sicher sei, daß mindestens 2½ Prozent der Arbeiter in der Branche arbeitslos seien. Wenn nun in der bestehenden Wirtschaftsordnung die Arbeitslosigkeit eine Notwendigkeit sei, so müsse die Gesellschaft danach

sehen, daß ihre Opfer nicht der Not und Qual entgehen würden. Ob der Staat es wolle oder nicht, die Arbeitslosen müßten auch heute unterstützt werden. Heute aber unterstütze man sie in Arbeitshäusern, durch Hausunterstützungen und private Mildtätigkeit. Kein System habe mehr Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit in die Herzen des Volkes gepflanzt als das System der Arbeitshäuser. Nationalökonomien möchten über die Kosten der Anerkennung des Rechts auf Arbeit die Hände über dem Kopf zusammenschlagen; sie sollten aber bedenken, daß ein Arbeitsloser mit Frau und drei Kindern, die man ins Arbeitshaus schiebe, heute den Steuerzahlern 50 Schilling die Woche kosteten. Das Entwidlungsgesetz vom Jahre 1909 sehe die Inangriffnahme von Arbeiten zur Aufforstung, zum Bau von leichten Eisenbahnen, zur Zurückgewinnung des vom Meere verschlungenen Landes usw. vor; aber erst das Recht auf Arbeit werde dieser Maßregel, die jetzt ein toter Buchstabe sei, Lebenskraft mitteilen. Die Trunksucht sei nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit. Auch werde die Arbeitslosigkeit nicht durch den Mangel an technischer Bildung hervorgerufen, wie manche Sozialreformer glauben. Das Schicksal gelehrter Arbeiter, die nach Vollendung des vierzigsten Lebensjahres jeden Augenblick gedrückt sein müßten, auf die Straße gesetzt zu werden, lege darüber hereditäres Zeugnis ab.

Zu demselben Punkte sprachen auch noch die Arbeiterparteieller Clynes und Lansbury. Für die Regierung entgegnete der Minister Burns, der das alte Lied von dem Elend der Nationalarbeiten sang und den Armen vor allen Dingen die Selbstachtung bewahren möchte. Dieser ehemalige Sozialdemokrat hat die banalen Gemeinplätze bürgerlicher „Staatsmänner“ so vollständig in sich aufgenommen, daß sich eine Wiedergabe seiner Ausführungen erübrigt. Zudem erlaubt es ihm seine abnorm entwickelte Selbstgefälligkeit nicht einmal, den alten Lebenshüter auch den kleinsten neuen Gesichtspunkt abzugewinnen. Seine Rede klang mit einem großen Lob auf seine eigenen Verdienste und die der Regierung aus.

Interessant war das Benehmen der „Arbeiterfreundlichen“ Linksliberalen. Ein Vertreter dieser Gruppe (Widersägl), den die Londoner Liberalen bei jeder Gelegenheit als einen Freund der Arbeiter aufzutun lassen, machte die qualvollsten Anstrengungen, um sich radikal und oppositionell zu gebärden, glaubte aber, bei dieser Gelegenheit noch einmal aufzupöppeln zu müssen, und fiel denn auch, der Anziehungskraft des liberalen Parteifadels gehorchend, nach der Seite der Regierungsmehrheit. Nur die Arbeiterpartei stimmten für das Amendement.

An dieser Stelle muß ein Ereignis erwähnt werden, das sich vor einigen Tagen in dem Wahlkreis des verstorbenen Linksliberalen Sir Charles Dille abspielte. Die Vertreter der Gewerkschaften waren zusammengekommen, um über die Aufstellung eines Kandidaten für die kommende Wahl zu beraten. Der Wahlkreis (Forest of Dean) gehört seiner sozialen Struktur nach der Arbeiterpartei. Sir Charles Dille verdankte seine Wahl und seine politische Rehabilitation in erster Linie den Bergarbeitern Großbritanniens und gestand dies als ehrlicher und aufrichtiger Mensch, der er wahr, auch immer ein. Nach seinem Tode glaubte man allgemein, daß die Bergarbeiterföderation den Wahlkreis für sich in Anspruch nehmen würde. Es wurden zwei Personen genannt, die als Kandidaten in Aussicht genommen worden waren: Harry Twiss, das frühere Parlamentsmitglied für Wigan, und Robert Smilie, der Vizepräsident der Bergarbeiterföderation, beide Sozialisten. Smilie wurde in der Versammlung der Gewerkschaftsvertreter vorgeschlagen. Die Gewerkschaftsvertreter beschloßen aber, von einer Kandidatur Abstand zu nehmen und den liberalen Kandidaten, einen Bergwerksbesitzer, der ein Arbeiterfreund sei, zu unterstützen. Hoffentlich haben diese Gewerkschaftler mit ihrem Liberalen mehr Glück als die Londoner Arbeiter mit ihrem Widersägl.

Die Forderung, die die Arbeiterpartei in ihrem Amendement erhebt, wirft ein interessantes Streiflicht auf die theoretischen Auffassungen dieser Partei. Das Recht auf Arbeit wird von allen ihren Mitgliedern anerkannt, von Sozialisten wie Nichtsozialisten. Leute, denen es vor dem Sozialismus graut, treten mit Feuer und Flamme für eine Forderung ein, die doch, wie das Regierungsorgan, die „Westminster Gazette“, heute richtig bemerkt, nur durch die sozialistische Organisation der Gesellschaft verwirklicht werden kann, was sie aber nicht hindert, mit gleichem Eifer die homöopathischen Dosen der liberalen Sozialpolitik hinunterzuschlucken, die eher zu einer chinesischen Konföderation der bestehenden Gesellschaftsordnung als zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit führen können. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Arbeiterpartei bald zu einer klareren theoretischen Erkenntnis der bestehenden Gesellschaft gelangen würde, wenn sie sich mit diesem Problem intensiver beschäftigte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar 1911.

Der Marinestat.

Aus dem Reichstag, 13. Februar. Die zweite Lesung des Stats begann heute mit dem Marinestat. Das ist an sich ein ungewöhnlicher Anfang. Nach der Reihenfolge der Stats sollte die Statsberatung sofort mit dem Reichskanzler- und dem Auswärtigen Amt beginnen. In den letzten Jahren wurde es aber immer so gehalten, daß diese beiden Stats an das Ende der Statsberatung, und zwar unmittelbar vor der dritten Lesung, in der auch die nämlichen Materien behandelt werden könnten, gesetzt wurden, so daß auf diese Weise die Gelegenheit zur Beratung großer politischer Fragen im Reichstag möglichst verfrümmert. Nun bietet sich auch beim Marinestat oder beim Militärstat die Gelegenheit zur Erörterung der auswärtigen Verhältnisse. Kein Redner kann auch tatsächlich umhin, sie wenigstens zu streifen. Es ist aber bezeichnend, wie der Reichskanzler sich um jede Gelegenheit, bei der er Rede und Antwort zu stehen hätte, sorgfältig herumdrückt, daß heute weder er selbst noch der Minister des Auswärtigen zur Stelle waren. Es bestand also offenbar die Absicht, die auswärtigen Beziehungen möglichst auszuschalten und die Verhandlungen auf bloße marineteknische und Budgetfragen zu beschränken.

Diesem Zweck diene auch eine Anregung, die der Präsident Graf Schwerin im Einberufen mit den Mehrheitsparteien ergehen ließ, die Erörterung der Frage der Geheimsitzungen mit der allgemeinen Erörterung, die beim Titel „Staatssekretär“ stattfindet, zu verbinden. Ledebour erhob Widerspruch dagegen, da es klarer und auch geisterreicher sei, wenn die Fragen getrennt debattiert würden.

Die Mehrheit stimmte aber dem Präsidenten zu. Der Verlauf der Verhandlungen, in dem wegen dieser Häufung der Materie nur drei Redner zum Wort kamen, bewies, wie verkehrt dies Verfahren ist.

Zunächst überhäufte Herr Erzberger vom Zentrum und der Konservative Herr Dröcher um die Wette den Marineminister mit Schmeicheleien. Herr Erzberger besonders suchte die Entwicklung der deutschen Kriegsflotte und die erreichten Resultate im rosigsten Licht darzustellen. Bei der Frage der Heizerzulage suchten sie beide die Kürzung auf die Hälfte zu rechtfertigen, und bemühten sich auch beide, durch Angriffe auf die Sozialdemokratie, ihre schwache Position zu decken.

Dem neugeborenen Großadmiral v. Tirpitz waren die Lobeserhebungen der beiden konservativ-kerikalen Bundesbrüder eingegangen wie Honigseim. Gerührt statierte er seinen Dank ab und bemühte sich dann, die alte Versicherung zu wiederholen, daß nur lauterste Friedensliebe die deutsche Regierung zu Rüstungen antreibe. Auch er erging sich dann in einem langen Rechtfertigungsversuch für die Kürzung der Heizerzulage.

Genosse Ledebour trat dann dem Marineminister und seinen beiden Sekundanten mit dem Nachweis entgegen, daß das forcierte Wettrüsten nicht dem Frieden diene, sondern die Kriegsgefahr heraufbeschwöre und daß deshalb ein allein wirksames Mittel zur Sicherung des Friedens das seit Jahren von der Sozialdemokratie empfohlene internationale Abkommen betreffs der gegenseitigen Reduktion der Rüstungen und der Abschaffung des Seebeuterechts sei. Ledebour kam im weiteren Verlauf seiner Erörterungen auch auf die vom Großadmiral Prinzen Heinrich vor einem Kriegerverein gehaltene Rede zu sprechen, in der er zum Kampf gegen den „inneren Feind“ bei den bevorstehenden Wahlen aufgefordert hatte.

Ueber die Kritik geriet der Marineminister v. Tirpitz in große Erregung und erklärte, daß der Großadmiral nichts gesagt habe, wogegen sich etwas einwenden ließe. Ledebour wahrte in einer persönlichen Bemerkung seinen Standpunkt. Dann wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Ein Vergeßlicher.

Herr Diederich Hahn, Reichstagsabgeordneter, Direktor und Vorderechner des Bundes der Landwirte, ist schon wiederholt vorgeworfen worden, daß seine Behauptungen meist nicht stimmen und auf Wahrheit wenig Anspruch haben. Auch wolle man manche Psychologen unter den Reichstagsabgeordneten entdecken haben, daß Herr Hahn die besondere Fähigkeit besitzt, unangenehme Dinge, wenn er danach gefragt wird, plötzlich zu vergessen. Daß Herr Hahn in der Tat manchmal außerordentlich vergeßlich ist, zeigt folgender von der „Berl. Volksztg.“ erzählte Vorfall:

Bei den Verhandlungen des Reichstages über die Zulassung der Volksschullehrer zum Lehramt hatte Herr Hahn den Auftrag auszuführen, den Umfall seiner Partei zu verteidigen. In der Kommission hatten Konservative und Reichspartei gegen die Zulassung der Lehrer gestimmt und jetzt beanspruchten die Konservativen die „Priorität“ für ihren Antrag, der diese Zulassung forderte. Herr Dr. Hahn suchte durch einen großen Wortschwall die Aufmerksamkeit der Hörer von der Hauptfrage auf Nebendinge abzulenken und sprach darum von „Lehrerbeförderung“, vom „Deutschen Lehrerbund“, vom „Neuen Preussischen Lehrerverein“ und von der politischen Stellung der Landwirte. Dabei spielte sich folgende Episode ab:

Abgeordneter Hahn: Heute liegt die Sache nicht mehr so wie früher; wir haben einen Neuen Preussischen Lehrerverein mit einem eigenen Blatt, dem „Deutschen Lehrerbund“. (Zuruf links: Was zahlen Sie dafür?) Der Abgeordnete Fischbeck macht mir den parlamentarisch doch recht ungebührlichen Zwischenruf: Was zahlen Sie dafür? Oder die Lehrer an uns? Gar nichts! Wir zahlen nichts dafür! (Ruf links.) Nein, meine Herren, wir zahlen nichts dafür, sondern dies Blatt wird durch die Zusammenwirkung der Lehrer und eines fleißigen, den Agrariern nahestehenden Verlages herausgegeben. (Zuruf links.) Einen Pfennig, meine Herren, diese unerhörte Invektive weise ich zurück (Dravol rechts. Unruhe links) — als ob der Bund der Landwirte dafür etwas zahlte!

Was aber schrieb der Direktor des Bundes der Landwirte, derselbe Herr Dr. Diederich Hahn am 14. Dezember 1908 in einem vertraulichen Briefe an die konservativen Abgeordneten und Vertrauensmänner des Bundes? Folgendes:

Sollen aber die Aufwendungen, die von Seiten des Bundes der Landwirte und der „Deutsches Tagesztg.“ für das „Dtsh. Lehrerbund“ gemacht worden sind, nicht umsonst gemacht worden sein, soll die für uns so günstige und unsere Bestrebungen unterstützende Bewegung der Landwirte von Dauer sein, so muß die Möglichkeit gegeben werden, ihnen in unserem neuen Organ außer den Artikeln, die ihre Interessen vertreten, auch andere wirtschaftspolitische Rost vorzulegen.

Wenn hat nun Herr Hahn eigentlich die Wahrheit — vergeschwiegen?

Nationalliberale Arbeiterkandidatur in Bochum-Gelsenkirchen.

Im Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen hat nach langen, schweren Wehen die nationalliberale Fehrenpartei endlich die Notgeburt einer Arbeiterkandidatur zur Welt gebracht. Es hat sich schließlich doch ein leidhaftiger Bergmann bereit gefunden, sich als nationalliberalen Kandidaten aufstellen zu lassen: der Bergmann Hoesmann, der seit vorigem Herbst von Gnaden des Bochumer Vereins Stadtverordneter in Bochum ist. Die Auffstellung erfolgte gestern, am Sonntag, in einer nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung, die von tausend Personen besucht war.

Eine dumme Drohung.

Staatssekretär v. Riederlen-Wächter hat sich in der Schiffsabgabenkommission über die ablehnende Haltung Hollands und Oesterreichs ausgesprochen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kommt am Sonnabend darauf zurück und zwar sagt sie:

„Die Berichte, die in einigen Blättern über diese Erklärungen auf Grund von Indiskretionen veröffentlicht worden sind, sind vielfach sinnentstellend. In besonderer Weise ist die Wendung, daß der Staatssekretär die Opposition gegen den Gesetzentwurf im Auslande nicht trotzich nehme, lediglich auf die Protestumgebungen ausländischer Interessentenkreise bezogen. Erklärungen auswärtiger Regierungsstellen hat der Staatssekretär hierbei nicht beherzigt.“

Im Anschluß daran führt das Regierungsblatt aus:

Wir wollen hierzu bemerken, daß sich die Vertreter der Verbündeten Regierungen, wenn sich die Gemohnheit solcher Indiskretionen fortsetzen sollte, in den Kommissionen eine sehr viel größere Zurückhaltung bei dem Auslegen müßten, was sie sonst zu sagen berechtigt wären.“

Diese Bemerkung ist so dummdreist, daß einige Worte dazu gesagt werden müssen. Die Uebung, selbst Ausführungen ganz allgemeiner Art als vertraulich zu bezeichnen, artef geradezu in großen Umfang aus. Dinge, die die Spaken von den Dächern pfeifen, werden als vertraulich erklärt und damit der Besprechung im Plenum, in der Presse und in der Agitation entzogen — die denkbar bequemste Art, Schwächen und Blößen der Regierung vor der öffentlichen Kritik zu bewahren. Hat man doch im vorigen Jahre in der Budgetkommission versucht, selbst die Tatsache, daß die Militärverwaltung enorme Tuchvorräte auf Lager hat, als vertraulich zu bezeichnen. Die bürgerlichen Parteien fühlen sich durch das „Vertrauen“, das man in sie setzt, ungeheuer „geehrt“ und merken gar nicht oder wollen nicht merken, daß man ihnen unter dem Stempel der Vertraulichkeit die gleichgültigsten Dinge anvertraut. Im Interesse der unbeeinträchtigten Kritik muß gegen diese ganze Geheimnistuerei, hinter der in Wirklichkeit gar nichts steht, mit allem Nachdruck protestiert werden.

Schon wieder eine Hohenzollernrede.

Prinz Heinrich, Bruder Wilhelms II., ist bisher bei Hohenzollernreden meist der leidende Teil gewesen. Irrten wir nicht, so war er das Objekt, an den die Reden Wilhelms II. von der „gepanzerten Faust“, von dem „Dreißig“, der in unsere Kraut gehört“ und andere gerichtet waren. Aber das familiäre Redetalent scheint doch auch in ihm ziemlich stark zu sein, und so ist denn jetzt der Prinz ebenfalls aktiv als Redner aufgetreten. Als Anfänger hat er sich zunächst eine Kriegervereinsveranstaltung zum Versuchssubjekt erkoren. In Festesstimmung sprach Prinz Heinrich also:

„Liebe Kameraden!

Ich freue mich von Herzen darüber, daß Sie Zeit und Kosten nicht scheut, und meiner Anregung zu dem heutigen Abend und zu einem Besammentreffen beim Clafé vier Folge geleistet haben. Es ist mir dies um so erfreulicher, als wir in einer überaus ernsten und schweren politischen Zeit leben. Trotz eines 40jährigen Friedens erfreut sich das Deutsche Reich nach außen unverändert seiner von allen Seiten geachteten Machtstellung. Sieht man so seinen Anlaß, um den äußeren Feind, die Reider Deutschlands in aller Welt, zu fürchten, so haben wir alle Veranlassung, um so wachamer zu sein und als alte und junge Soldaten zu unserem Kaiser und allerhöchsten Kriegsherrn zu stehen und sich um ihn zu scharen im Kampfe gegen den immer drohender werdenden inneren Feind. Wir sind weit entfernt, irgend jemandem seine politische Meinung wie deren Betätigung auf gelegentlichem Wege zu verargen. Wo aber der Boden des Geheges verlassen wird, da hat ein jeder von uns die Pflicht, die Obrigkeit zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß Recht und Ordnung nicht verkehrt werden. Es wird sich, wie wir alle wissen, im kommenden Jahre in nicht zu fernem Zeit gelegenheit bieten, königstreue und staatsbehaltende Gesinnung bei aller sonstiger Verschidenheit der Meinungen zu beweisen. Die festeste Säule des Staates ist und bleibt die Armee unter ihrem allerhöchsten Kriegsherrn. Ihm gelte unser erstes Hoch. Se. Maj. der Kaiser Gurra!“

Da Prinz Heinrich als Redner viel weniger geübt ist als sein Bruder, so ist auch seine Ausdrucksweise nicht ganz klar. Es ist also kein Wunder, daß die Worte gegen den inneren Feind in der besangenen bürgerlichen Presse auf die Sozialdemokratie bezogen worden. Aus dem ganzen Zusammenhang geht aber hervor, daß unter dem drohenden inneren Feind, der den Boden des Geheges verlassen hat, jedenfalls jene Elemente unter den Männern des Herrn v. Jagow gemeint sind, deren verdrähtisches Verhalten vor Gericht bereits gebrandmarkt worden ist. Die Auffassung des Prinzen Heinrich, die sich der ritterlichen Autorität beugt, steht also in einem erfreulichen Gegensatz zu dem verstockten Troh der Bethmann, Beseler und Jagow.

Wenn unsere Auffassung dieser Rede, woran wir nicht zweifeln, die richtige ist, dann muß man immerhin zugestehen, daß diese Hohenzollernrede sich in erfreulicher Weise über jenes Niveau erhebt, das sonst auf Kriegervereinsfesten üblich ist.

Was wird aus der Strafprozessreform?

Heute begann im Reichstag, außergewöhnlich spät, die zweite Lesung des Stats, die sich mindestens bis zum Eintritt der Osterferien hinziehen wird. Dann erst kann die unterbrochene Beratung der Strafprozessreform fortgesetzt werden. Wenn sie zu Ende kommt, läßt sich heute noch gar nicht übersehen. Die Regierung droht aber bereits offen mit dem Scheitern des Entwurfs, wenn die in zweiter Lesung gefassten Beschlüsse, daß als Strafrichter nur ständig angestellte Richter betitelt werden dürfen und daß Laien auch in der Berufungsinanz zugezogen werden müssen, in der dritten Lesung aufrecht erhalten werden sollten. Besonders in der letzteren Frage will die Regierung unter keinen Umständen nachgeben, womit die ganze Reform ziemlich wertlos gemacht würde.

Zwischen der zweiten und dritten Lesung wird also ein umfassender Stuhhandel stattfinden.

Manumung und Oberverwaltungsgericht.

Zu dem Bericht über die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht gegen den Polizeipräsidenten von Köln wegen Verfolgung der Genehmigung eines Umzuges am 1. Mai wird uns aus Köln geschrieben:

„Wenn man den Bericht liest, so möchte man fast zur Kritik der Begründung des abweisenden Urteils die Worte darunter setzen, die in der neuesten Nummer des „Simplicissimus“ Rada Roda den Polizeipräsidenten von Wien bei dem Verbot eines Stüdes sprechen läßt: „Die amtliche Entscheidung enthält doch nur die Ausreden; die Gründe behalten wir immer für uns!“ Alle Erfahrungen, alle Hinweise auf andere große Städte, wo Raumzüge genehmigt wurden und ohne Eintreffen irgend-einer der vom Kölner Polizeipräsidenten, vom Bezirksausschuß und vom Oberverwaltungsgericht angeführten angeblichen Besürchtungen sich vollzogen haben, alle Berufung auf die Bestimmungen des Gesetzes und den Willen der Gesetzgebung — alles dies hat auf die drei Instanzen nicht den mindesten Eindruck gemacht. In der Stadt des alljährlichen Karnevalslandes, der den ganzen inneren Straßenbahnverkehr stilllegt und hunderttausend Menschen auf die Beine bringt, so daß jeder Verkehr auf den Straßen stundenlang stockt, in der Stadt, die den ganzen Sommer hindurch allsonntäglich in den einzelnen Vierteln große Pflanzprojektion schiebt, die den Verkehr einige Stunden lahmlegen, in der Stadt, die den Eucharistischen Kongreß mit seiner beispiellosen Pflanzprojektion beherbergt hat, als deren Begleitercheinung mehr als fünfhundert — jawohl: mehr als fünfhundert Ohnmachtsanfalle und Verlegungen zu verzeichnen waren — in dieser Stadt dürfen die Anhänger der modernen Arbeiterbewegung am 1. Mai nicht für ihre Kulturforderungen, nicht für den Weltfrieden demonstrieren! Was die Herren vom Oberverwaltungsgericht über die ihnen gewiß ziemlich fremden besondern Kölner Verhältnisse und über Umzüge im allgemeinen in der Urteilsbegründung behaupten, ist alles durch die Erfahrung längst widerlegt; es zeigt nur, wie sehr sie sich bei der „Begründung“ in Verlegenheit befanden.“

in Abhängigkeit von der im Reichsstaatsrat Besetzung auf diese Verwaltungsgeschäftliche Bestätigung des Volksurteils in unsere Rechtszustände ja nicht zu warten brauchen.

Neue Unruhen in Deutsch-Südwestafrika.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet, daß nach der Mitteilung der englischen Grenzpolizei ein Teil der Simon-Kopper-Leute bei Pala und Namardrift die südafrikanische Grenze zu überschreiten sucht. Der Polizeikommandant von Namardrift hörte am Abend des 7. Februar Gemeiner. Da auch auf deutschem Gebiet eine bewaffnete Bande festgestellt ist und sämtliche Eingeborenen und Viehwächter in der Gegend von Steinkopf verschwunden sind, wurde das Kommando des Südbezirks angewiesen, die Bande energisch zu verfolgen und die Bوندels zu überwachen. Eine Verbindung zwischen den Simon-Kopper-Leuten und den Bوندels bei Steinkopf erscheint nicht ausgeschlossen.

Ein toleranter Antisemit.

In Halle a. S. erscheint ein antisemitisches Standaßblatt, „Reform“ geheißt, dessen Redakteur Schröder dieser Tage in einer Schwurgerichtsverhandlung wegen betrügerischen Konkrotts eines jüdischen Kaufmanns als Zeuge vernommen wurde. Dabei stellte sich heraus, daß der teutsche Antisemitenhumpfen fröhlich und froh als Sachwalter des Konkrotteurs fungiert hatte. Während er am Tage in seiner „Reform“ die Juden kritisierte, fürchterlich über die Unmoral des jüdischen Kapitals schimpfte und Standaßgeschichten aus jüdischen Geschäften erzählte, führte er am Abend dem jüdischen Kaufmann die Bücher und brachte sie in Ordnung. Wie das geschah, geht daraus hervor, daß sich zahlreiche Eintragungen für „Mag und Moritz“ fanden oder Buchungen auf den 30. Februar 1909! Für seine solcher Art beschaffene Vernichtung erhielt der Antisemitenführer 120 M. Dem Bericht versicherte er, daß er sich nur deswegen mit dem Juden eingelassen, weil er herausgefunden, daß dieser „ein guter Mensch“ sei. Der Konkrotteur erhielt 1 1/2 Jahre Gefängnis.

Mandatsmüde.

Der fortschrittliche Abgeordnete Schröder, der Vertreter für Dessau, hat sich endgültig entschlossen, nicht wieder zu kandidieren. Im Wahlkreise Dessau-Herbst wurde Schröder 1907 als Mandat mit 19 153 gegen 18 322 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Als sozialdemokratischer Kandidat ist bekanntlich in Dessauer Wahlkreis Genosse ausgesteht.

Wie ein Agrarier die Fleischnot beseitigen will.

Der „Praktische Landwirt“, ein in Halle a. S. erscheinendes landwirtschaftliches Organ, macht zur Beseitigung der Fleischnot folgenden erbaulichen Vorschlag:

Die Fleischnot hängt, wie von anderer Seite schon dargelegt wurde, damit zusammen, daß die Landwirte zur Pflege des Viehes nicht mehr genug Weiden erhalten. Wenn vorzusagen ein gewisser Eindämmungsversuch der Landflucht der Dorjugend von Erfolg sein soll, wird vor allem die Schaffung eines Fonds nötig sein, aus dem jungen Leuten, die sich zur Landwirtschaft und Viehzucht berufen, eine jährliche Gratifikation von beiläufig 50 M. jährlich gewährt werden kann, die dem Waisen beim Eintritt zum Militär, dem Mädchen bei ihrer Verheiratung, im allgemeinen bei Vollendung des 20. Lebensjahres ausbezahlt wird. Bei beiden Lebensabschnitten werden diese 50 M. (von der Konfirmation an gerechnet) eine hochwillkommene Beihilfe bilden und gewiß viele junge Leute bis zum gegebenen Zeitpunkt an die Landwirtschaft und Viehzucht festhalten. Und woher die Mittel nehmen? Gar kein Grund! Der Landwirt kann sie selbstverständlich nicht aufbringen. Da die großstädtischen Vergnügungen aber einen wesentlichen Faktor der Landflucht mit bilden, sollen diese auch quasi die Beche bezahlen, und zwar in der Weise, daß jede Eintrittskarte zu irgend welcher Vergnügungsanstalt mit einer Steuer von 5-20 Pf. belegt wird. Außerdem könnte aber auch wenigstens ein Teil jener Summen, die alljährlich für Studium bewilligt und gespendet wird, mit zu dem Zwecke Verwendung finden.

Dem Bildungs- und vergnügungsfeindlichen Verfasser dieser Notiz gebührt ein Ehrenvorsitz im Bunde der Landwirte!

Soldatenshänderei.

Vor dem Kriegsgericht der 15. Division stand der Unteroffizier Mahlbürg vom Pfüllierregiment Nr. 40 in Koblenz unter der Anklage, in den Jahren 1907 und 1908 gewohnheitsmäßig die Wehrleute durch Schläge mit dem Seitengewehr mißhandelt zu haben. Einen Soldaten schlug er mit dem Gewehrkolben auf den Kopf. Infolge der fortgesetzten Mißhandlungen ist dieser Soldat desertiert. Als er mit blutendem Kopfe auf der Straße lag, kam der Hauptmann hinzu; aber aus Furcht vor weiteren schweren Mißhandlungen hatte er nicht den Mut, die brutale Mißhandlung zu melden. Er zog es vor zu desertieren, wofür er mit sieben Monaten Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse bestraft wurde. Auch von allen anderen Soldaten hat keiner trotz der langandauernden Mißhandlungen, Qualereien und Schikanierungen den Mut gehabt, den Schinder zu melden. Erst infolge der Desertion des erwähnten Soldaten kamen nach dessen Ergreifung die Schandtaten des Mahlbürg heraus. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

England.

Die Auslandsfrage vor dem Unterhause.

Man schreibt uns aus London: Als erste parlamentarische Folge der „Schlacht von Sidney Street“ kam die Einwanderungsfrage im Unterhause zur Sprache. Ein konservativer Abgeordneter fragte den Minister des Innern, ob er Gesetzesmaßnahmen vorschlagen werde, um die Einwanderung unbeherrschter Personen zu verhindern. Churchill antwortete, daß ein solches Gesetz bereits besteht, und daß er weitere Gesetzesvorschläge über diesen Punkt nicht vorschlagen werde. Auf eine weitere Frage teilte Churchill mit, daß im Jahre 1910 610 776 Ausländer nach England eingewandert und 597 506 von hier ausgewandert sind; der Ueberschuß betrug also 12 270. Diese Zahlen sind nicht ganz zuverlässig, und der Ueberschuß schließt Besucher, Durchwandernde und Seeleute ein.

Auf eine Frage über die ausländischen Verbrecher antwortete Churchill, daß die Zahl der Ausländer die Zahl der Verbrechen nicht merklich beeinflusst, wie die Gefängnisstatistiken beweisen. Der höchste Prozentsatz der ausländischen Gefangenen war im Jahre 1904 erreicht, als dieser 2,22 Proz. betrug. Seitdem ist die Zahl der ausländischen Gefangenen um mehr als die Hälfte zurückgegangen, und das Verhältnis ist jetzt 1,20 Proz. Diese Zahlen weisen an sich nicht auf die Notwendigkeit, das Gesetz strenger zu gestalten. Es sei wahr, daß die auf Grund eines Gerichtsurteils ausgewiesenen ausländischen Verbrecher häufig dennoch wiederkommen, aber es liege an den Gerichten, solche Leute streng zu bestrafen.

Die vorsichtig formulierten Antworten Churchills laßen nicht den zureichenden Schluß zu, daß die Gefahr reaktionärer Gesetzgebung aus Anlaß der Gombolditz-Affäre völlig beseitigt ist. Die Konservativen haben beschlossen, selber einen

solchen Gesetzentwurf im Unterhause einzubringen, wozu sie nach Ostern Gelegenheit haben werden.

Einbringung der Gesetze gegen das Oberhaus.

London, 13. Februar. Im Unterhaus teilte Premierminister Asquith heute mit, er hoffe, daß die Adreßdebatte Mittwochabend beendet werden würde. Am Donnerstag würde die Regierung dem Hause eine Resolution unterbreiten, nach der alle Eintragungen bis zu Ostern der Beratung der Regierungsvorlagen zugewiesen werden sollen. Am nächsten Montag beabsichtige die Regierung, die Parliamentsbill einzubringen. (Redaktioneller Beisatz bei den Ministerialen.)

Rußland.

Gegen China.

Petersburg, 12. Februar. Die offiziöse „Rossija“ zählt in einem langen Leitartikel eine Reihe von Verletzungen des Petersburger Vertrags aus dem Jahre 1881 durch die chinesische Regierung auf. Das Blatt meint, die angeführten Tatsachen riefen den Verdacht hervor, die chinesische Regierung werde von dem Hintergedanken geleitet, die Bedeutung der Rechte und Vorrechte Rußlands zu untergraben. Die Haltung Chinas sei um so verdächtiger, als der Vertrag im August 1911 außer Kraft tritt, sobald auch nur eine Seite eine Revision verlange. Sollte die chinesische Regierung die Warnungen unbeachtet lassen, so werde die russische Regierung wirksame Mittel zum Schutze ihrer verletzten Rechte und Interessen zu finden wissen. Die Verantwortung für die Folgen falle ausschließlich auf die chinesische Regierung.

Persien.

Zurückziehung der russischen Truppen.

Petersburg, 12. Februar. Die russische Regierung hat den Beschluß gefaßt, ihre seit 1908 in Kaswin in Persien befindliche Truppenabteilung zurückzuziehen.

Aus der Partei.

Ein Gedächtnisblatt für Paul Singer

bietet der „Wahre Jacob“ in seiner sechsten erschienenen 20 Seiten starken Nummer seinen Lesern. Ein wahrer Jacob! Nachruf, dem ein gutes Porträt beigegeben ist, entstammt der Feder Eduard Bernstein's. Außerdem wird ein Brief Singers aus den ersten Tagen des Sozialistengesetzes, der einen Einblick in die damaligen Verfolgungen der Partei gewährt, im Kassimile veröffentlicht.

In übrigen präsentiert sich die Nummer als eine Spezialnummer „zur Bunderparade“, die bekanntlich diesmal nicht im Fiskus Busch, sondern im Gipsalaß zu Berlin stattfindet. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir:

Bilder: Der Junkerhut. Von M. Bauselow. — Eine ostpreussische Adulle. Von Erich Schilling. — Clown Hard im Gipsalaß. Von M. Bauselow. — Fleischnotrummel. Von G. W. Jenisch. — Aus dem Berliner Straßenleben. Von G. Erl und anderen mehr. Text: Der Kollektende. Von Lehmann. — Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Von Balduin. — Der Reichsverband rüdt an. Von Tobias. — Japan. Von Balduin. — Von der Kronprinzengruppe. Von L. — Das närrische Berlin. — Der römische Standaß. Von Tobias. — Der Preis der 20 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Reichstagskandidatur.

In der am Sonntagvormittag abgehaltenen Delegiertenversammlung für den dritten Hamburger Reichstagswahlkreis sprach Genosse Wilhelm Wegger, der den Kreis seit 1880 ununterbrochen im Reichstage vertritt, über „Die kommenden Reichstagswahlen“. Der Antrag, Genosse Wegger wieder mit der Kandidatur zu betrauen, fand einstimmige Annahme. Daß dieser aus den Vororten und dem Landgebiete bestehende Kreis zu den Hochburgen unserer Partei gehört, braucht nur ein passant erwähnt zu werden.

Arbeiterens Sozialökonomie.

Unter diesem Titel hat unser Genosse Punterbold, der an der sozialdemokratischen Abendsschule zu Kristiania als Lehrer tätig ist, eine Rationalökonomie für Arbeiter herausgegeben, die an dieser Schule als Lehrbuch benutzt wird. In dem engen Rahmen von 102 Druckseiten gibt die Schrift eine Uebersicht über die Geschichte der Nationalökonomie und ihrer verschiedenen Systeme sowie eine Darlegung der Grundlehren des wissenschaftlichen Sozialismus. Das Buch soll dem strebenden Arbeiter die Kenntnisse vermitteln, die zu einem gründlichen Verständnis des Klassenkampfes und seiner Bedingungen notwendig sind, und ist dazu auch offenbar in hohem Maße geeignet, um so mehr, als es ja zur Grundlage für den Unterrichtsstoff dient, der dem Lernenden Gelegenheit bietet, sich immer wieder über Dinge, die ihm nicht hinreichend verständlich sein sollten, Aufklärung zu verschaffen. Nach einer Einleitung über das Wesen und die Bedeutung des Lehrgegenstandes werden die verschiedenen Systeme und Richtungen der Nationalökonomie in ihren Zusammenhängen kurz und treffend geschildert. Was der Verfasser dabei über die deutschen Kathedersozialisten sagt, könnte vielleicht zu einer Ueberschätzung dieser Leute führen, wenn dergleichen auch dem Verfasser gänzlich fern liegt. Er schreibt von dem Berliner Professor Adolf Wagner: „Gleicherweise die Sozialisten fordert er, daß das jetzt herrschende privatkapitalistische Rechtssystem aufgehoben werde, aber will hierbei nur die Hilfe der Gesetzgebung haben.“ Der Satz muß den Eindruck erwecken, daß Wagner die Grundlagen des Kapitalismus ernsthaft erschüttern will. Besser wird die Richtung durch den darauf folgenden Satz charakterisiert: „Wagner meint, daß er im Staatssozialismus den goldenen Mittelweg zwischen Liberalismus und Sozialismus gefunden habe.“ Den breitesten Raum nimmt selbstverständlich der wissenschaftliche Sozialismus ein, dessen Lehren dem Leser klar und leichtfaßlich vorgeführt werden. Dabei kommen auch die theoretischen und tatsächlichen Differenzen, wie sie ja am deutlichsten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie hervorgetreten sind, nicht zu kurz. Der Verfasser widmet ihnen nicht weniger als 14 Seiten seines Buches und gibt namentlich eine Uebersicht über die Polemiken zwischen Bernstein und Kautsky. Punterbold wendet sich entschieden gegen den Revisionismus und schreibt über dessen Vertreter unter anderem: „Ihrer Politik fehlt nicht allein Ziel, sondern auch Point. — Die Revisionisten sind schon auf der Schwelle zu allgemeiner wässeriger Liberalismus angelangt; noch stehen sie schwankend, aber verlassen sie den Programmpunkt: Uebernahme der Produktionsmittel durch die Gesellschaft, so haben sie damit das Recht verloren, sich Sozialdemokraten zu nennen.“ Daß in den gelehrlichen Angaben Kautsky's „Arbeiterprogramm“ und sein „Offenes Antwortschreiben“ in das Jahr 1888 verlegt werden, ist offenbar nur ein Druckfehler; es sollte heißen 1882 und 1883. — Den Schluß des Buches, dem ein zweiter Band folgen soll, bildet eine „Sozialhistorie“, eine Uebersicht über die Geschichte der sozialen Verhältnisse in ihrer Abhängigkeit von den Produktionsweisen.

Soziales.

Ermäßigung der Wartezeit beim Anspruch auf Altersrente.

Nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes beträgt die Wartezeit zur Erlangung der Altersrente 1200 Beitragswochen. Diese Wartezeit ermäßigt sich jedoch für diejenigen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 1891) das 40. Lebensjahr erreicht hatten um je 40 Wochen für jedes Jahr, um das das 40. Lebensjahr überschritten war. Voraussetzung für die so herabgesetzte Wartezeit ist jedoch, daß der Versicherte in den drei Jahren vor dem Inkrafttreten des Gesetzes, also 1888, 1889 und 1890, beurlaubt, wenn auch nicht ununterbrochen, gearbeitet verzeichnet hat. Dieser Nachweis wird jedoch erlassen, wenn der Antragsteller in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes mindestens 200 Beitragswochen auf Grund der Versicherungspflicht geleistet hat.

Der Arbeiter Albert Sch., 1839 geboren, stellte bei der Landesversicherungsanstalt Berlin den Antrag auf Bewilligung der Altersrente. Sch. hatte den Nachweis über 740 geleistete Beiträge (resp. als solche anzurechnende Krankheitswochen) geführt. Der Antragsteller wurde abgewiesen, weil er in den ersten fünf Jahren nur 151 Beitragswochen nachweisen, aber eine Bescheinigung über Beschäftigung in den Jahren 1888, 1889 und 1890 nicht beibringen konnte. Die ermäßigte Wartezeit, in unserm Fall 725 Wochen, kam nicht in Betracht. Sch. sollte vielmehr 1200 Wochen Wartezeit zurücklegen. Nach vieler Mühe gelang es Sch., feizustellen, wo er in den Jahren 1888 bis 1890 gearbeitet hatte. Es wurde gegen den ablehnenden Bescheid der Landesversicherungsanstalt Berlin Verurteilung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung eingelegt und nun, geküßt auf die von Sch. beigebrachte Bescheinigung, der Nachweis geführt, daß Sch. ein Anrecht auf die Ermäßigung der Wartezeit habe. Das Schiedsgericht verurteilte darauf die Landesversicherungsanstalt zur Zahlung der Rente.

Je mehr Zeit seit dem Inkrafttreten des Invalidenversicherungsgesetzes vergeht, um so schwerer dürfte es den Versicherten werden, sich Arbeitsbescheinigungen aus den Jahren 1888, 1889 und 1890 zu beschaffen. Der vorstehende Fall darf daher als Mahnung gelten, daß sich die Versicherten, sofern sie derartige Bescheinigungen nicht besitzen, derartige Bescheinigungen zeitlich zu beschaffen, um eine Altersrente erlangen zu können.

Werkwürdige Praktiken im Submissionswesen.

Am Mittwoch verhandelte die Strafkammer II des Landgerichts Hamburg in zwölfstündiger Sitzung gegen sieben Inhaber großer Baufirmen (gegen zwei erkrankte bzw. verreiste Angeklagte soll später verhandelt werden), die sich des Verbrechens schuldig gemacht haben sollen. Die Verhandlung gewährte einen tiefen Einblick in die „übliche Praxis“ im Submissionswesen. Eine Frau E. hatte sieben Baufirmen aufgefordert, Offerten zum Bau eines Speichers einzureichen, wobei sie sich vorbehielt, die Auswahl unter den Mindestfordernden zu treffen. Die Unternehmer sind vorzüglich organisiert. Denn sie wußten sofort, welche Firmen zu submittieren beabsichtigten. Die neun Inhaber der sieben Firmen traten also zu einer Sitzung zusammen, festten den Minimalpreis für den Bau auf 160 000 M. fest, übertrugen dessen Ausführung der Firma Gebrüder Haupt, schlugen 21 000 M. hinzu, in welche Summe sich die „ausfallenden“ sieben Firmen teilten, so daß jede, ohne einen Handschlag getan zu haben, 3000 M. erhielt. Die „ausgefallenen“ Offerten waren entsprechend höher gehalten. Durch einen Architekten, der in Anträgen von der einen Firma schied, erhielt Frau E. Kenntnis von dieser Submissionsform, die, worauf sie eine Bewilligung gegen Gebrüder Haupt anstregte, die verurteilt wurden zur Zahlung eines Teiles der eingeklagten Summe. In diesem Prozeß, der alle Instanzen beschäftigte, wurden die sauberen Praktiken der zum Teil millionenschweren Firmen aufgedeckt, und nun wanderten die Alten an die Staatsanwaltschaft.

Die Angeklagten weisen entschieden zurück, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben, weil das von ihnen beobachtete Verfahren überall geübt werde; es handle sich um die „übliche Praxis“ zur Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz, eine andere Möglichkeit gebe es nicht, um sich vor Schäden gegen Unterbietungen zu schützen.

Die Sachverständigen, darunter der Vorsitzende des Arbeiterverbandes, Holst, und Obermeister Lumert, hatten gegen diese Praktiken durchaus nichts einzuwenden, die Unternehmer müßten sich schützen vor unlauterer Konkurrenz, die „Entscheidungen“ bildeten nur ein Äquivalent für die Rufen und Kosten bei einer Submission, im übrigen Deutschland werde es zum Teil ebenso gemacht, wo es noch nicht durchgeführt sei, müsse es mit Hilfe der Organisation angestrebt werden usw. Ein Sachkundiger erklärte, die Unternehmer hätten Millionen an solchen Submissionsbeteiligungen verloren.

Wie in der Verhandlung erörtert wurde, haben in der Sitzung der Unternehmer nur drei „Kalkulationen“ vorgelegt, die anderen Unternehmer erhielten durch Los die Summe zugeteilt, die sie ihren Offerten zugrunde legen mußten.

Der Staatsanwalt bezeichnete diese Submission als eine Farce, die in dem Zivilprozeß gegen die Firma Haupt vom Oberlandesgericht als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet worden sei, die Angeklagten hätten sich einen Vermögensvorteil erschlichen, aber trotzdem müsse er aus subjektiven Gründen Freisprechung beantragen, weil die Angeklagten sich nicht bewußt geweisen seien, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft zu haben.

Das Gericht schloß sich nach längerer Beratung diesem Antrage an.

Die „Kommodien“ im Submissionsverfahren können also ungehindert weiter ausgeführt werden. Den Bauarbeitern bieten sie einen guten Fingerzeig für ihre Dispositionen; sie werden die stereotypen Erklärungen der Unternehmer: „Wir können der Konkurrenz wegen keine höheren Löhne bewilligen.“ gebührend einschätzen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Homosexualitätsparagrah und die Frauen. Unter der großen Zahl rückschrittlicher Bestimmungen, die der neue Regierungsentwurf zum Strafgesetzbuch vorliegt, befindet sich auch die Ausdehnung des Homosexualitätsparagrahen auf die Frau.

Eine Protestkundgebung gegen die geplante Gesetzesverschärfung veranstaltete dieser Tage der Bund für Mutterchutz. Das einleitende Referat hielt Dr. Helene Stöcker. Obwohl — nach ihren Worten — der Bund eine seiner Aufgaben darin erblickt, der normalen Liebe zwischen Mann und Weib jede Förderung zu erwirken, hält er es doch für angezeigt, jetzt für die neu und schwer bedrohten Frauen einzutreten, die von den Gesetzesbestimmungen der §§ 175 resp. 260 getroffen werden könnten. Die Rednerin verurteilt unsere gesamte heutige Gesellschaftsmoral und fordert zur Abwehr der staatlichen Einmischungsversuche auf.

Dann sprach Dr. Magnus Hirschfeld vom Standpunkt des Spezialarztes und Naturforschers zum Thema. Es gibt zwischen den Geschlechtern Zwischenstufen, die vom Durchschnittstypus abweichen. Die Natur bringt nicht selten volle und halbe Mittler hervor, die nicht normal empfunden können. Da eine riesige Zahl von Vergehen gegen den § 175 geheim bleibt, so ist nicht die Tat strafällig, sondern das Pech, das einer hat. Im übrigen hofft der Redner von den kommenden Reichstagswahlen eine Niederlage der Reaktion.

Professor Bruno Meyer erörterte das Thema von rechtswissenschaftlichen Gesichtspunkten aus und kam gleichfalls zu unbedingten Verurteilung der Vorlage. Er hält jede staatliche oder gesellschaftliche Einmischung in geschlechtliche Dinge für verfehlt, solange kein Rechtsgut geschützt werden muß. Verletzungen von Rechtsgütern wären z. B. Mißbrauch jugendlicher, bewußtloser oder nicht verfassungsfähiger Personen, Gewalttate oder Körperverletzungen. Die Bestimmungen über Sittlichkeitsverbrechen im Str.-G.-B. bilden überhaupt einen Komplex, der getrennt werden sollte, um so mehr, als die höchsten Rechtsgüter der Freiheit nicht genügend geschützt sind.

Zum Schluß hielt Dr. med. Heinz Stabel eine Rede. In einem kurzen kulturhistorischen Rückblick kam er zu dem Schluß, daß wir es in der Vernehmung der Homosexuellen mit einem Rückerschlag der Moraltheorie des Mittelalters zu tun haben, die jeden Geschlechtsakt für unstatlich erklärte, der nicht der Zeugung dient. Normal geworden ist noch kein Homosexueller durch den § 175. Wohl aber trägt die geltende Rechtsauffassung zu ihrer Vernehmung bei, indem sie die unglücklichen zur Verurteilung zwingt. Eine gewaltige Zunahme homosexueller Akte durch nicht abnorme Veranlagung haben zweifellos auch die bekannten Standaßprozesse verursacht. Redner betont am Schluß, wie Dr. Stöcker im Eingangsreferat, daß der Bund für Mutterchutz nur aus reinen und natürlichen Gründen an die Behandlung dieses heißen Themas gegangen sei. Eine im Sinne der Referate gehaltene Protestresolution fand Annahme.

Gewerkchaftlichen.

Cariffbewegung der Buchdrucker.

Der Tarif der deutschen Buchdrucker läuft mit Ende dieses Jahres ab, und rüsten sich daher die Buchdrucker allerorts, um Anträge für die neuen Tarifverhandlungen zu stellen. Die Berliner Buchdrucker ergreifen die Initiative am Sonntag, den 12. Februar, in den Kiefernräumen der „Neuen Welt“ Stellung dazu. Schon lange vor Beginn der Versammlung waren alle Säle der „Neuen Welt“ drückend gefüllt. Die Zahl der Anwesenden dürfte mindestens 8—10 000 betragen haben und viele Hunderte mußten im Garten oder in anschließenden Lokalen warten, bis die denkwürdige Tagung ihr Ende erreichte. Selten sind Massen von Arbeitern von dem Ernst der Situation so erfüllt gewesen, wie in diesem Falle. Kein Mißton regte sich bei den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner, sondern stürmischer Beifall griff Platz, als die Anwesenden als für die Tarifrevision gestellten Anträge vernommen hatten.

Die Anträge gipfelten in der Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und der Grundpositionen, Beseitigung der Ueberstundenarbeit, Ausbau der Lehrlingskala und des Arbeitsnachweises. Der Referent wies in überzeugender Weise nach, wie in den letzten Jahren nicht nur alle Lebensmittel, Wohnungsmiete und Abgaben sich um 20 bis 30 Prozent durch die somose Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung erhöht hätten, sondern auch wie sich die Ausgaben durch die gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnisse immer drückender gestalten. Die Arbeitslosigkeit unter den Berliner Buchdruckern hat eine Höhe erreicht, wie sie in anderen Gewerben nicht üblich ist. Von 10 500 Gehilfen waren im vergangenen Jahre 4300 wiederholt arbeitslos, und zwar nicht nur auf wenige Tage, sondern monatelang, dabei grassiert im Gewerbe die üppigste Ueberarbeit, unter der nicht nur die Gehilfenschaft, sondern auch die Lehrlinge zu leiden haben. Nicht weniger denn 4 bis 5 Stunden kamen auf jeden Lehrling pro Woche bei einer in den Monaten April und Mai im vergangenen Jahre aufgenommenen Statistik. Aus den Berichten der Berliner Ortskrankenkasse ist ersichtlich, daß die Tuberkulose immer mehr unter den Lehrlingen um sich greift, und — kaum Gehilfe geworden — sind viele dem Tode geweiht. — Von den 10 500 dem Berliner Verein angehörenden Gehilfen wohnen 3933 Gehilfen in 81 Gemeinden, 2172 Gehilfen in der Nähe der Betriebe; 8466 arbeiten in Berlin und nur 602 in den Vororten. Die Ausgabe für Jahrgelder beträgt über 10 000 Mk. pro Woche für diejenigen Gehilfen, die außerhalb oder in den verschiedensten Himmelsrichtungen wohnen, um nach der Arbeitsstelle zu gelangen. — Ein weiterer Mißstand in den Berliner Buchdruckereien ist der, daß die Arbeitspausen fast nie eingehalten, sondern immer verschoben werden oder durchgearbeitet wird. In Staub und Schmutz müssen viele Gehilfen ihre Mahlzeiten einnehmen. Kein Wunder seien daher die vielen Erkrankungen der Lungen und Atemungsorgane. — Hinreichender Schutz unserer Gesundheit, auskömmlicher Lohn, Unterbringung der Arbeitslosen, dies sind die Hauptaufgaben, die wir zu erfüllen haben.“ Mit diesen Worten schloß der Referent seine Ausführungen.

Die Vorschläge des Gewerkschaftsrates wurden darauf einstimmig angenommen unter Zugrundelegung folgender Resolution:

Die am 12. Februar 1911 in den überfüllten Sälen der „Neuen Welt“ versammelten mehr als 10 000 Buchdrucker Berlins erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten und den Anträgen des Gewerkschaftsrates sowie der Antragsteller zur diesjährigen Tarifrevision in jeder Beziehung einverstanden und bezeichnen die herrschenden Teuerungsvhältnissen entsprechende Lohnaufbesserung, sowie eine Bekämpfung der erschreckend hohen Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und wirklich durchgreifende Maßnahmen gegen das Ueberstundenunwesen als unbedingt erforderlich. Die Versammlung verlangt für Berlin die durchgehende Arbeitszeit und spricht die feste Zuversicht aus, daß der bevorstehende Verbandstag in Hannover den ersten Willen unseres größten Ganges mit circa 12 000 Mitgliedern gebührend würdigen und die Gehilfensvertreter beauftragen wird, die volle Schwerkraft unserer großen Gesamtorganisation für die Verwirklichung dieser unumgänglich notwendigen Forderungen einzusetzen.

Ferner gedachte die Versammlung der um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfenden Londoner Buchdrucker. Sie verurteilte das Gebahren der verschiedensten Berliner bürgerlichen „tariftreuen“ Blätter, namentlich der „Morgenpost“ und des „Lokal-Anzeigers“, durch Aufnahme von Inseraten, durch die sie den kämpfenden Londoner Buchdruckern in den Rücken fallen, auf das entschiedenste und nahm folgende Resolution an, die sie der Londoner Severegeellschaft per Telegramm übermittelte:

Die am 12. Februar 1911 zum Zweck der Stellungnahme zur Tarifrevision versammelten 10 000 Buchdrucker des Gaus Berlin gedenken bei dieser Gelegenheit auch ihrer um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfenden Berufsangehörigen in London. Die Versammelten erblicken ebenfalls in der Verkürzung der Arbeitszeit eine dringende Notwendigkeit, die aus den Verhältnissen der heutigen Produktionsweise entspringt und in ihrer Hauptfrage die ungeweuer um sich greifende Arbeitslosigkeit zu bekämpfen geeignet ist. Die versammelten Berliner Buchdrucker drücken daher ihren Londoner Kollegen die wärmste Sympathie zu ihrem gerechten Kampfe aus und wünschen ihnen einen vollen Erfolg.

Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Cariffbewegung und den Verband der deutschen Buchdrucker.

Berlin und Umgegend.

Das Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe

trifft am 16. Februar d. J. zu seiner ersten Tagung in Berlin (Reichstagsgebäude) zusammen. Vorgelesen sind drei Verhandlungstage: Donnerstag, Freitag und Sonnabend. Ob es in dieser Zeit den vorliegenden Stoff bewältigen wird, ist allerdings fraglich. Auf der Tagesordnung stehen 106 Beschwerdeschriften, die zusammen 145 Streitpunkte umfassen. Von den drei Verbänden bis jetzt vorgelegenen 67 Beschwerdeschriften sind 42 vom Arbeiterverband für das Baugewerbe eingebracht, 8 vom Deutschen Bauarbeiterverband und Zimmererverband gemeinsam, 6 vom Deutschen Bauarbeiterverband allein, 8 vom Zimmererverband allein, 2 vom Christlichen Bauarbeiterverband allein und 1 vom Deutschen Bauarbeiterverband und vom Christlichen Bauarbeiterverband gemeinsam. In den überwiegenden Fällen (42 von 67) sind also Arbeitgeberverbände Beschwerdeführer. Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß in allen oder auch nur in der Mehrzahl dieser Fälle die Arbeiter die Beschwerdeführer wären, sondern im Gegenteil, in der Mehrzahl dieser Fälle werden Zumutungen an

Die Arbeiter gemacht, die man als Lohn auf einen paritätischen Tarifvertrag bezeichnen kann.

Achtung, Vater! Bei der Firma Seerig u. Jvends, Reindorf, Eichhornstraße, haben die Kollegen keinen Lohn erhalten und warnen wir unsere Kollegen davor, dort in Arbeit zu treten. Die Bauten sind Grünthaler Straße 66 und Transvaalstraße 21. Die Ortsverwaltung.

An die organisierten Arbeiter von Groß-Berlin!

Die unterzeichnete Ortsverwaltung Berlin III (Bierabzieher) des Verbandes Deutscher Gastwirtsgehilfen ersucht die Arbeiter Groß-Berlins, in allen ihren Verkehren und Vereinslokalen darauf zu achten, daß die dort beschäftigten Bierabzieher auch organisiert sind. Es ist dies um so notwendiger, als infolge der Einzelarbeitsnachweise der Bierabzieher dieselben für die gewerkschaftliche und politische Organisation schwer zu haben sind, es doch aber Pflicht eines jeden zielbewußten Arbeiters ist, die indifferente Masse aufzuklären. Die Verbandskarten sind in diesem Vierteljahr rot mit schwarzem Druck, und müssen die Beitragsrubriken ordnungsmäßig abgestempelt sein. Die in Groß-Berlin erscheinenden Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten. Verband Deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin III (Bierabzieher).

Deutsches Reich.

Achtung! Steinschneher, Pflasterer!

Warnung vor Arbeitsannahme nach Casablanca (Marokko).

Ein Unternehmer B. in Hamburg oder Altona sucht Steinschneher nach Casablanca. Wir müssen unsere Kollegen dringend vor Annahme dieses Angebots warnen, da der betreffende Unternehmer die Arbeit zweifellos nur als Subunternehmer übernommen hat und den Namen seines eigentlichen Auftraggebers trotz wiederholter Erfindungen verschweigt. Der Unternehmer B. bietet jedoch keinerlei Garantie, daß die Arbeiter, die nach Casablanca gehen, ihren Lohn erhalten, da dieser schon bei Arbeiten in Deutschland wiederholt erst auf gerichtlichem Wege zur Zahlung der schuldigen Löhne veranlaßt werden konnte. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß nun unter anderem Namen Steinschneher zu engagieren versucht werden. Wir warnen unsere Kollegen deshalb dringend vor Annahme irgendwelcher Angebote. Jedemfalls empfehlen wir ihnen, vorkommendenfalls sich unter allen Umständen zuerst an ihren Verbandsvorstand zu wenden; er gibt auch unorganisierten Kollegen in dieser Frage gern Auskunft. Zentralverband der Steinschneher, Berlin N.W., Dielestr. 17.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Am 12. Februar fand in Bochum eine von den drei Organisationen, aller Verband, Polnische Berufsvereinigung und Gewerkschaft der Bergarbeiter (G.-D.) einberufene allgemeine Revierkonferenz der Schachtdelegierten statt. Der Zweck der Konferenz war, die Berichte über die stattgefundenen Sitzungen der Arbeiterschüsse entgegenzunehmen, in welchen über die von den drei Verbänden gestellten Forderungen verhandelt worden ist. Anwesend waren 419 Delegierten, welche 260 Schachtanlagen vertraten.

Aus den Berichten über die Arbeiterschüsse ist folgendes für die Öffentlichkeit von Interesse: Die Forderung nach einer 15prozentigen Lohnerrhöhung wurde von allen Grubenverwaltungen abgelehnt. Ihre ablehnende Haltung begründeten die Werksvertreter mit der augenblicklichen immer noch ungünstigen Geschäftslage in der Montanindustrie. Ferner hindere sie die englische Konkurrenz, die geforderte Lohnerrhöhung zu bewilligen.

Lehtere zwänge sie, ihre Kohlen zum Teil unter den vom Kohlenhändler festgesetzten Mittelpreisen zu verkaufen. Die meisten Grubenverwaltungen haben aber versprochen, bei steigender Konjunktur auch die Löhne entsprechend steigen zu lassen.

Eine Anzahl Grubenverwaltungen haben aber auch Versprechungen gemacht, die Löhne sofort aufzubessern. Unter anderen hat die Zeche Zwedel versprochen, die Löhne um 30 Pf. pro Schicht zu erhöhen. Viktoria Matfios will die besonders niedrigen Löhne aufbessern. Die Verwaltung von Eulenbaum und der Dammensbaumhütte verspricht, die Betriebsführer anzuweisen, die Gebinde so zu regeln, daß die Arbeiter auskömmliche Löhne verdienen könnten. Die Verwaltung der Zeche verspricht, die Löhne ab 1. Februar zu erhöhen, auf einen bestimmten Prozentsatz wollte sie sich aber nicht festlegen. Ähnliche Zugeständnisse haben eine Anzahl anderer Grubenverwaltungen gemacht. Mehrere Grubenverwaltungen wollten durch den weiteren Ausbau ihrer „Wohlfahrtsanstalten“ zu Hilfe kommen, um dadurch der allgemeinen Teuerung entgegen zu wirken. Daß die Arbeiter unter der herrschenden Teuerung leiden, haben mehrere Grubenverwaltungen anerkannt, aber betont, an der Teuerung seien sie nicht schuld, sondern die Parteien, welche für die hohen Zölle gestimmt hätten. Der Direktor der Zeche Rheinpreußen meinte, die Arbeiter sollten sich wegen der Teuerung beim Zentrum beschweren. Besonders hervorzuheben verdient aber noch, daß sich die Herren Werksvertreter bei der Ablehnung einer 15prozentigen Lohnerrhöhung auf den „Christlichen Gewerksverein“ berufen haben. Es wurde angeführt, alle Arbeiter wollten ja gar nicht eine 15prozentige Lohnerrhöhung, besonders die „Christlichen“ nicht, diese hätten nur gebeten, das Zahlen von Löhnen zu vermeiden, die weit unter dem Durchschnitt stehen. Herr Grubendirektor Höp von Consolidation benutzte sogar zur Begründung der Ablehnung einer 15prozentigen Lohnerrhöhung ein vom „Christlichen Gewerksverein“ herausgegebenes Flugblatt!

Punkt 2 der eingereichten Forderungen kommt nur für etwa die Hälfte der Gruben in Betracht, da auf den anderen das Verbauen der Strecken und sonstige Nebenarbeiten besonders bezahlt werden. Die Mehrzahl der Grubenverwaltungen, denen diese Forderung gestellt war, lehnten dieselbe ab. Eine Anzahl haben aber auch in dieser Beziehung Zugeständnisse gemacht. Unter denen, welche diese Forderung ablehnten, gehört auch Zeche Amalia in Berne. Merkwürdig ist aber die Begründung mit der das geschah. Die Grubenverwaltung ist der Ansicht, daß, wenn die Nebenarbeiten nicht bezahlt werden, die Sicherheit in der Grube größer sei. Wenn jetzt ein Stempel gebrochen sei, gingen die Hauer von selbst hin und setzten einen anderen. Würde es aber besonders bezahlt, täten sie das nicht, sondern warteten, bis der Steiger kommt und es ihnen befiehlt. Das glaubt den Herren kein Mensch, der die Verhältnisse kennt, denn das Gegenteil ist richtig.

Die Forderung bezüglich des Zwangsarbeitsnachweises ist von allen Grubenverwaltungen abgelehnt worden. Die Werksvertreter behaupten, der Arbeitsnachweis sei eine Wohlfahrtsanstalt, die sie mit großen Opfern für die Arbeiter geschaffen hätten. Dafür sollten ihnen letztere eigentlich dankbar sein.

Sämtliche Konferenzteilnehmer waren einmütig der Ansicht, daß die ablehnende Haltung der Werksvertreter nicht berechtigt ist und, soweit Zugeständnisse gemacht sind, wurden dieselben als ungenügend bezeichnet. Einstimmigkeit herrschte aber auch darüber, daß die Werksvertreter eine wesentlich andere Haltung eingenommen hätten, wäre der „Christliche“ Gewerksverein gemeinsam mit den anderen Organisationen vorgegangen. Er ist daher dafür mit ver-

antwortlich zu machen, daß bei der Bewegung bisher nicht erzielt wurde.

In der ausgiebigen Diskussion, an der sich Delegierte aller 1 Organisationen beteiligten, sprachen sich die meisten Redner i Rückficht auf die schosste Handlungsweise der „Christlichen“ geg einen sofortigen Streit aus. Der Kampf solle vertagt werden, u abzuwarten, ob die Werksvertreter ihre gegebenen Versprechen ei lösen werden. Aber es soll auch den „Christlichen“ der Haupt vorwand genommen werden, der sie angeblich hindert, sich der Lohn bewegung anzuschließen. Sie behaupten ja, der Verband habe die Lohnbewegung inszeniert wegen der bevorstehenden Reichstagswahl.

Es wurde beschlossen, von den drei Organisationen ein gemeinsames Flugblatt herauszugeben, worin die Bergarbeiter über die Verhältnisse aufgeklärt werden sollen.

Folgende Resolution wurde mit 349 gegen 60 Stimmen angenommen:

„Die heute in Bochum tagende Konferenz der Schachtdelegierten der drei Organisationen nimmt mit Bedauern Kenntnis von der den Arbeitern so wenig entgegenkommenden Haltung der Werksvertreter in den Arbeiterschüssen. Die Konferenz erkennt die von den Werksvertretern angeführten Gründe für ihre ablehnende Haltung nicht als berechtigt an. Sie ist vielmehr der Ansicht, daß bei einigermaßen gutem Willen die Forderungen bewilligt werden könnten.“

Neben der Ablehnung der Forderungen durch die Werksvertreter verurteilt die Konferenz aufs schärfste die veräbterliche Haltung der christlichen Gewerksvereinsleitung, wodurch die Werksvertreter mit veranlaßt wurden, den Forderungen der drei anderen Verbände wenig entgegenkommen zu zeigen. Die Konferenz erwartet von den Mitgliedern des christlichen Gewerksvereins, daß sie auf die Leitung ihrer Organisation in dem Sinne wirken, daß selbige ihre arbeiterschädigende Handlungsweise unterläßt. Denn nur durch einig und geschlossenes Vorgehen aller Bergarbeiter können deren berechtigte Forderungen durchgesetzt werden.

Die Konferenz hält nach wie vor die von den drei verbündeten Organisationen gestellten Forderungen aufrecht und erwartet von den Grubenbesitzern, daß sie dieselben erfüllen. Mit Rückficht auf die gegenwärtige, durch die Maßnahmen der Gewerksvereinsleitung für die Arbeiter ungünstig gestalteten Situation beschließt die Konferenz, den Bergleuten zu empfehlen, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, um zu sehen, ob die Werksvertreter ihre Versprechen, die Löhne steigen zu lassen, einlösen werden. Die Konferenz erklärt aber, daß der Kampf nur als vertagt zu betrachten ist, wenn die Versprechungen, welche den Bergarbeitern seitens der Werksvertreter gemacht worden sind, nicht erfüllt werden. Er soll in diesem Falle zu einer gelegenen Zeit mit aller Energie aufgenommen und nötigenfalls mit den äußersten Mitteln weiter geführt werden. Die Konferenz beauftragt die Vorstände, in diesem Sinne zu handeln.“

Der Kassatter Streikbrecherführer, der unter dem Namen „Langer Toni“ sich einer romantischen Berühmtheit erfreut, ist vom dortigen Schöffengericht wegen groben Unfugs und Bedrohung zu 4 Tagen Gefängnis verurteilt worden, welche durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Er gibt selbst zu, den Streikenden mit Niederschießen bedroht zu haben, wenn sie etwas wollten. Es waren unheimliche Situationen in Kaspatt, als der Toni vor seinen mit Dolchen ausgerüsteten Hingemännern unter den Augen der bewaffneten Staatsmacht für die Aufrechterhaltung der „Ordnung“ in Kaspatt sorgte. Jetzt kann der sehr beachtliche Bandenführer wieder in die Waggonsfabrik als Platzkommandant zurückkehren, wo er eine Zahl Arbeiter, insbesondere aus dem christlichen Lager finden wird, die aus der Umgebung Kaspatts als Streikbrecher herbeikamen und unter der Leitung dieses Banditen in rüstiger Gesellschaft befinden. Die Aussichten für die Streikenden werden dadurch nicht schlimmer.

Letzte Nachrichten.

Von Knechtelpanen erschlagen.

Babrze, D.-Schl., 13. Februar. (B. G.) Nach einer Knechtelpanei kam es zwischen Beteiligten zu einer furibunden Schlägerei, wobei ein Arbeiter so empfindlich mißhandelt wurde, daß er kurz darauf starb. Das Gesicht des Toten war bis zur Unkenntlichkeit zerfleischt. Der Täter ist verhaftet.

Unter den Nädern der Straßenbahn getötet.

Bamberg, 13. Februar. (B. G.) In der Hauptwachtstraße wurde die 24jährige Bauersfrau Büttner von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet.

Eine Standalaffäre in Pola.

Pola, 13. Februar. (B. G.) Hier ereigt eine Standalaffäre großes Aufsehen. Unter dem Verdacht der Enselmacherei wurden eine Ehefrau und neun kompromittierte Personen verhaftet.

Maßnahmen gegen die Pestgefahr.

Petersburg, 13. Februar. (B. T. B.) Wie der medizinische Generalinspektor aus Wladivostok meldet, sind bisher im Küstengebiet keine Erkrankungen an Pest festgestellt worden. In den Stationen Waganitschnaja und Kizilsk, Ussurijsk sind Krankenhäuser und an den belebten Fahrtrassen ärztliche Beobachtungsstationen eingerichtet worden, so in Chuntshun, Poltawa und Zman. Zur Zeit der Eröffnung der großen Schiffsahrt wird die ärztliche Beobachtungsstation in Wladivostok erweitert werden. Es ist beabsichtigt, die koreanische Vorstadt von Wladivostok, welche aus einer Anzahl eng zusammengebrängter und dichtbewohnter Bauhöfen besteht, niederzuliegen und die Bevölkerung an einer anderen Stelle wieder anzusiedeln. Zur schleunigen Feststellung des ersten Pestverdächtigen Falles ist ein umfassender sanitärer Rundschafsbienst organisiert worden.

In Chorbis sind gestern neunzehn Todesfälle an Pest zu verzeichnen gewesen.

Soldatenrevolte in der Türkei.

Ueslab, 13. Februar. (B. G.) Ein zum großen Teil aus Albanesen bestehendes Rekrutbataillon in Ghilanz erklärt, revoltieren zu wollen, wenn man es zwingt, nach dem Aufstandsgebiet im Hemen zu gehen. Auch die Reservisten aus Brechewo und Kalkanale haben, als sie in Saloniki eingeschifft werden sollten, dagegen Protest erhoben. Nur mit großer Mühe gelang es den Offizieren, die Disziplin aufrecht zu erhalten.

Vorbereitungen der türkischen Flotte.

Konstantinopel, 13. Februar. (B. G.) Alle türkischen Kriegsschiffe haben in diesen Tagen Befehl erhalten, ihre Ausrüstung bis spätestens Anfang Frühlings zu vollenden. Mehrere Schiffe der Rarmaralotte werden zurzeit in den hiesigen Docks repariert.

Reichstag.

126. Sitzung, Montag, den 13. Februar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Marineetat.

Die Beratung beginnt bei Kapitel 45 (Reichsmarineamt und Marinekabinett) Titel 1 (Gehalt des Staatssekretärs).

Präsident Graf Schwerin schlägt vor, das Zulagewesen hier gleich mit zu behandeln.

Abg. Ledebour (Soz., zur Geschäftsordnung): das Zulagewesen ist sehr umfangreich und es wird deshalb einfacher sein, es gesondert bei Kapitel 51 (Geldverpflügung der Marineteile) zu behandeln.

Abg. Dr. Strauß (Op., zur Geschäftsordnung) wünscht das Zulagewesen erst in Kapitel 51 bei den Titeln 9-18 (Zulagen für Offiziere, Lohnungszulagen für Mannschaften und persönliche Zulagen) behandelt zu sehen.

Die Abg. Wassermann (natl.) und Erzberger schließen sich dem Wunsch des Präsidenten an, da bei dem Titel Staatssekretär doch niemand verhindert werden könne über die Zulagen zu sprechen.

Präsident Graf Schwerin will das Haus über seinen Vorschlag abstimmen lassen.

Abg. Ledebour (Soz., zur Geschäftsordnung) erhebt hiergegen Widerspruch, da niemand verhindert werden kann, wenn jetzt auch über das Zulagewesen gesprochen werde, bei den betreffenden Titeln wieder das Wort zu nehmen und auch Anträge zu stellen.

Abg. Wassermann (natl.) beantragt, die Beratung des Kapitels 51 mit der des Titels Gehalt des Staatssekretärs zu verbinden.

Präsident Graf Schwerin schlägt vor, auch das Kapitel 52 (Zustandshaltungen) gleich mit zu verhandeln, da auch hierbei das Zulagewesen eine Rolle spielt.

Abg. Ledebour (Soz., zur Geschäftsordnung) widerspricht diesem Vorschlag; das Kapitel 52 hat gar keinen Zusammenhang mit dem Zulagewesen, außer daß ein sozialdemokratischer Antrag vorliegt, einen darin enthaltenen Titel zu erhöhen, um den Heizern die bisherigen Zulagen zu lassen.

Abg. Dr. Strauß (Op., zur Geschäftsordnung) schließt sich dem Vordrucker an.

Abg. Wassermann (natl.) beantragt, die Beratung der ersten Titel des Kapitels 52, die ebenfalls mit dem Zulagewesen zusammenhängen, mit der des Gehalts des Staatssekretärs zu verbinden.

Dieser Antrag wird angenommen.

Hierzu liegt der Antrag Tirpitz und Genossen (Soz.) vor: Für das Maschinen-, Funkentelegraphen-, Artilleriemechaniker-, Mechaniker-, Feuermeister- und Heizerpersonal, dem durch die Neuordnung des Zulagewesens die Stellenzulagen entzogen sind, werden die Zulagen in der bisherigen Höhe wieder hergestellt und hierzu wird in Kapitel 52 der Titel 2a (Stellenzulagen) statt 2 908 000 M. eingefügt: 3 228 000 M.

Abg. Erzberger (Z.): Die deutsche Flotte ist keineswegs auf Schulden gebaut, der Schiffsbauwert unserer Flotte ist größer als der auf Anleihe genommene Teil, und dies Verhältnis wird von Jahr zu Jahr besser. Wir waren also mit unserem Flottengesetz und seiner Bindung auf dem richtigen Wege. Die französische Regierung nimmt sich jetzt unser Flottenprogramm zum Vorbild und selbst im englischen Unterhaus hat man unser Flottengesetz fast als musterhaft bezeichnet; fast als einziger Fehler wurde seine Elastizität bezeichnet, die wir gerade als einen besonderen Vorzug betrachten. Jetzt muß der Hauptnachdruck auf den inneren Ausbau der Marine gelegt werden, auf die Heranbildung tüchtiger Mannschaften und Offiziere, die sittlich-religiös sein müssen; dann sind auch ihre Kräfte widerstandsfähiger und sie werden dann auch leichter den Alkohol. Auch die technische Verbesserung darf nicht vernachlässigt werden — übrigens hat sie durch die Bindung des Flottengesetzes nicht gelitten. — Wir haben auf unsern Wunsch eine Denkschrift über das Zulagewesen erhalten. Es ist anerkennungswert, daß es dem Staatssekretär gelungen ist, hier durch die Neuordnung eine Ersparnis von 1,4 Millionen Mark zu erzielen. Es ist zu billigen, daß in Zukunft „blinde Tafelgelder“ nicht mehr gezahlt werden. Aber ich bekämpfe alle Zulagen prinzipiell, das Gehalt soll auskömmlich sein. Gegen die neuen Zulagen wird kaum jemand etwas einzuwenden haben. Ein Streit ist entstanden bei den Zulagen des Maschinen- und Heizer-

personals. Sie erhielten bisher 20 Pf. pro Tag, die gestrichen wurden. Die Kommission hat sie ihnen für die Tage wieder bewilligt, an denen sie aktiven Dienst als Heizer tun, d. i. ungefähr die Hälfte der Tage des Jahres. Das ist ein weitgehendes Entgegenkommen. Der weitergehende Antrag der Sozialdemokraten hat mich überrascht, da die Sozialdemokraten ja am Schluß wieder den ganzen Etat ablehnen (Laden bei den Sozialdemokraten), wie sie ja auch längst wieder eine Vermögenssteuer, die Reichswertzuwachssteuer abgelehnt haben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Dröschner (L.): Der Etat hält sich im Rahmen des Flottengesetzes und vermeidet alles nicht ganz Notwendige. Für dies Entgegenkommen, das dem Staatssekretär sicher nicht leicht geworden ist, spreche meine politischen Freunde ihm Dank aus. (Zustimmung rechts.) Die Flottenpolitik unseres Flottengesetzes hat sich durchgesetzt und alleseitige Anerkennung errungen. Nach dem Zeugnis französischer Fachmänner — die sich sehr scharf gegen die Flottenbudgetantagonisten der ehemaligen Minister Klotz und Salletan wenden — ist die französische Marine ganz außerordentlich von der deutschen Marine überflügelt worden. Die Kieler Werftvorgänge sind völlig ungerechtfertigterweise verallgemeinert worden. (Sehr wahr! rechts.) Auf weitere Vereinfachungen kann vielleicht der Rechnungshof hinwirken, der immer sich bewußt bleiben muß, daß er um des Etats und der Flotte nicht um seinetwillen da ist. Die Marinewerwaltung muß stets in der Lage sein, günstige Konjunkturen auf dem Arbeits- wie auf dem Warenmarkt auszunutzen. — Falls und nur zu durchsichtigen agitativen Zwecken aufgestrichelt ist die Behauptung, daß auf Kosten der Mannschaften zugunsten der Offiziere gespart worden sei. Was die Heizer betrifft, so sind wir prinzipiell der Ansicht der Marinewerwaltung, daß die Heizer so wenig wie andere Kategorien einen Anspruch auf besondere Entschädigung für die Erfüllung ihrer Dienstpflicht haben. Aus praktischen und aus Billigkeitsrücksichten heraus sind wir aber für Gewährung einer Zulage für die Tage, an denen sie wirklich als Heizer Dienst tun, lehnen aber alle weitergehenden Anträge ab. Wir lehnen daher den agitativen sozialdemokratischen Antrag ab, der an die Begehrlichkeit der Heizer appelliert. Natürlich möchten die Sozialdemokraten den Geist nationaler, uneigennütziger Pflichterfüllung erlösen. Wenn dieser Geist aber erstirbt wird, dann werden Marine und Armee zu stumpfen Waffen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) — Mit Recht verbietet sich der Staatssekretär Einmischung außerhalb der Verwaltung stehender Verbände in die Arbeitsbedingungen der ihm unterstellten Betriebe. Diese Ablehnung bedeutet durchaus keinen Eingriff in die gewerkschaftliche Koalitionsfreiheit. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Rüge der Staatssekretär erfolgreich weiter arbeiten an der segensreichen Entwicklung unserer glänzenden Seemacht! (Lebhafte Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Die beiden Vordrucker haben unser Vorgehen nach dem Flottengesetz gebilligt. Auch ich glaube, daß es nur auf Grund des Flottengesetzes möglich war, die Flotte so auszubauen, wie es geschehen ist. Daß unsere Flotte nicht aggressiven Zwecken dienen soll, ist für jeden Deutschen selbstverständlich. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Das geht auch klar aus der Begründung des Flottengesetzes hervor. — Der Unglücksfall des Unterbootes bei Kiel ist in sehr eigentümlicher Weise erfolgt. Wäre das Boot einfach gesunken, so hätten die Mannschaften noch für 48 Stunden Luft gehabt und es wäre völlig Zeit zum Heben gewesen. Nun hat aber das Boot eine eigentümliche Schräglage angenommen und dabei entwickelten sich erstickende Gase im Schiffsraum, so daß sofort mit der Rettung der Mannschaften vorgegangen werden mußte. Wäre zufällig das Hebelstück der „Sultan“ zuerst zur Stelle gewesen, und wäre das Boot erst auf den Grund gesenkt und dann gehoben worden, so wären vielleicht die drei Leute im Turm gerettet worden, von den 28 Leuten im Schiffsraum aber wäre ein großer Teil zugrunde gegangen. Es ist also bei der Rettungsaktion durchaus richtig verfahren worden. — Bei den Zulagen wünschte der Reichstag eine Revision mit dem Ziel der Ersparung. Sollte dies erreicht werden, so konnte man nicht einfach von den Zahlmeistern aufwärts an den Zulagen streichen, sondern mußte auch bei den Mannschaften Zulagen streichen. Bei den Kapitulanten war es nicht möglich, denn deren Zahl dürfen wir nicht verringern, sie sind das Knochenmark der Marine. So blieb nur übrig, die Zulagen der Heizer zu beschränken. Gewiß haben auch die Heizer einen schweren Dienst, aber doch nur zeitweise, nur wenn mit voller Fahrt gefahren wird, was schon aus ökonomischen Rücksichten selten geschieht. Es kommt hinzu, daß die Arbeit der Matrosen in vieler Hinsicht der der Heizer

gleichwertig ist und die Matrosen keine Zulage haben. Der Antrag, den Heizern die volle Zulage wieder zu gewähren, verlangt Summen, die aus dem Marine-Etat nicht herauszuholen sind. Die Kommission hat die halbe Zulage wieder hergestellert; auch diese Summe war schwer herauszuholen, doch wird das durch rationellere Wirtschaft auf den Werften möglich sein. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Die Vordrucker haben den Staatssekretär mit Lob überhäuft, und dieser hat zum Dank dafür sie wieder gelobt. Er hat sich benommen, wie ein oller, ehrlicher Seebär, der, nach dem Orient verschlagen, dort von zwei Orientalen gelobt wird und in ungeklärter Weise die Lobhudeleien erwidert. (Heiterkeit.) Die Fragen, die mit der Kriegsmarine zusammenhängen, sind gar nicht zu erörtern, ohne daß auf das Gebiet der auswärtigen Politik übergegriffen wird. Deshalb müssen wir verlangen, daß bei solchen Gelegenheiten der Reichslanzler und der Minister des Auswärtigen hier Rede und Antwort sehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist um so notwendiger, als es immer mehr Brauch wird, das Budget des Reichslanzlers und des Ministers des Auswärtigen an das Ende der Beratung zu schieben, wo die Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses ernsthaft Debatten verbietet. (Sehr richtig!) Uebrigens ist die heutige Rosenölberzäpfung (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) auch keine ernsthaft Debatte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vorausgeschiden will ich, daß wir bei allem Widerstand gegen das System der Flottenpolitik es selbstverständlich anerkennen, wenn Männer, die im Dienst der Flotte durch unglückliche Zufälle in Todesgefahr geraten, sich als Männer bewähren, es sei bei dem Unfall des Unterbootes geschehen ist. Diese Anerkennung für den Beweis männlichen Mutes hat aber mit der Frage, ob wir eine Flotte in diesem Umfang haben müssen, nichts zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Erzberger erklärt das Flottengesetz für ganz ausgezeichnet. Nur in einer Nebenbemerkung ließ er einschieben, er wolle kein sachmännisches Urteil über die Leitungen im Rahmen des Flottengesetzes abgeben, er verstehe das nicht. So geht es mir auch. (Heiterkeit im Zentrum.) Der Unterschied ist nur der, daß Herr Erzberger über diese Leistungen nicht zurückgehalten hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich dagegen kritisiere nicht, ob das Flottengesetz so zur Ausführung gebracht ist, daß alles erreicht ist, was erreicht werden sollte, sondern für uns liegt die Frage so, daß alle Argumente für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung einer so großen Kriegsmarine nicht zutreffen, um dem deutschen Volk Jahr für Jahr solche Opfer aufzuerlegen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger sagt, die Flotte ist notwendig, damit der deutsche Handel ein gleichberechtigter Faktor werde mit dem anderen Länder. Aber die Entwicklung des deutschen Handels hängt nicht von einer großen Kriegsmarine ab, sondern von der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes, von der Entwicklungsfähigkeit unserer Industrie, von der hohen technischen Ausbildung des deutschen Arbeiters. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weiter wird gesagt, die Kriegsmarine sei nötig zum Schutz des Handels. Aber man kann nicht jedem Handelsfahrzeugs ein Kriegsfahrzeug zur Seite stellen, im Krieg ist das Handelsfahrzeugs der Kaperei ausgesetzt. Um den Handel zu schützen, müssen Kriege überhaupt verhindert werden, und wenn sie doch ausbrechen, müssen sie in einer Form geführt werden, daß die Handelsfahrzeuge nicht so gefährdet sind wie bei dem heute geltenden Seerecht. An der Verbesserung der Kriegsmarine haben die Arbeiter aller Länder das größte Interesse, und die Sozialdemokraten aller Länder arbeiten darauf hin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber Ihre Politik trägt dazu bei, die Kriegsmarine zu entflammen und zu verstärken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger und auch Herr Tirpitz sagen: die Flotte ist nicht zum Angriff da. Ach, das verweigern die Minister in allen anderen Ländern auch. Aber

das Rufen ist eine Schraube ohne Ende

und beseligt nicht die Kriegsgefahr, sondern erhöht sie. Um sie zu beseligen, haben wir die patriotische Pflicht, die Kriegsgefahr im eigenen Lande zu bekämpfen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Tirpitz mag ja ein Friedensengel sein. Wer gibt aber den Engländern und anderen Völkern die Würschaft, daß nicht morgen schon ein kriegerischer Reichslanzler und eine kriegerische Regierung daran zu denken beginnt, ob man nicht lieber mit der gepangerten Faust eingreifen soll. Dann läßt der friedenslüsterne Tirpitz nichts. (Große Heiterkeit.)

Kleines Feuilleton.

Theater, Presse und Kapitalismus. Aus Paris wird uns geschrieben: Der Verfall des öffentlichen Geschmacks, die Ueberwucherung der als kapitalistische Unternehmungen geleiteten Theater mit verrohten, auf die niedrigsten Instinkte spekulierenden Machwerken, die betrügerische Kurzdirektion auf dem Markt der Kunstwerke, die Verdrängung der Freude am Schönen und Erhabenen durch blöde Sensationsgier treten in der heutigen Gesellschaft so brutal zutage, daß sogar die bürgerliche Presse sich ab und zu zu einigen Protestversuchen gedrängt sieht. In Paris ist ein sündiger Dichter darauf gekommen, daß sich die Begierde der eleganten Welt, „überall dabei“ zu sein, wo irgend etwas im Bereich der „Gesellschaft“ los ist, ausgerechnet zu Münze schlagen läßt. Bisher waren die „Generalproben“ der neuen Stücke tatsächlich Premieren, die vor einem geladenen Publikum abgehalten wurden, unter dem sich außer den Kritikern die schmarozehnde Horde der Sensationshähnen befand. Der Direktor hat nun beschlossen, die Plätze zu diesen „Proben“, mit Ausnahme der der Presse vorbehaltenen Sitze, zu verkaufen und zwar zu einem vervielfachten Tarif. Umsonst wird fortan der Eintritt nur zur sogenannten „Schneiderinnen-Prob“ sein — vorläufig wenigstens, bis ein Direktor den Entschluß faßt, das ganz besondere Interesse, das die Damentwelt an den Kostümen der Kostümbildnerinnen hat, entsprechend zu besteuern. Wenn es so weiter geht, werden besonders kapitalträchtige das Recht erlangen dürfen, die Schauspielerei bei den ersten Wahnenproben und schließlich bei der Leseprobe zu beobachten. Abmachungen für die Künstlerinnen-garderobe bleiben wohl Privatangelegenheit. Das aufgeführte Werk wird ja ohnehin immer mehr Lebensfrage. Das Theater ist eine Unternehmung, die ihre Aufgabe darin sieht, zahlendes Publikum gleichviel durch welche Mittel anzulocken. Als Anreiz dient dabei die Presse.

Ein sonst des Puritanismus in Finanzfragen durchaus nicht verdächtigtes Blatt, der „Gil Blas“, schreibt darüber: „Eine gewisse Presse hat die Ausbeutung solcher Geschäfte möglich gemacht, indem sie ihnen täglich ein teueres Geld reklame macht, ohne sich darum zu kümmern, ob die empfohlenen Werke empfehlenswert sind. Wir sind noch weiter gegangen und haben auf die Zeitungen die famose Theorie der Plakatmänner angewendet, die von den Administratoren an Finanzleute, Industrielle und Händler jeder Sorte vernietet wird. Ja, wir sind tief herabgestiegen. In gewissen Organen gibt es keine einzige Spalte, die keine verklebete Reklame enthält. Der Leitartikel: Reklame; der Theater- und Kunstkritik: Reklame; die Buchkritik, der Finanzbericht, die Ratfahle an Abonnenten und Leser. Die Nachricht von einer Heirat, einem Diner, einem Begräbnis, selbst das Lob für bekannte und unbekante Persönlichkeiten: Reklame, Reklame, Reklame! Der Hauptverantwortliche für dieses Hinabgleiten unserer Theater in den Pfuhl ist die Zeitung, die sich nicht

respektiert, die ihre Klientel wie die Stroche in den Weltstädten nach berühmten Lasterstätten führt. Es muß auch bemerkt werden, daß die Mehrzahl der dramatischen Autoren nicht, wie man sagt, von unten auf begonnen hat. Sie haben als reiche Leute debütiert und die Mittel geliefert, um das schwächliche Leben ihrer ersten Stücke zu fristen und ihren jungen Ruhm in gewissen Zeitschriften verklären zu lassen.“

Auf diese Art ist z. B. ein Pariser Notzhild ein „erfolgreicher“ Autor geworden.

Ueber die finanziellen Abmachungen zwischen Direktoren und Stückschreibern waren vor einigen Tagen in der „Libre Parole“ interessante Details zu lesen, die, von den einseitig antisemitischen Schlagfolgerungen dieses Blattes abgesehen, diese Sorte geistiger Nahrungsmittelverfälschung trefflich illustrieren. Ein Brief, der besonders die dummen deutschen Bourgeois angeht, die auf die Pariser „Erfolge“ hereinfallen, ist folgender:

Da die Lantienmen aus den Ausführungen im Ausland bei der Fruchtbildung von Theaterstücken eine wachsende Bedeutung bekommen, gibt es Autoren, die, um den Export zu sichern und möglichst gewinnreich zu machen, ihren Pariser Direktoren die Lantienmenzahlung erlassen oder sie selbst am Verkauf im Ausland mitunterstufen. Das Werk wird dann — mit gleichzeitiger Reklame in der Presse — solange „geschleppt“, bis es als „Pariser Lustspiel“ über die Grenzen verschleift werden kann. Man könnte freilich einwenden, daß die Inhaber der Exportagenteuren selbst zu gewissen Handelsleuten sind, um sich durch solche Schliche foppen zu lassen. Aber sie dürfen eben damit rechnen, daß die Suggestion des durch eine so lange Pariser Karriere bezeugten Triumphs auf die andächtige Einfalt ihrer Landsleute ihre Wirkung üben wird. So sind es zuguterletzt in der Hauptsache die deutschen Epheer, die den Pariser Erfolg von Stücken machen, die sie dann einige Monate später in einer ihrer Atmosphären entsprechenden Vergrößerung als Quintessenz französischer Geistes bewundernd genießen.

Eine Anstellung des Häßlichen. Mit einer des Anlasses würdigen Feiertagsfeier ist in Amsterdam die „Fünfte Jahresausstellung der Häßlichkeit“ eröffnet worden. Das Unternehmen liegt in den Händen einer Reihe von Kunstfreunden und Pädagogen, die sich das Ziel gesetzt haben, den Geschmack des Publikums zu läutern und zu diesem Zwecke alljährlich eine Ausstellung veranstalten, die für den guten Geschmack allerdings eine wahre Sarcenenstammer ist. Unter den Produkten moderner Kunst, des Kunstgewerbes und der modernen Industrie wird eine sorgfältige Auswahl getroffen und alle charakteristischen Beispiele moderner Entgleisungen des Geschmacks sind in der Ausstellung vertreten. Eine besondere Gruppe bilden die sogenannten Kunstgewerbestücke und die Industrieprodukte, die mit falschem Material arbeiten; eine zweite Gruppe stellt grobe Konstruktionsfehler an Möbeln und dergleichen zur Schau, und eine besondere Sammlung großer Ornamente läßt erkennen, wie sonderbare Fäde manche Künstler, die sich als Führer des guten Geschmacks fühlen, in der Praxis wandeln.

Notizen.

Das Marionetten-Theater Münchener Künstler brachte Sonnabend ein neues Stück heraus, das zwar recht alt ist, aber immer noch durch seine Mischung von Humor, Ironie und Satire wirkt: Puccis Puppenkomödie „Das Eulenspiegel“. Die Hauptstücke sind natürlich, wie in allen Puccischen Sachen, Kaiserl. Parafaris seltsame Abenteuer, derbe Meinungen und lustigen Taten. Wenn auch manche Anspielungen veraltet sind, man unterhält sich doch noch gut bei dem Stücke dabei, zumal es in der reizvollen und echt künstlerischen Weise dargeboten wird. — Mozarts Scherzeroper „Bastien und Bastienne“, die darauf folgte, ist für die Marionettenbühne wie geschaffen, die ganze Musik (Spinett) und die harmlose-naive Handlung wirken in der Verkleinerung (mit ihrer leisen Parodie) erst recht.

Vorträge. Ueber das Thema „Was können wir aus der rassenhygienischen Bewegung in England lernen?“ spricht Dr. Raup in der Berliner Gesellschaft für Rassenhygiene am Donnerstag, den 16. Febr., ab 8 1/2 Uhr, im Hygienischen Institut, Dorotheenstr. 35. Eintritt frei.

Der Streit um Tolstois Nachlaß. Um die hinterlassenen Manuskripte Tolstois wird ein lebhafter Kampf geführt. Tolstois Gattin, der das Wesen des Toten auch zu Lebzeiten fremd war, will einfach die Originale, die sie in einer Bank zur Aufbewahrung deponiert hat, ihrer Tochter Alexandra nicht herausgeben. Die Testamentvollstreckerin erklärt jedoch mit Recht sich nicht begünstigt zu können, da sie befürchtet, daß dabei textliche Änderungen vorgenommen werden könnten. Gemeinlich mit Tichertow wendet sie sich in aller Deffentlichkeit mit einem geharnischten Protest gegen die Vergewaltigung durch ihre Mutter. Tichertow scheut sich nicht, es offen auszusprechen, daß man Gefahr laufe, die Stellen über den letzten Lebensabschnitt Tolstois, die die hinterlassenen Memoiren besonders wertvoll machen, in verkürzter oder entstellter Form zu erhalten; bedenklich wäre die eigentümliche Tatsache, daß das Notizbuch, das Tolstois kurz vor seinem Tode benutzt hat, verschunden sei. Alexandra Tolstois erhielt die kaiserliche Genehmigung zum Druck aller Tolstoischen Schriften, doch dürfen die verbotenen Schriften nur in der Gesamtausgabe erscheinen, die natürlich nicht in die Kreise dringt, auf die es Tolstois ankam.

Der Papierverbrauch der Kulturbilder wächst in einer die Wälder aufs schlimmste bedrohenden Weise weiter. Die Vereinigten Staaten allein verbrauchen nach dem „Prometheus“ im Jahr 2,73 Millionen Tonnen Papier, d. h. etwa 82,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Deutschland folgt in sehr weitem Abstande mit einem Verbrauch von 937 000 Tonnen, d. h. etwa 14,5 Kilogramm für den Kopf. Etwas größer als in Deutschland ist der Papierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung in England, wo er etwa 7,8 Kilogramm beträgt. Der Franzose verbraucht dagegen nur 10,5 Kilogramm Papier im Jahr und der Oesterreicher 7 Kilogramm.

Die deutsche Besetzung der Kriegsgesetze liegt in der Einschränkung der Flotte, und darauf arbeiten wir hier und unsere Gesinnungsgenossen in England hin. Und weiter wirken wir darauf hin, daß für den Fall des Ausbruchs eines Krieges das Seehausrecht abgeschafft wird. In dieser Beziehung leistet nicht die deutsche Regierung Widerstand, sondern die englische; aber die englische Regierung beginnt, diesen Widerstand nur noch als ein Kompensationsobjekt zu betrachten für die Einwilligung der deutschen Regierung zur Einschränkung der Rüstungen, und schon deshalb halten wir es für notwendig, immer wieder darauf zu drängen, daß Verhandlungen eingeleitet werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Staatssekretär hierzu beiträgt, wird er nicht bloß schon geredet haben, sondern dann hat etwas getan zur Verhinderung des Krieges. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die Frage der Zulage wird einer meiner Parteifreunde sprechen. Darum meinerseits heute nur ein paar Worte, wesentlich in Abwehr der bei dieser Gelegenheit gegen unsere Partei gerichteten Angriffe. — Den Kapitulanten, sagt der Staatssekretär, ist die Zulage nicht genommen worden. Den armen Dienstpflichtigen aber soll sie genommen werden. Und ein offizielles Blatt, das in der einen Aufmachung „Lokal-Anzeiger“, in der anderen „Tag“ heißt, hat sich die unerhörte Verdrehung geleistet, als ob der Reichstag auf Streichung der Heizerzulage ausgeht. Aber ich glaube, daß selbst der rosenkranzige Erzberger (Heiterkeit) und der noch rosenkranzige Dröschner (Erneute Heiterkeit) es ablehnen, diese Streichung angeregt zu haben. Reichsfinanzamt und Reichsmarineamt möchten die Verantwortung von sich abwälzen und leisten sich verschleierte offiziöse Veröffentlichungen, wobei es auf ein bißchen Vergewaltigung der deutschen Sprache auch nicht ankommt. Ich habe ja das Reichsmarineamt stark in Verdacht, daß die Sache von ihm ausgeht und finde es nicht schön, daß sich Herr v. Tirpitz, der alle eheliche Seemann (Stärkliche Heiterkeit), so gar nicht über den Ursprung der Idee ausläßt. Um so redseliger war er heute im Anführen von Gründen, die für die Streichung der Zulage sprechen sollen. Auch andere Kategorien, sagt er, haben unangenehmen Dienst. Das haben wir nie bestritten. Die Heizer, führte er weiter aus, lernen bei der Marine soviel, daß sie eigentlich noch etwas drauf bezogen werden möchten. (Große Heiterkeit.) In Konsequenz dieser Ausführungen könnte man ja weiter folgern: Die Offiziere der Marine bis zum Admiral und Staatssekretär heraus lernen so viel bei der Marine, daß nachher, wenn sich früher oder später der Zylinder auf sie herabsenkt (Große Heiterkeit), der Zylinder nur hingehalten zu werden braucht, um von Ballun oder dem Norddeutschen Lloyd mit Gold gefüllt zu werden; also brauchen sie eigentlich gar keinen Gehalt, sondern müßten noch eine Prämie an die Marine draufzahlen, die ihnen so schöne Ausfichten eröffnet. (Große Heiterkeit.) Wohl verstanden: nicht wir argumentieren so, wohl aber wäre dies die logische Folgerung aus den Argumentationen des Staatssekretärs. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Marinewärmer hätten alle Veranlassung, die Heizer nicht durch Entziehung der Zulage vor den Kopf zu stoßen. — Man wirft uns vor, daß wir die Mannschaften der Marine mit dem Dienst unzufrieden machen. Ach, wir haben das gar nicht nötig. Das besorgen schon andere Leute genügend. Ganz sicherlich bedeutet die Entziehung der Zulage, wie sie vorgeschlagen wird, eine Schädigung des Dienstes. Aber auch andere Vorgänge der allerjüngsten Zeit können und müssen als solche Schädigungen des Dienstes aufgefaßt werden. So z. B. hat Prinz Heinrich von Preußen, der in einem seiner vielen Reden (Heiterkeit) und sehr gut! bei den Sozialdemokraten) auch Großadmiral ist, einen Besuch bei einem binnenländischen Regimente, dessen Chef und Oberst er ist, benutzt, um eine

Wahrede gegen die Sozialdemokratie

zu halten. Es scheint also, daß der Herr Großadmiral nicht genügend beschäftigt ist und als eine Art Strandläufer — so nennt man ja wohl die unbeschäftigten Flottenliebhaber (Heiterkeit) — über einen reichen Heberlauf an freier Zeit verfügt. Vielleicht sorgt der Herr Staatssekretär im Interesse des Dienstes für ausgiebigere Beschäftigung des Großadmirals. (Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Präsident Graf Schwerin-Löwitj legt die Finger an die Glode, doch ohne sie in Bewegung zu setzen. Denn im Interesse des Dienstes dürften solche Wahreden gerade nicht liegen. Man verstehe auch nicht falsch. Als Sozialdemokrat habe ich gar nichts dagegen, daß sich Prinz Heinrich gleich seinem älteren Bruder (des Präsidenten Finger suchen wieder nach der Glode) als ausgezeichneter Agitator für die Sozialdemokratie bewährt. (Lebhafte Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) Aber als Steuerzahler ersuche ich den Staatssekretär, solchen Nebenbeschäftigungen der Marine-offiziere entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Erzberger hat eine Inkonsequenz darin gesehen, daß wir den gesamten Etat, also auch den Marinetat ablehnen, aber Verbesserungen für einzelne Kategorien zu erreichen suchen. Herr Erzberger sollte wissen, daß oftmals Parteien ein Gesetz oder eine Vorlage grundsätzlich ablehnen und doch das Gesetz, das sie nicht hindern können, nach Kräften zu verbessern trachten. Herr Erzberger möge sich also seine Velehungen sparen! (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Ich protestiere ganz entschieden gegen die Art, wie der Abg. Ledebour die Ansprache des Prinzen Heinrich an seine Regimentskameraden behandelt hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Prinz Heinrich hat nichts gesagt, was er nicht sagen konnte. Der Abg. Ledebour hat auch gar kein Recht als Steuerzahler über den Prinzen Heinrich zu sprechen. (Lebhafte Oho! bei den Sozialdemokraten.) Denn Prinz Heinrich empfängt weder Pension noch Gehalt von der Marine. Auch ist die Darstellung, die Abg. Ledebour gegeben hat, absolut unrichtig. Ferner fragte der Abg. Ledebour, wer die Anregung zu der Streichung der Heizerzulagen gegeben hat. Die Frage ist bereits seit Jahren besprochen worden und jetzt unter dem Druck der Verhältnisse zur Tat geworden. Die erste Anregung habe natürlich ich gegeben.

Darauf wird ein Antrag auf Vertagung angenommen. Abg. Ledebour (Soz.) [zur persönlichen Bemerkung]: Der Minister hat mir den Vortritt gemacht, daß ich die Rede des Prinzen Heinrich hier erwähnt habe. Das verstehe ich nicht. Weiter sagt er, als Steuerzahler habe ich kein Recht dazu, Prinz Heinrich belomme ja gar kein Gehalt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in meiner Rede keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich vor allen Dingen das böse Beispiel belämpfe habe. Was dem Prinzen Heinrich als Großadmiral recht ist, ist nicht bloß dem Prinzen, sondern auch jedem anderen Herrn von Soundso billig.

Präsident Graf Schwerin (unterbrechend): Das ist nicht mehr persönlich. Abg. Ledebour (fortfahrend): Ich habe unter dem Gesichtspunkt, daß ein solches böses Beispiel nachgeahmt werden könnte, die Rede angezogen, und da haben die Steuerzahler allerdings ein Recht, mitzusprechen. Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß der hohe Herr

Präsident Graf Schwerin (unterbrechend): Sie haben in einer persönlichen Bemerkung nur das Recht, etwas richtig zu stellen.

Abg. Ledebour: Na, ich habe ja auch bewiesen, daß ich dollkommen im Rechte war. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.) Schluß 9/10 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom Montag, den 13. Februar, vormittags 11 Uhr.

Der Ministerpräsident: v. Dallwitz.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern

wird bei dem Ausgabenartikel „Minister“ fortgesetzt. Hierzu liegen folgende Anträge der Sozialdemokraten vor:

1. Die Regierung zu ersuchen, ohne Verzug einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den alle preussischen Gesindeordnungen und alle preussischen Gesetze, betr. die Verletzungen der Dienstpflichten des Befindes und der ländlichen Arbeiter, aufgehoben werden.

2. Die Regierung zu ersuchen, a) sofort eine Anweisung an die Verwaltungsbehörden zu erlassen und sobald als möglich eine Gesetzesvorlage einzubringen, nach der der Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen allgemein gestattet wird; b) sofort eine Anweisung an die Verwaltungsbehörden zu erlassen, wonach gemäß § 9 des Vereinsgesetzes für Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge die Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt wird.

3. Die Regierung zu ersuchen, sobald wie möglich eine gründliche Umgestaltung des Forstdiebstahl- und des Feld- und Forstpolizeigesetzes in die Wege zu leiten.

4. Aufhebung der Paragrafen des preussischen Pressegesezes betr. das Plakatwesen und betr. die öffentliche Verbreitung von Druckschriften usw. durch Ausrufen, Verlaufen, Verteilen usw. an öffentlichen Orten.

5. Auf Aufhebung der Bestimmungen des sog. Waga-Bundesgesetzes von 1842 über das Recht der Landespolizeibehörde, einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszuschließen.

Abg. v. Kardorff (fr.) beantragt, die Regierung möge im Bundesrat auf Aufhebung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Heeresergänzungsgeschäft hinwirken nach der Richtung, daß das Ergänzungsamt vereinfacht und die Möglichkeit gegeben wird, bei der Aushebung die bürgerlichen Verhältnisse und die Minderjährigkeit der Verpflichteten mehr als bisher zu berücksichtigen.

Abg. Freiherr v. Jeditz (fr.) beantragt im Auftrage der großen Mehrheit des Hauses zur Geschäftsordnung, um die rechtzeitige Fertigstellung des Etats zu sichern, eine Kontingenzierung der Etatsberatung und die Zurückstellung der zum Etat gestellten Anträge, soweit sie nicht unmittelbar zum Etat gehören — das heißt bei diesem Titel alle Anträge Vorkmann und den Antrag v. Kardorff — bis nach Erledigung des Etats mit der Rahmgebung, daß die nähere Begründung und Erörterung der Anträge von der heutigen Verhandlung ausgeschlossen sein soll. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Pachtold (Sp.): Die rechtzeitige Verabschiedung des Etats wünsche auch wir, und sind bereit, uns zu diesem Zwecke eine gewisse Selbstbeschränkung aufzuerlegen. Wir setzen aber voraus, daß dann auch sicher nach der Etatsberatung alle jetzt zurückgestellten Etatsresolutionen zur Verhandlung gelangen.

Abg. v. Heydebrand (L.): Die Etatsresolutionen können nicht besser behandelt werden als anderen Initiativanträge, es wird von der Geschäftsordnung abhängen, inwieweit sie zur Verhandlung kommen. Während alle übrigen Anträge die Unterfrist von 15 Mitgliedern tragen müssen, ist das bei den Etatsresolutionen nicht der Fall. Um so weniger können wir für diese Anträge ein Vortritt vor den anderen statuieren. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.): Auch meine Freunde haben nicht die Absicht, die Etatsberatung in die Länge zu ziehen (Lachen rechts), das war auch nicht die Absicht bei Stellung unserer Anträge. Wir sind gezwungen, solche Anträge zum Etat einzubringen, da unsere Fraktion nicht 15 Mitglieder zählt. Da wir nach den Ausführungen des Herrn v. Heydebrand nun nicht die Sicherheit haben, daß die Anträge unmittelbar nach der Etatsberatung zur Verhandlung kommen, kann ich mich dem Antrage des Herrn v. Jeditz nicht anschließen. Zum mindesten darf ich aber wohl erwarten, daß uns gestattet ist, die Materien der Anträge kurz zu berühren. (Widerspruch rechts.) Wir haben die Absicht, auf Grund von bestimmten Fällen an den Minister Anfragen über die Handhabung der in den Anträgen genannten Gesetze zu stellen, das kann uns bei der Etatsberatung wohl nicht verwehrt werden.

Abg. Dr. Porsch (Z.): Herr Hirsch hat selbst gesagt, es handelt sich bei den Anträgen Vorkmann eigentlich um Initiativanträge. Diese können doch aber nicht den Vortritt haben vor den anderen Initiativanträgen, die rechtzeitig als solche unterfrüht und eingebracht sind. Außerdem werden die Sozialdemokraten durch den vorgeschlagenen Modus außerordentlich begünstigt, denn während jetzt ein oder zwei Redner alle Anträge begründen müßte, haben sie dann die Möglichkeit, zu jedem einzelnen der Anträge das Wort zu ergreifen.

Abg. Hirsch (Soz.): Es kann doch unmöglich die Folge des Antrages v. Jeditz sein, daß wir nun bei der Etatsberatung über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, über die politischen Beamten usw. überhaupt nicht sprechen dürfen. Wir können nicht auf die Erörterung der wichtigsten politischen Fragen bei diesem Etat verzichten, weil zufällig Anträge zu der betreffenden Materie vorliegen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Ich kann mich Herrn Pachtold nur anschließen. Ein Vortritt für unsere Anträge beanspruchen wir nicht, aber wir müssen die Garantie haben, daß sie auch zur Verhandlung kommen. (Widerspruch rechts.) Von einer Begünstigung unserer Anträge könnte nur dann die Rede sein, wenn sie tatsächlich gleich nach der Etatsberatung zur Verhandlung kämen. Wenn etwa nicht zugelassen werden sollte, nach Zurückstellung der Anträge bei der Etatsberatung überhaupt nicht über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes usw. zu sprechen, so wäre das eine Beschränkung der Redefreiheit, die sicher auch nicht in der Absicht der Mehrheit liegt.

Abg. Dr. Porsch (Z.): Daß man bestimmte Fälle von Beschwerden über die Verwaltung vorbringen kann, halte ich für selbstverständlich. Eine Garantie für die spätere Behandlung der Anträge können wir, wie gesagt, nicht übernehmen.

Abg. Hirsch (Soz.): Nur eine eingehende Begründung und Erörterung der Etatsresolutionen soll nicht erfolgen. Selbstverständlich ist nicht beabsichtigt, die Verlesung der Thematata von der Debatte auszuschließen.

Abg. Schiffer (natl.): Wir schließen uns dem Antrag v. Jeditz an, legen aber Wert darauf, daß die Anträge später zur Verhandlung kommen.

Abg. v. Heydebrand (L.): Eine wichtige Folge der Zurückstellung der Anträge ist für uns auch die, daß wir nicht genötigt sind, auf ihren Inhalt ausführlich einzugehen und wir können auch nicht erwarten, daß die Vertreter der Regierung sich im einzelnen auf Gegenstände jetzt einlassen, deren demnächstige ausführliche Erörterung bei Verhandlung der Anträge in Aussicht steht.

Abg. Hirsch (Soz.) zieht mit Rücksicht auf die letzten Ausführungen des Abg. Freiherrn v. Jeditz seinen Widerspruch gegen dessen Antrag zurück.

Alle zum Titel „Minister“ vorliegenden Anträge werden hierauf von der Tagesordnung abgesetzt.

Abg. v. Wölfer (L.) spricht dem Minister das Vertrauen seiner politischen Freunde aus und verbreitet sich über die Tätigkeit der Landräte. Die Linke betraute die Tätigkeit der Landräte nur von politischen Gesichtspunkten aus und verkenne ihre wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Pitz (Z.) kommt auf die Kaisergeburtstagsrede des Berliner Polizeipräsidenten zu sprechen. Nachdem das Gericht im Roabiter Krawallprozess festgestellt hatte, daß Mißgriffe der Polizei in nicht vereinzelten Fällen vorgekommen seien, machte es einen peinlichen Eindruck, daß der Polizeipräsident erklärte, nach der von ihm verantworteten eingehenden Unternehmung sei das Schild der Polizei intakt. (Sehr

wahr! links.) Redner befaßt vorlet des weiteren energischer Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild. Es sei bedauerlich, daß der um diesen Kampf hochverdiente katholische Klerus in den modernen Städten vielfach als verlotterte Lumpen dargestellt werde. (Sehr richtig! links.)

Minister v. Dallwitz: Die Rede des Herrn Polizeipräsidenten liegt mir nicht im Wortlaut vor. Von dem Gerichtsurteil ist darin, soweit ich mich erinnere, nicht die Rede. Andererseits erscheint es mir natürlich, daß der Herr Polizeipräsident sich bezogen gefühlt hat, auch der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die von ihm eingeleitete Unternehmung einen Anhalt für die gegen die Polizei erhobenen Beschuldigungen nicht ergeben habe. Es hätte zweifellos als Verstoß angesehen werden können, wenn der Herr Polizeipräsident gegenüber den schwereren Verunglimpfungen und Beschimpfungen, denen die Polizei ausgegesetzt gewesen ist, einfach geschwiegen hätte. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Lehmann (natl.): Die Polizei sollte energischer vorgehen gegen die Ausstellung der die Jugend vergiftenden Schmutzliteratur in Schaufenstern. Sehr zu begrüßen ist ein Vortritt gegen solche Läden, wie er jetzt häufig von Privaten und auch von Schulen ausgeht wird. Redner kommt nochmals ausführlich auf den Becker-Prozess zurück und fordert den Minister auf, für die Durchführung seiner bei der freisinnigen Interpellation über diesen Prozess dargelegten Grundzüge bei der Verlegung der Staatsämter Sorge zu tragen. Die Billigung des Verhaltens des Landrats v. Walsahn durch den Minister spreche nicht dafür, daß er getraut sei, jedem Mißbrauch der Amtsgewalt entschieden entgegenzutreten. Auch die Bevorzugung des Adels bei Besetzung der höheren Beamtenstellen sei nicht widerlegt.

Abg. Freiherr v. Jeditz (L.): Der Landrat muß ebenso Politik treiben dürfen wie jeder Staatsbürger, nur darf er nicht von Amts wegen Politik treiben, er darf sich nicht fühlen als politischer Agent der jeweiligen Regierung. (Sehr richtig! links.) Um die tüchtigsten Kräfte für diese Stellen heranzuziehen, muß die Stellung der Landräte eine möglichst selbständige und wirtschaftlich sichere sein. (Bravo! rechts.) Herr v. Jagow ist in dem berechtigten Bestreben, die Polizei gegen die Verunglimpfungen und Beschimpfungen von sozialdemokratischer Seite zu verteidigen, etwas zu weit gegangen, seine Reue macht in der Tat den Eindruck, als wolle sich die Verwaltung über das Gericht setzen. Natürlich hat diese Absicht Herrn v. Jagow durchaus fern gelegen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Angriffe gegen die Verdensverleihungen an Polizeibeamte während des Roabiter Prozesses sind ganz unberechtigt, denn die Polizei befand sich nicht auf der Anklagebank. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das ist lediglich sozialdemokratische Suggestion. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.):

Von der Verwaltung des Innern müssen wir das Gegenteil behaupten, wie von der Justiz. Nicht der leiseste Anstoß zur freieren Ausgestaltung ist hier zu verzeichnen; gegen alle Reformpläne sträubt sich das Ministerium des Innern auf das äußerste. Mit einem

Wußt von überlebten Gesetzen

Schleppen wir uns in Preußen herum. Ich erinnere an die Gesindeordnung, das Waga-Bundesgesetz, das Plakatgesetz. Im vorigen Jahre hat das Haus einen Antrag auf Verlesung dieses Plakatgesetzes angenommen, die Regierung hat bisher zu diesem Beschluß keinerlei Stellung angenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von Angehörigen der konservativen Partei wird dabei das Plakatgesetz fast täglich übertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dabei möchte ich feststellen, daß eine große Reihe von Regierungspräsidenten insgesamt 2500 Exemplare des vom Reichsverband herausgegebenen Werks „Die Sozialdemokratie als Arbeitsgeberin“ angeschafft hat. Wir müssen gegen diese Art von Verwendung von Steuergeldern entschieden protestieren. Wenn wir dagegen Flugblätter zur Bekämpfung der Schmutzliteratur unserer Gegner verbreiten wollen, werden uns von der Polizei die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Redner führt einzelne Fälle dieser Art an. In Hagen, dessen Bürgermeister Mitglied der freisinnigen Volkspartei ist, wurde die Verteilung von Handzetteln „wegen ihres aufreizenden Inhalts“ verboten, die einen Aufruf enthielten, der bereits in Hunderttausenden von Exemplaren in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Jeditz sagte, der Landrat dürfe sich nicht als Agent der Regierung fühlen. Heute ist es allerdings mehr umgekehrt, die Regierung ist der Agent der Landräte, diese aber sind die Agenten der Konservativen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist vor allem die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes. Aufsehen erregt hat das Verbot der Versammlung in Frankfurt a. M. im Anschluß an den Internationalen Kongress in Kopenhagen, wo Jaurès und Vandervelde in französischer Sprache sprechen sollten. Sie sollten nur sprechen dürfen, wenn sie nichts über den Jaren sagen würden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Erfolg des Verbots ist übrigens gewesen, daß Jaurès und Vandervelde nun deutsch gesprochen haben, also um so besser verstanden worden sind. Die Regierung hätte doch lernen können aus der Erfahrung, die sie bei dem früheren Verbot des Auftretens Jaurès in Berlin gemacht hat. Damals erhielt die Rede, die er halten wollte, im Wortlaut im „Vorwärts“, war also damit nicht nur einigen Tausenden Versammlungsbesuchern, sondern Hunderttausenden Lesern zugänglich gemacht worden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die

Senfursrage

kann ich ja etwas ausführlicher eingehen, da wir dazu zufällig keinen Antrag gestellt haben. Eigentlich ist ja nach Ansicht einer Reihe von Autoritäten die Senfurfrage bei uns aufgehoben, in der Tat aber besteht sie. — Gute Städte, in denen Geistliche als Lumpen hingestellt sind, kenne ich nicht. Reimt Herr Pitz etwa Arzeneigrübere Städte? In diesen richtet sich der Kampf doch nur gegen Institutionen, nicht gegen Personen. In Berlin übrigens wagt ja schon die Polizei darüber, daß der Geistlichkeit nichts angetan wird. So durfte die „Dame von Maxim“ nicht aufgeführt werden, ehe nicht der Geistliche darin in einen Lehrer verwandelt war. (Heiterkeit links.) Weiter erinnere ich an das Verbot der Aufführung von Bedekinds „Frühlings Erwachen“ in Königsberg. In Berlin hat die Polizei ein sonst unbeanstandet gegebenes Stück verboten, wo ein Soldatenkinder austrat. Auch Gefänge sibirischer Gefangener im Kossim durften in Berlin nicht vorgeführt werden. (Heiterkeit.) Eine solche Darstellung des kaiserlichen Strafvolkes in Ausland sollte bei uns die Ruhe und Ordnung stören. (Heiterkeit.) Das kann nur lächerlich wirken, ebenso lächerlich wie die Veränderung eines Soges in einem Stück: Der Weg zu meinem Schlafzimmer geht nur „durch die Kirche“ in „durch die Küche“ (Heiterkeit), oder das Verbot des Auftretens eines Gendarmen in einem Lustspiel in der Uniform eines preussischen Gendarmen. Wie kulturfeindlich diese Bestrebungen sind, beweist das

Vorgehen gegen die Freie Volkspartei.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das sogenannte Freie Wollen dieses Instituts ist von allen Einsichtigen anerkannt, sie übernimmt die Arbeiterklassische Städte in guter Aufführung, die sie sonst nie zu sehen bekommen würden. Seit mehr als 20 Jahren leistet sie wirkliche Kulturarbeit, die ihr den Beifall aller Gebildeten eingetragen hat. So urteilt Hermann Vahr von ihr. (Hört! hört!) Seit 1896 ist es keiner Behörde eingefallen, ihre Senfursfrage anzutasten. Das bleibt Herrn v. Jagow vorbehalten. Er erklärt einfach, ihre Mitgliederzahl sei zu groß, daß ihre Vorstellungen nicht mehr als private, sondern als öffentliche angesehen werden müßten. Wir werden ja abwarten, ob das Oberverwaltungsgericht das kulturfeindliche Vorgehen billigen wird. Herr v. Jagow hat wieder einmal bewiesen, daß deutsche Kultur und Geistesfreiheit nur noch bei der Sozialdemokratie Schutz findet.

Hesmal in gewohnter Weise nachdrücklich und mit gutem Erfolg gemahrt.
Und das nennt sich Kampf für Wahrheit und Recht. So werden Arbeiterinnen — aufgellart.

Lesabend.

Potsdam. Im Lesabend der Frauenabteilung am Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelm-Strasse, findet ein Vortrag statt.

Die Kranzspenden zur Beerdigung des Genossen Singer

sind in solcher Zahl eingegangen, daß ihre Feststellung bei Gelegenheit der Ausstellung im Gewerkschaftshause nur unter besonders schwierigen Umständen möglich war. Das erklärt es, wenn einige Schleifen übersehen und bei der Kotierung anderer Irrtümer unterlaufen sind. Wir geben deswegen noch folgende Nichtigstellungen und Nachträge:

Wahlverein Guben und Gewerkschaftskartell Guben. Ulstein, Voten- (statt Boden-) Abteilung. Arbeiter-Radfahrerverein Rixdorf. Die Angehörigen der freien Gewerkschaften von der Verl. Maschinenbau-W. G., vormals L. Schwarzlopp, Werk Wildau, stellen fest, daß die erwähnte Kranzspende nur von ihnen gestiftet ist. Wahlkreis Frankfurt-Lebus. Agitationskomitee Dortmund. Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Fleischer. Parteisekretariat Lübeck.

20. sächsischer Wahlkreis. Personal der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. Die Seyer der „Voss. Ztg.“. Verlag der „Tribüne“, Berlin. Personal der Großbuchbinderei Häderig u. Bauer. Arbeiter der Firma H. Gossen, Reinickendorf. Arbeiter der Firma F. u. M. Lautenschläger. Der Kranz der Arbeiter der Norddeutschen Buchdruckerei ist, wie uns mitgeteilt wird, nur vom Hilfspersonal der Firma gespendet.

Leise- und Tischtennisclub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr: Sitzung bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 93, Vortrag: „Lebensehre“, Teil I: „Der Ursprung der Familie“. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns lobend Nr. 10 des 21. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Paul Singer. — Der erste sozialdemokratische Frauentag in Deutschland. Von Luise Ritz — Frauenfrage und Sexualverbrechen. Von Edmund Fischer. — Bei den englischen Kettenmacherinnen. Von Fritz Kummer. usw. Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder.

Amlicher Marktbericht der sächsischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktballen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Rindfleisch: anziehend, Kalb- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr ausreißend, Geschäft ziemlich rege, Preise behauptet. Geflügel: Zufuhr mäßig, Ge-

schäft lebhaft, Preise fest, in Sächsen nachgebend. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise beiseitigend, außer für Schlei, Karpfen, Quater und Räte: Geschäft ruhig, Preise unmerklich. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft los, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12. 2.		Wasserstand	am 11. 2.	
	12. 2.	11. 2.		12. 2.	11. 2.
Remel, Mühl	225 ⁹	-10	Saale, Brockth	86 ⁹	-2
Regel, Jüterburg	11 ⁹	0	Saale, Spandau ⁹	106	-4
Seigitz, Thora	152 ⁹	+8	Kathenow ⁹	136 ⁷	-1
Oder, Raitz	154 ⁹	+6	Speer, Spremberg ⁹	116	+4
Profien	204 ⁹	-17	Beckow	194	0
Frankfurt	225 ⁹	-8	Weser, Rindow	50	+6
Saritz, Schrumm	33 ⁹	+4	Weser, Rindow	82	-8
Landsberg	18 ⁹	-12	Weser, Rindow	300	+2
Rege, Gordamm	16 ⁹	+1	Weser, Rindow	141	-3
Eibe, Leimertz	2	+2	Weser, Rindow	141	-5
Dresden	-118 ⁹	-3	Weser, Rindow	68	+6
Barba	177 ⁹	-13	Weser, Rindow	—	-1
Magdeburg	160 ⁹	-14	Weser, Rindow	72	+3

⁹ + bedeutet Sturz, — Null, — ⁹ Unterseet. — ⁹ Eisstand. — ⁹ Grundeis. — ⁹ Starke Grundeis. — ⁹ Grundeisgang. — ⁹ Eisreiben. — ⁹ Eisreit.

Schmunzelnd beachten Aktionäre

sich ganz wesentlich reduzieren! Die erprobten Bruno-Bläßstrümpfe lassen sich bequem handhaben, besitzen eine fast unverwüßliche Lebensdauer, sparen auch erheblich Steuern, geben ein brillantes Licht und sind zudem sehr preiswert! Verlangen Sie in den einschlägigen Verkaufsgeschäften stets die echten Bruno-Bläßkörper, die immer durch Namenszug kenntlich sind! Bruno-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Liebenwalder Straße 10.

das Ansteigen guter Dividenden, wenn durch systematische Verwendung der stoff- und schlagfesten Bruno-Bläßkörper die Geschäftskosten

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 10. Februar verstarb unser Mitglieb, der Kaufmann
Fritz Hensel
(Erläuterung Straße 14.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Westend-Kirchhofes, Rieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl.
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
Am Sonnabend, 11. Februar, verstarb unser Mitglied, Kollege
Alex Troyke.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Städtischen Kirchhofes in Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
145/8 Die Ortsverwaltung.

Gesangverein Kaiserscher Männerchor.
Am 11. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser Freund und Sangesbruder
Joseph Kessels.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. d. Mts., nachm. 3¹/₂ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Buchbinder-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß unser Mitglied, die Kommodenarbeiterin
Käthe Klingsporn
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 14. Februar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
23/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter
Max Kuhlmei
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee, Lichtendörfer Str. 110/120, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
112/1 Die Ortsverwaltung.

Am 11. Februar entschlief nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Buchdruck-Maschinenmeister
Hugo Schröter
im 59. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 14. Februar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Vorhagen-Kummelsburger Kirchhofes aus statt.
Die Kollegen der Hofbuchdruckerei Julius Sittenfeld.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau
Berta Höpfer
geb. Eilen
am 13. d. M. infolge Gehirnhlutung verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 16. Februar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, auf dem Friedhof der Seebalngemeinde in Reinickendorf statt.
Um stille Beileid bitten
Paul Höpfer nebst Tochter.

Stuffatoure!
Am 11. Februar verstarb unser langjähriger Kollege
August Golsch
im 82. Lebensjahre an Gehirnerkrankung.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
178/1
Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes d. Stoffatoure

Sonnabend früh 2¹/₂ Uhr verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, der Maschinenschlosser
Albert Pauli
35 Jahre alt.
Emma Paull.
Beerdigung Mittwoch nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle Müller-, Ede-Strasse, aus.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Jean Schindling
sage ich allen Teilnehmern meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Schindling nebst Kindern.

Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß am 11. Februar der Kollege
Gottlob Banke
im Alter von 78 Jahren gestorben ist.
1145
Hermann Püschel,
Johanniterstr. 10.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Geist-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber, einziger Sohn
Max
im vollendeten 21. Lebensjahre ums durch den Tod entzissen ist. Um stille Teilnahme bitten
Hermann Kuhlmei nebst Frau.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Auferstehungs-Gemeinde in Weihensee, Lichtendörfer Straße, aus statt.
1168

Dankfagung.
Für die reichen Blumenpenden sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Otto Esser und den Kollegen meinen herzlichsten Dank.
990
Berta Loeper nebst Tochter.

Selowsky - Cigaretten

Bolero Caruso Zenith

als erstklassig anerkannt!

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Plasmon-Cacao
Bester Nahrungscacao der Welt.
Erhältl. in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften

Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
anr Mariannen-Straße 2.

MANOLI CIGARETTES

zu haben in den Spezial-Geschäften
DANDY - CHIC GIBSON GIRL - LA FLEUR

Lege-Hühner,
garantiert junge, beste Lege, Std. 2¹/₂ M., empfiehlt F. Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.

Für Wanderer
empfehlen wir:
Silva-Wanderkarten

Silva-Wanderkarte
der Umgegend von Berlin mit Ortsregister farbige 50 Bl., farbige 1 Bl.
Silva-Markischer Wanderatlas mit Ortsregister u. Begebenheitsbeschreibung farbige m. 14 Karten, geb. 1.00 M. 6 " " 22 " 1.50
Expedition des Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
H. & P. Uder,
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
Amt IV, 3014.

MAGGI'S Suppen

Nur 10 Pfennig

Man verlange ausdrücklich **MAGGI'S Suppen!**

aus **MAGGI'S** Suppen mit dem Kreuzstern.

kosten 2-3 Teller vorzüglicher Suppe

In kürzester Zeit nur mit Wasser herzustellen.
„MAGGI'S gute, sparsame Küche“.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin.

Die Arbeitnehmerwahlen zum Kaufmannsgericht in Berlin haben am Sonntag unter lebhafter Beteiligung stattgefunden...

Nicht weniger denn 12 verschiedene Vereinigungen hatten Listen eingereicht. In den der Wahl vorhergehenden Wochen hatte eine lebhafteste Agitation eingesetzt...

Im einzelnen stellt sich das Resultat wie folgt: Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 15 527 (14 338).

Table with 3 columns: Liste, Partei, Stimmen. Lists various political groups like 'Deutsch-national', 'Leipziger Verband', etc., with their respective vote counts.

Das Wahlergebnis ist um so glänzender für den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverband...

Das Gesamtergebnis dürfte nicht zuletzt zurückzuführen sein auf die gegenwärtige politische Situation und gliedert sich den Erfolgen bei den letzten Gewerbesteuerverwahlen...

Zunächst aber gilt es für unsere Parteigenossen, für die morgen — Mittwoch — stattfindenden

Arbeitgeberwahlen

Propaganda zu machen, und zwar für die Liste 2 (sozialdemokratische Arbeitgeber).

Die Baubeamtenvereine hatten im Jahre 1908 eine gemeinsame Liste auf die insgesamt 915 Stimmen und 12 Beisitzer entfielen.

Gerichts-Zeitung.

Esch, wir machen eine Landpartie!

Der Maler Louis Lewin und der Arbeitsbürsche Felix Lewin beteiligten sich am 23. Oktober an einer Kartoffel- und Heringspartie nach Kiefernau.

In diesem Tatbestand fand ein eifriger Schuhmann — groben Unfug und Veranlassung eines öffentlichen Aufzuges ohne polizeiliche Genehmigung...

Der Schuhmann bekundete zum höchsten Erstaunen der Zuhörer, daß er auf die telephonische Nachricht: ein Zug marschiert mit einer Fahne durch die Straßen! eingeschritten sei...

Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Veranlassung des Aufzuges fallen, beantragte aber wegen „groben Unfugs“ Verurteilung der beiden Missetäter zu 20 Mark resp. Verweis.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld beantragte Freisprechung beider Angeklagten und Uebnahme der den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und sprach beide Angeklagte frei, lehnte aber ab, die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzuerlegen...

Die „Wahrheit“ vor Gericht.

Ein Artikel der „Wahrheit“ unter dem Titel „Garden und seine Freunde moralisch geohrfeigt“ hat Anlaß zu einer Privatklage gegeben...

Die Wahlen finden von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags statt, und zwar wird in folgenden Wahlstellen gewählt.

Hinter den Wahlstellen ist der Name des Lokals bezeichnet, von dem aus die Agitation betrieben wird.

Table with 4 columns: Nr. der Wahlstelle, Umfang Stadtbezirke, Wahlstelle, Parteiokal. Lists 24 different voting locations across Berlin with their respective party offices.

Beste Legitimation — wenn solche verlangt wird, ist die Wahlkarte oder Benachrichtigung des Magistrats, sonst Gewerbesteuer- oder sonstige Steuerquittung.

Kein Anhänger der Partei darf bei der Wahl fehlen. Jede Stimme zählt.

Wir erwarten, daß die Parteigenossen, namentlich aber diejenigen, welche sich wirtschaftlicher Selbstständigkeit erfreuen, zur Stelle sind und die wenigen Stunden der Wahl, wie stets, Beihilfe leisten.

genannten hochstehenden Kreisen. In dem Artikel war die Behauptung aufgestellt, daß der Privatkläger, der Reserveoffizier war, durch seine Beziehungen zu dem Schriftsteller Maximilian Harden seine Ehre als Offizier verlegt habe...

Oberst Engelbrecht dem Privatkläger Vorhaltungen über seinen Verkehr mit Harden gemacht hat. Die Strafe wurde auf 900 M. Geldstrafe eventuell 60 Tage Gefängnis normiert.

Eine im Jähzorn verübte Tat.

durch welche ein blühendes Menschenleben vernichtet worden war, bildete den Gegenstand einer Verhandlung, mit welcher gestern die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode bei dem Landgericht I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gabel eröffnet wurde.

„Weiße“ Frauen.

Ausschluß der Öffentlichkeit beantragte gestern der Staatsanwalt bei der Verhandlung einer Anklage wegen Verbrechen gegen das keimende Leben, die das Schwurgericht des Landgerichts III befaßigte.

Darlehensschwinder.

Eine seit 4 Tagen vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I geführte Verhandlung gegen den Hypothekener und Darlehensvermittler Carl Rasch und den Hypothekensmakler Max Edel ist gestern zu Ende gekommen.

Neun Jahre Zuchthaus wegen Sittlichkeitsverbrechen.

Nach zehntägiger Verhandlung ist vor dem Heidelberger Schwurgericht ein Prozeß wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit zu Ende geführt worden, der nach seinem Umfang wie seinem Strafmaß als wohl einzig dastehend bezeichnend werden kann.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Eine Dose ist die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Präparat selbst in 3 Tagen. (Euthal, Salicylsäure und indischen Gansgras.) Dr. H. Unger in Würzburg.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 14. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Rignon.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig.
Deutsches. Publi.
Kammertheater. Langlot.
(Anf. 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Oper-Theater.
Geschlossen.
Neues Schauspielhaus. Das kleine Schokoladenmädchen.
Festung. Die Karren.
Römische Oper. Die Hofdame.
Kleines. Die verfluchten Brautenszimmer. I. Klasse. Varieté.
Neues Operetten. Die schöne Wette.

Berliner. Bummelstudenten.
Westen. Die lustige Witwe.
Neues. Mein erlauchter Ahnherr.
Trianon. Hippolyte's Abenteuer.
Festung. Pariser Menu.
Ehania. Politische Wirtschaft.
Schiller O. (Kasseler - Lötter.)
Der Himmel auf Erden.
Schiller. Charlottenburg. Maria und Magdalena.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Hofgünst.

Volkoper. Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lustspielhaus. Das Objekt.
Ausstellungstheater. Regard.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Hofmanns Töchter.
Moderne. Der Feldherrnhügel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rote. Der Glöckschenschied.
Gartenfeld. Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er.
Folies Caprice. Der Feldherrnhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Curia - Wir leben noch!

Kasseler. Julie Wippen.
Apollon. Spezialitäten.
Bühnen. Spezialitäten.
Volgt. Geschlossen.
Kasseler. Kasseler Sänger.
Sternwart. Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wintergarten. Spezialitäten.
Walhalla. Bravo! Bravo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Wedding. Lichtspiele.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Was uns der Mond erzählt.

Gartenfeld. abends 6 Uhr: Professor Dr. B. Donath: Wellenlehre und Schall.
Gartenfeld. abends 8 Uhr: Professor Oswald Bauer: Die Entwicklung der Metallographie.
Sternwart. Invalidenstr. 57-62
Anfang 8 Uhr: Die Karren.
Mittwoch 8 Uhr 1/2. 6. Klasse: Wenn der junge Wein blüht.

Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Bummelstudenten.
Neues Theater.
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.
Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmeasch.
Berliner Volksoper
Abends 8 1/2 Uhr:
Der Trompeter v. Säckingen.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Objekt.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.
Pariser Menu.
Drei Gänge von Georges Feydeau und Weber-Abrie.
1. Gang: "Der Peter über Paris", 1 Akt von Weber-Abrie.
2. Gang: "Eine Nachtigung", 1 Akt von Georges Feydeau.
3. Gang: "Nach dem Mädchenball", 1 Akt von Georges Feydeau.
Sonntag, den 19. Februar, nachm. 8 Uhr: Kümmere Dich um Amalie.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 14. Februar, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Mittwoch: Die Räuber.
Donnerstag: Wilhelm Tell.
Freitag zum erstenmal: Einbeirat.
Sonnabend: Figaro's Hochzeit.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hofmanns Töchter.
Mittwoch: Die Hofen des Herrn von Fredom.
Donnerstag und Freitag: Das große Licht.
Sonnabend 4 Uhr große Kinderdarstellung: Was und Wo? 8 Uhr: Das große Licht.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Was uns der Mond erzählt.
Hörsaal 6 Uhr:
Professor Dr. B. Donath:
Wellenlehre und Schall.
8 Uhr: Prof. Oswald Bauer: Die Entwicklung der Metallographie.

Kaiser-Panorama.
3. 1. Klasse: IV. Wanderung in Venedig. 2. Klasse: III. Tour im südl. Schwarzwald.
Eine Reise 20 Pf. Kind nur 10 Pf.
Abonnements 1 M. Tausende Abonn.

POSE-THEATER
George-Franckfurter-Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Der Glöckschenschied.
Vollständig in 5 Akten von Bödner und Spannuth-Bodeschedt.
Mittwoch, Freitag: Lorbeerbaum und Bettelstab.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Der Herrgottschneider v. Ammergau.

Apollon Theater
10 grandiose Spezialitäten. U. a.:
8 Heilige Chingusen 8
unter Leitung ihres Oberpriesters Tschin Man. 9 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlins
Otto

Reuter.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Metropol-Theater.
Curia!
Wir leben noch!
Große Aufführungsgesellschaft in 7 Bildern v. A. Freund. Musik v. B. Dolländer.
In Szene gesetzt von Dr. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Stausen gestaltet.

WINTERGARTEN
Die berühmte chines. Tragödie
MD. Chung
m. ihrem chines. Schauspiel-Ensemble:
„Im Reiche des Drachens“
Chines. Schauspiel (nach einer alten Legende) in 2 Akten.
Mit Orford, Elefantendressurakt.
La belle Leonora, span. Tänzerin.
The Kellinos, ein Fest in Venedig.
The 8 Geishas, jap. Gesp.-Tanz-Tr.
Fred Marion, Instrument-Imitator.
Florence and Lillian, Musikal.-Akt.
Les Pissidius, Gladiatoren a. Pferde.
Merris Cronin Truppe, mod. Jongl.
„Durga“, das fliegende Pianino.
Les Marquards, in ihrer Szene „Im Walzerwahn“. Biograph, n. Aufn.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Sgr. Ordone
der spanische Caruso.
Schneider-Duncker
Les Vignacs
u. d. kolossale Febr.-Prog
14 neue Varieté-Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
Lapland in Berlin.
Eine Kolonie
Frauen, Männer, Kinder,
in ihr. Leben, Sitten u. Gebräuch.
Zum 1. Male in Berlin!
in ein. eigens erbauten Polardorf.
Ohne Extra-Gang!

Casino-Theater
Lohrerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Wochenlang total ausverkauft!
Julie Wippen!
Ein edles Berliner Volksstück.
Julie Wippen!
Man laßt Tränen über
Julie Wippen!
Sonn. 3 1/2 Uhr: Der Hochzeitsstaufer.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss, neu!
Kuhlekecks Varieté-Theater.
Bühnenstücke von Weisjel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonnab. 7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Himmel auf Erden.
Schwank in 3 Akten von Julius Grotz.
Ende 10 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kaiser.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
Maria und Magdalena.
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Hindau.
Ende 10 1/2 Uhr.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Kaiser.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Berliner Männerchor
M. d. D. A.-S.-B. Chormeister: Fr. Bothe.
Sonntag, den 19. Februar, in Freyers Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 29: 60/8
Volklieder-Abend.
Mitwirkende:
Marianne Geyer (Lieder zur Laute).
Willy Deckert (Violoncellovirtuose).
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang präz. 6 Uhr.
Billets im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.
Kinder unter 4 Jahren haben keinen Zutritt.

Bunter Abend.
Sonntag, den 19. Februar, 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15.
Mitwirkende:
Dr. Sibel (Violine), königl. Kammermusiker Maske (Cello),
Pri. Schumann (Sopran), Berthold Pusch (Bariton), Margarete
Walkotte, Erwin Faustel (Pianist), Emil Heß (Schauspieler).
50 Pfennig im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15.
Abendkasse 60 Pfennig.

Sport-Palast
Entre 1 M. Potsdamer Straße 72-72a Entre 1 M.
Größter Eispalast der Welt.
Feerie „Karneval am Nordpol“.
200 Eislaufer. X Prachtvolle Ausstattung.
Unerreichbare Lichteffekte. X 2 Musikkapellen.
Raum für 10 000 Personen. X Unterricht im Eislauf.
Vormittags-Konzerte.
Sonntags 4 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung.**

„CLOU“
BERLINER KONZERTHAUS
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90-91
Eintritt 50 Pf.
Gastspiel v. Johann Strauß
aus Wien.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Johann Strauß.**
Sonnabend, den 18. Februar, abends 9 Uhr: **Mimosenfest, Riviera-Frühling in Berlin.** Eintritt 3 Mark.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königsplatz. Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Morgen, Mittwoch: **Eiertag.**
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Schrengruber
mit seiner Truppe (60 Personen) aus München.
Anfang 8 Uhr. 3 Orchester. Eintritt 30 Pf.
Gastkarten haben volle Gültigkeit.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 109-114
Heute Dienstag, den 14. Februar:
Gr. Bockbierfest
in den bayerischen Alpen.
Prämierung
der größten Glatze.
(Kahlkopf ausgeschlossen.)
Drei bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20,- Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Voranzeige! Donnerstag, den 16. Februar: **Voranzeige!**
Prämierung der größten in Groß-Berlin geborenen **Dame** bis inkl. 30 Jahren.
Legitimation ist mitzubringen. Anm. d. b. 10 Uhr ab. a. d. Kasse.
Anfang 7 Uhr. 4 Kapellen. Entree 30 Pf.
Im Neuen Licht-Prunk-Saal **Großer Ball.**

Excelsior-Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152 (Passage Richardsstraße)
Anfang: wochentags 6 Uhr abends, Sonntags 3 Uhr nachm.
Monaldeschi. Historischer Schlager.
Das Duell aus Eifersucht. Drama a. d. wilden Westen.
Moritz und der Sonnenschirm. Sehr ulkig.
Der mutige Bräutigam. Herrn Haases Erlebnisse etc.

20 Säle und Vereinszimmer
mit modernen Bühnen, in allen Größen sowie
8 neu renovierte Kegelbahnen an Wochentagen
(auch einige Sonnabende und Sonntage) noch frei.
Sophien-Säle **Pracht-Säle Alt-Berlin**
C. 54, Sophienstr. 17-18 Blumenstr. 10
Tel. III 2783 Tel. VII 3095
Inhaber: **Paul Baatz.**

Zirkus A. Schumann.
Berlins größtes
Vergnügungs-Etablissement.
Dienstag, den 14. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Heros
außerordentlichster Schaffjongleur.
Anton u. Grock
mit ihren ganz neuen mag. Akt.
Arconis 4 Personen,
Schleuderbreit-Akrobaten.
H. B. Schumann
mit seinen neuesten Kreationen
sowie Auftritten der
übrigen Kunstkräfte.
Der große Coup
9 1/2 Uhr. Der 9 1/2 Uhr.
Schmuggler.
Romantische Geniessung in 4 Akt.

Zirkus Busch.
Dienstag, 14. Febr., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Gastsp. **Mis Serene Nord!**
Tausch- und Schwimmkünstlerin.
Gastspiel des Herrn Direktor
Pierre Althoff und Frau Direktor
Adele Althoff, Freiheitsdröck.
Käti Sandwina!
Lady Hercules!
Mons. Amorus,
Champion im Hochspringen.
3 Gebr. Fratellinis urk. Clowns.
Um 9 Uhr ca. zum 54. Male:
„Armin.“

Theater des Weddings
Lichtspiel-Palast
Müllerstr. 182/183 - Seilerstr. 35
Paul Singers
Begräbnis.

Im Auto durch die **Savoyen**
Alpen (Naturaufnahme).
Der blinde König (Illustrat.
zur Uhländischen Ballade).
Voranzeige:
Mittwoch, 15. Febr., 5 1/2 u. 9 Uhr:
Vortrag des Herrn Schriftstell.
Walter Hoen-Basel über
die Besteigung des Himalaya durch
den Herzog der Abruzzen.

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Groszjan, Inhab.: Rud. Herr,
Schönhäuser Allee 129. Tel. 3, 9353
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2. Sonnt. 4 1/2. Vorzugskarten,
nur movent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Streiwechsl. Programm.

Voigt-Theater
Gelandbrunnen, Bahnhofsstr. 58.
Dienstag, den 14. Februar:
Gastspiel in **Bühnen-Theater,**
Schönhäuser Allee 48:
Das Buschliesl!
oder: Die Müllerin u. ihr Kind.
Original-Goldstück mit Gesang in
4 Akten von J. Büchardt.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Theater „Groß-Berlin“.
Dienstag, den 14. Febr., **Waldensee,**
Enders-Bräu, Berliner Allee:
8 1/2 Uhr:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Aufz. v. G. Haupt.
Preise 50-100 Pf. Auf Vorzugskarten
billiger. Inzertate gelten als Vorzugsk.
karten.

Karl Haverland-
Anfang Theater. Kommandanten-
präz. 7 1/2. Theater. Straße 77/79.
Das vielseitige amüsante
Februarprogramm.
Neue erstkl. Spezialitäten.

Bosporus am
Moriaplatz.
Täglich 3 Uhr: Varieté-Vor-
stellung, Cockbierfrübel, Tanz.
Mittwoch, den 15. Februar:
Prämierung des leistungsfähig-
sten Kartoffelpuffer-Essers.

Mila-Säle
Schönhäuser Allee 130, Milastr. 3.
Jeden Dienstag,
Donnerstag und Sonntag:
Kavaller-Ball
bei großem Streichorchester.
Tanz und Entree:
Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.
Anfang: Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 5 Uhr.
Carl Elsner.

Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Herrnfeld
Theater
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Zwei Schläger:
Eine verlorene Nacht.
Er, Sie und Er
mit Anton und Donat Herrnfeld in
den Hauptrollen.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 16. Februar 1911:
Marianne,
ein Weib aus dem Volke.
Voll-Schauspiel in 5 Aufzügen von
G. Drögler-Wanfried.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Die abgetretene Frau.
Neuer bunter Teil.
Feldweibelhügel.

LICHTSPIELE.
MOZART-SAAL.
Nollendorf-Platz.
Beginn 6 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Gölmartstr. 72.
Gänzlich neues Programm mit
Franz Schanski.
Leop. Rosser, Elsa de Pianquo, Ge-
schwister Bernhardt, Mis Eugenie,
The Blanks usw.
Ein Berliner Witzmäddchen.
Wochent. Anf. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Theater Sanssouci
Hochbahnstation Köpenicker Tor,
8 1/2 Uhr: Gastspiel
National-Sporting-Troupe
Training für die großen
Vorkämpfe.

Grete Gallus
Paul Förster.
Die von da drüben.
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Hippolyte's Abenteuer.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Sektion der Isolierer und Steinholzleger.
Achtung! Sektion der Isolierer! Achtung!
 Die nächste
Mitglieder-Versammlung
 findet am **Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr,** bei
Hoffmann, Dragonerstraße 15, Ball.
 Zahlreichen Besuch erwarten
 136/15
Der Vorstand. H. A. Hermann Lange.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Groß-Berlin.
 Bureau: Linienstr. 215. Geöffnet v. 9-11 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt III 938.

Bezirks-Versammlungen

- Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Südost u. Süden** bei Hahn, Kaufher Platz 12.
- Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Schönhauser Vorstadt** bei Rath, Schönhauser Allee 134a.
- Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Rixdorf** bei Gellert, Steinmetzstr. 93.
- Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 Uhr:
 für **Spandau** bei Gottwald, Schönwalder Str. 80.
- Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Norden** bei Wernicke, Aderstr. 123.
- Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Nordwest** bei Kirschkowski, Beuststr. 9.
- Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Ostern** bei Zietz, Warschauer Straße 61.
- Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
 für **Schöneberg** bei Franz, Tempelhofer Str. 18a.
- Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:
Gruppe der Kunststeinarbeiter
 bei Haberland, Linienstr. 73.
- Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:
 für **Reinickendorf** bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18.
- Sonntag, den 19. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr:
 für **Adlershof** bei Kaul, Dismarckstr. 16.
- Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
 für **Tegel** bei Kalkes, Berliner Str. 92.
- Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr:
 für **Köpenick** im Stadttheater (H. Saal), Friedrichstraße.
- Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr:
 für **Ober-Schöneeweide** bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43.
- Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr:
 für **Johannishal** bei Gobin, Rosenstr. 2.
- Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr:
 für **Weißensee** im Prälaten, König-Chaussee 42.
- Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr:
 für **Charlottenburg** im Volkshaus, Rosinenstr. 3.
- Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr:
 für **Rummelsburg u. Umg.** bei Blame, Alt-Borghagen 56.
- Donnerstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr:
Gruppe der Schallplattenarbeiter
(Presser, Schleifer und Stoffarbeiter)
 im „Rosenhaler Vereinshaus“, Rosenhallerstr. 57.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
 Vortrag, Bericht von der Generalversammlung, Verhandlungsgegenstände.
 Zweck: Ausübung einer Kontrolle über Teilnahme an den Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihre Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können!
 Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwarten
 63/4
Die Bezirksleiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Gemeinsame General-Versammlung
 für die Verwaltungsstellen im Berliner Lohngelände
 im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15.
Tages-Ordnung:
 Die Umänderung der Unterhaltungsstätte im Berliner Lohngelände, Delegiertenliste und Mitgliedsbuch legitimiert.
 Am 20., 21. u. 22. Februar
Lichtbildervorträge (statt über:
 „Die historische Entwicklung der Künste und die modernen Bestrebungen im Handwerk“).
 Zitate: Habels Brauerei, Bergmannstr. 57.
 Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15.
 Freyers Festhale, Köpenicker Str. 29.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Donnerstag, den 23. Febr., im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 14/15:
Lichtbildervortrag für Kinder.
 Zum Vortrag kommen: „Wanderungen durch die Alpen“ mit 100 besten Bildern.
 Zum Schluß: Märchen, Erzählungen u. humoristische Darbietungen.
 Eröffnung um 7 1/2 Uhr. X Anfang pünktlich um 8 Uhr.
 Als Legitimation dient eine Einladungskarte, welche die Kollegen für ihre Kinder bei den Beitragskassieren und im Bureau erhalten. Die Karten kosten nichts, jedoch wird nur eine beschränkte Zahl ausgeben werden.
 Kinder unter 9 Jahren können nicht zugelassen werden.

6. Wahlkreis!

Dienstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
10 öffentliche Frauen-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
 Obiglos Festhale, Schwedter Str. 23/24.
 Verolina-Festhale, Schönhauser Allee 28.
 Konzerthallen Südmilch, Bornholmerstr. 7.
 Borussia-Säle, Aderstr. 6/7.
 Zwirnemünder Gesellschaftshaus, Zwirnemünder Str. 42.
 Frankes Festhale, Badstr. 19.
 Cranz' Festhale, Ködliner Str. 8.
 Volk-Brauerei (Abt. 2), Chausseest. 61.
 Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
 Stadt-Theater Moabit, Alt-Moabit 47/49.
Tages-Ordnung:
 „Reuten für Witwen und Waisen oder Zwangs-erziehung für Arbeiterkinder?“ Freie Diskussion.
 Referentinnen: Ottilie Baader, Regina Friedländer, Marie Greifenberg, Gertrud Hanna, Luise Kähler, Anna Matschke, Martha Tietz, Mathilde Wurm, Klara Weyl, Luise Zietz.
 224/17*
 Für die Einrufer: **Richard Henschel, Ufermünder Str. 17.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:
Bezirk 1: Nächste Versammlung Mittwoch, den 15. Februar, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Abraham, Rordufer 10.
Bezirk 2: Nächste Versammlung Donnerstag, den 16. Februar, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Kramer, Hustenstr. 40.
Bezirk 3: Nächste Versammlung Mittwoch, den 15. Februar, beim Kollegen Grunze, Schönhauser Allee 150.
Bezirk 4: Nächste Versammlung Mittwoch, den 15. Februar, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Mertowetzky, Vortrag des Genossen Mühl.
Bezirk 5: Nächste Versammlung Mittwoch, den 15. Februar, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Karl Gollies, Veier Str. 10.
Bezirk 6: Mittwoch, den 15. Februar, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen Fritz Wille, Sebastianstr. 39: Mitglieder-Versammlung.
 74/8
Die Ortsverwaltung.



Dr. Gentner's
 berühmtes & allgemein beliebtes
Veilchen-Seifenpulver
Goldperle
 mit 100% Seife in jedem Paket
 Allfabrikant Carl Gentner, Pöppingen.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenspreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

Engelhardt
Caramel-Bier
 Alkoholarmes Spezialbräu
 Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, säugende Mütter etc. etc.
 — Flasche 10 Pf. —
 Überall käuflich.
 Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

Für die Konfirmation

Anzüge
 in den neuesten Modellen von ganz vorzögl. Poffform
 15.50 20.— 25.50 M.
 30.— 35.— 44.— M.

Kleider
 nur geschmackvolle Neuheiten
 19.— 25.— 32.— M.
 38.— 45.— M.

Schuhe
 auserlesene Formen and erste Qualitäten
Kompl. Wäsche-Ausstattungen
 für Knaben und Mädchen in höchster Preiswürdigkeit

Heinrich Weltmann Nachf.
Stefan Esders
 Kaiser-Wilhelmstr. 41-42 Berlin C. Ecke Spandauer Strasse

Sichere Existenz der Kiesbranche.
 Suche kapitalstärkenden Unternehmern, der mein 34 Morgen großes Kieslager bei der aufstrebenden Kreisstadt Templin durch Fabrikation von Röhren und Platten ausnutzt.
 Sehr gute Lage.
J. Abraham, [1005] Berlin, Linienstr. 142 (III. 8135).

Fett ohne Schwarte
 und ohne Ragerfleisch 60 Pf.,
2 Pfund 1.15 Mark.
 Pola, Bratslawstr. 90 B., als Beigabe zum Rot- und Grünsoßl.
 Vorzüg. gewürzte Rot- und Leber-wurst, 50 Pf., 2 Pf. 95 Pf.
 Jeden Dienstag- und Freitagabend: Grilche Blutwurst, 80 Pf.
 Leberwurst, 10 Pf.
F. Nielsch, Friedrichstraße 245, Wilhelmsstr. 109-110.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba,
 Weinbergsweg 1, dir. a. Hofentwäcker Tor.
 Wichtigste Bezugsquelle für
 Besuch f. zur dauernden Rundschau.

Syphilis-Nachweis
 in allen frisch u. vorerit. zweifelhaft Fall durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; besgl. Garm- (spez. auf Gonorrhoe-Röden) u. Spatum-Analysen.
Dr. Homoyer & Co., Spezial-Laborat.,
 Friedrichstr. 189, am Kronen- und Kochenstraße, I. 8724, Berl. Adlpr. distr. u. teitend. Geöffnet von 8-8 Sonntag von 12-1.

Pollmanns Bandagen
 Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc.
 Berlin N., Potthinger Str. 60.
 Lieferant für Krankenkassen.
 Eigene Werkstatt.

Master-Coupons-Resie,
 wunderbare Frühjahrs-Neuheiten für Anzüge, Ulster, Kostüme etc., Meter 3.—, 4.—, 5.— Strickhaar-Loden, imprägniert für Wetter-Pelerinen, Meter 1.50, 2.—, Tuchlager Gertrudenstraße 20-21, Koch & Seeland, Gesellschaften, h. H. v. a. v. d. Patriarchen.

Schallplatten Verleih-Institut
 auch nach auswärt. Prosp. gratis.
Karl Horbs, Berlin 50
 Neue Königstrasse 35.

Gelegenheitskauf!
 Wollene
Schlafdecken
 St. 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁰⁰ 6⁰⁰ M.
Pferdedecken!
 St. 2⁵⁰ 3⁵⁰ 4⁵⁰ 5⁵⁰ M.
 für dicke Portieren alle Farben
 Meter 1,75, 2,50 bis 4,50.
 Abgepaßte Friesmäntel 2,25-5 M.
 Versand unter Nachnahme.
Emil Lefèvre,
 Berlin, Oranienstraße 158.

Zur Einsegnung!

Anzüge

aus schwarzen Kammgarntoffen
14, 17, 19, 21
25, 28, 40 M.

Anzüge

aus dunkelblauen Cheviotstoffen
16, 18, 20, 24,
28, 32, 36⁰⁰ M.

Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.

M. Schulmeister

BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4



Konsultieren Sie Ihren Hausarzt!



Wichtig für:

Herzleidende,
Nervöse,
Magenfranke,
Korpulente,
Sichfranke,
Stillende Mütter,
Kinder,

Werte über koffeinfreien Kaffee Hag

... teile
Ihnen mit, daß
die klinischen Prüfungen,
die ich an besonders kaffe-
empfindlichen Personen angestellt
habe, zu meiner vollsten Zufriedenheit
ausgefallen sind.
Prof. Dr. U., A.
Chefarzt am Städt. Krankenhaus.

... Seit sechs Wochen lasse ich den Herzkranken und
einigen für koffeinhaltigen Kaffee hochgradig empfindlichen Herzkranken
meines Sanatoriums Ihren koffeinfreien „Kaffee Hag“ verabreichen. In
keinem einzigen Fall hat Ihr koffeinfreier Kaffee, der im Aroma und Feingeschmack
dem besten Karlsbader Kaffee gleichkommt, die Herznerven oder den Schlaf ungünstig
beeinflusst, sondern wurde ganz vortrefflich vertragen.
Sanitätsrat Dr. G., Dr.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zahlen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Inventory-Verkauf zu Spottpreisen.

Teppiche, Karbenschleier, jetzt abgeliefert billig. Kleiderfabrik, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbelhandlung; billiger wie überall. Vorwärtslesen nach extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Federbetten, Kissen

1.65, 2.25, 2.85, 3.50, 4.50, 5.75 ufm.

Totalverkauf von angekauften Gardinen, Stores, Decken

beden kaumend billig. Große Frankfurterstr. 125.

Tuch- und Wäscheverkauft, Garnitur

3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Großes Frankfurterstr. 125.

Teppiche billig, Fabrik Große Frankfurterstr. 125.

Tuch- und Wäscheverkauft mit kleinem Restern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstr. 125. Nur im Hause der Möbelhandlung. 2026R

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Ehrlich. Preis 2.-

Exp. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (selbstbest.) in allen Größen

jeft für die Hälfte des Wertes Teppichlager Grün, Godescheer Markt 4, Bahnhof Berge. (Keller des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wilder kaufen Sie direkt Fabrik bei Bogdan, Weimelerstr. 2.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Teppich Thomas, Drantenstr. 160, Oranienplatz; Rosenbalerstr. 54.

Goldtröten, dreifachartig 4.50, Bronze 7.50, Gaszuglampen 7.00, Gaslaternen 1.40, Gasbrenner 0.55, Leuchtgasgeräte, Kronenleuchter Große Frankfurterstr. 92; Billale Händelstr. 6. 1301R

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R

Tüllgardinen, Stores, Anleuger, Spottbilliger Inventarverkauf, Kissen 1.15, 1.60, 2.50 bis 9.-, Brautstoffe Hebergardinen; Kissen garnitur 3.50 bis 13.50. Woll's Teppichhaus, Dresdenerstr. 8 (Kottbuscherstr.). Abonnement Rabatt. 2025R

Schönhauser Allee 114 (Ringbahn). Großherzoglich (potentiell) Einfaßquell. Niedrigere Räumungspreise. Wänderverkauf. Tischengarnen. Hochglanzleder. Goldarmenleuger. Mahagoni-Paletts. Daunenbetten. Gardinenverkauf. Knäuelwäse. Vorleuger. Steppdeckenleuger. 2022R

Germania's a. Plandischhaus. Stauendbillige Jadedentzange, Gebrodenzange, Herenpaletts, Herenbosen. Extra billiger Seitenverkauf. Wänderverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Plandischbetten, Wäseauswahl, Schmuckwaren, Tischdecken, Wanduhren, Vortelballe Einfaßquell, Plandischhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R

Wärfelbude, sehr billig, verkauft Schuhe, Lichtendergerstr. 3, vorn parterre. 783

Salotrone, dreifachartig, 12 bis 30.00, Speisezimmer 10-40.00, Wohnzimmer, Herlampen zu halben Preisen veräußert. Fabrikgebäude Kottbuscherstr. 11/12. Sonntags geöffnet. 2111R

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schmeichelhaften Verkauf. Breite bedeutend vergrößert. Plandischteppiche, ganz schwere Qualität; Stübengröße, früher 18.50 jetzt 12.00; Wohnzimmergröße, früher 32.75 jetzt 24.50; Salongröße, früher 43.50 jetzt 35.00. Teppichhaus Georg Lange, Schönebergstr. 73/74.

Vorleuger, Tisch- und Tisch, Restbestände 1-4 Fenster bedeutend unter Preis.

Erbsen-Storen, ein großer Kasten mit Solant, volle Breite und Länge 4.75.

Steppdecken, eigene Anfertigung richtige Größe, 3.75, 4.50, 5.50, 7.50, Teppichhaus Georg Lange, Schönebergstr. 73/74. 2075R

Moripian 58a im Zeilhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kanarienvogel getragene Jadedentzange, Kodenzange, Paletts, grünteil auf Seite, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenkleid (auch in Tisch), Koffern, Kleibern, Wäse, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hocheleganter). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Kämme, Betten, enorm billig, Moripian 58a. 2067R

Die Grundbegriffe der Wirtschaft. Eine populäre Einführung von Julian Vorwärts. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

4.25 prachtvolles Bett, 10.00, ganzer Stand, vorkolla gefüllt, Hängende, Hängende, Hängende 34.

Handbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißschliff, 15.00, große Betten 90 Pfennig, Damastbezüge 3.80, Steppdecken, Pringenstr. 34.

Bauerndebett, Unterbett, zwei Kissen 27.00 nur in der billigen Plandische, Pringenstr. 34, 1. Annoncenanzeiger vergüte Nachfrage. 2066R

Bronzeastronen, Inventar-Räumungsverkauf Jugampeln, Bomborne, Stedlicht, Hängelicht, Gadscher, Preise bis 30 Prozent ermäßigt. Schröder, Nachstr. 43. 20

Vittorero Nähmaschinen ohne Anzählung, gebraucht (potentiell) Einfaßquellstr. 99, Wäsestr. 67.

Jährlich nur einmal Inventar-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Lebere, Drantenstr. 158, Extraliste gratis. 1992R

Gute Plandischteppiche, prima Qualität. 130/200 14.25, 160/230 20.75, 200/300 33.00 Inventarpreis. Teppichhaus Emil Lebere, Drantenstr. 158, Extraliste gratis. 1992R

Teppiche (Karbenschleier) Gelegenheitsverkauf. Rabriklager Morerhoff, Nur Große Frankfurterstr. 9, Hüringengang. Begründet 1874. Vorwärtslesen 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Teppiche billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, Hüringengang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstr. 9, Hüringengang. 2491R

Glossen zu Hoes Gapsis und Egidmund Lacroix. Die wahre Gestalt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf. billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstr. 69, Laden.

Wärfelbude, sehr billig, verkauft Schuhe, Lichtendergerstr. 3, vorn parterre. 783

Salotrone, dreifachartig, 12 bis 30.00, Speisezimmer 10-40.00, Wohnzimmer, Herlampen zu halben Preisen veräußert. Fabrikgebäude Kottbuscherstr. 11/12. Sonntags geöffnet. 2111R

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft billig

Schauer, Reichenbergerstr. 97a II. 1129

Sehr gute Herrenhosen, 6.50 Mark, Zimmerstr. 48a I. 104b

Kanarienvogel, 4.00 an, Weißchen 1.00, Weinmeisterstr. 4, Seitenflügel. 21/17

Vogelarten, zahm, (sprechend, großer Kanarienvogel billig. Grundmann, Kommandantenstr. 52, Restaurant. 2107R

Geschäftsverkäufe.

Obstgeschäft billig veräußert. Eberstr. 51. 1129

Gettoal im nahen Vorort Berlin, reelles Geschäft, mehrere Vereine, auch Bahnbereich. Billige Rente. Offerten unter J. 1 Hauptexpedition des „Vorwärts“.

Altes gutgehendes Partikelal, Jadedentzange, mehrere Vereine, Ertrag enorm, Admiralstr. 30.

Partikelal, Jadedentzange, Verstaatlichung, veräußert Diefenbachstr. 54. 62b

Kohlengeschäft, gutgehend, zu verkaufen Rüdori, Wäsestr. 3.

Zeitungsgeschäft, gutgehend, Umstände halber sofort zu verkaufen. Rüdori, Wäsestr. 1/2, Ecke Hermannstr. 726

Kolonialwaren, altes gutes Geschäft, schöne Wohnung, verkauft Hofenheide 73. 105b

Wäsestr. zu verkaufen Dufelandsstr. 31. 155

Grünfam-Geschäft Todesfall halber veräußert eventuell Einrichtung. Wäsestr. 10. 765

Grünfam-Geschäft, 25 Jahre bestehend, wegen Todesfall sofort zu verkaufen Friedenstr. 33. 118b

Möbel.

Möbel-Verkauf, Brunnenstr. 7, am Kottbuscher Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Kleiner-Auswahl. Stube und Küche. Ankauf von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark an. Einzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhren. Hosen-, Röhren-, oder Vierteljährige Raten nach Ueber-einkunft. Lieferer auch nach auswärts. Vorseiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Wäsestr. 10. 765

Wäsestr. 10. 765

Wäsestr. 10. 765

Piano, wie neu, 250.-, Anle-

straße 115, I links. 7145

Nachbauampiano mit Säulen und reicher Schnitzerei, erstklassiges Instrument, früher 475.- jetzt 375.-. N. Hirschowitz, Stallgerstr. 25 an der Hochbahn. 1976

Verschiedenes.

Verwandtschaft-Gesellschaft Wäsestr. 31. 7109

Kuchengeschäft von Frau Kolosky, Schützenstr. 8 III. 1955R

Patentanwalt Müller, Wäsestr. 31. 1955R

Patentanwalt Wäse, Wäsestr. 31. 1955R

Handwerker erhalten technischen Unterricht, Auszubildende: Tischler, Leinwand, Lager- und Kleidermacher, Kleidermacher, Schneider, 21. Offerten „Vorwärts“, Postamt 21.

Technikum, Berlin, Reichenbergerstr. 3 (Schinkel-Akademie), Inhaber Artur Werner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurwissenschaften, Lehrkräfte, Werkmeister, Konstrukteure, Innungsmeister, Vorkurs, Vertiefung, Tages- und Abendkurse. * Nähmaschinenreparaturen (selbstgemacht) und billig, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstr. 28. 2066R

Wäsestr. 10. 765

Mietsgesuche.

Kellerer Handwerker sucht öffentliche Schlafstelle, Norden. K. 100, Postamt 103. 790

Junger Mann sucht ein passendes möbliertes Zimmer in der Nähe vom Bahnhof Gesundbrunnen oder Wedding, Preis 15-18 Mark inklusive. B. Steffel, Vorwärtsstr. 41, vorn 1. Trepp. 985

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Plandischteppiche gesucht. Anton u. Alfred Lehmann, Aktiengesellschaft, Nieder-Schöneberg bei Berlin. 62b

Bergarbeiter auf Goldbrunnen verlangt Max Lehnardt, Wäsestr. 28. 1143

Bananenschläger verlangt zu Kaufpreisen Schloffer, Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 57. 760

Schlofferlehrling verlangt aus, Gollnowstr. 28. 1129

Verleger für Kunstschmiede und Schlofferer gesucht. Schulz u. Co., Waldemarstr. 55. 1129

Vortierstelle (sofort zu vergeben) Rüdori, Wäsestr. 6. 7150

Arbeitskräfte, der in Druckerarbeiten hat, sucht Buchdrucker, Stallgerstr. 25. 111b

Vausbürger, fröhlichen, verlangen sofort Wäsestr. 28, Wäsestr. 28. 1129

Januar-Schneider und Lehrling verlangt Junger, Wäsestr. 76. 1129

Zeitungsfrau (sofort) für Leipziger Platz, Leipziger Straße und Nebenstraßen, abends mit Hilfe, Kronenstr. 2. 1015

Zeitungsfrau (sofort) für Schiffbauerdamm und Wäsestr. 28, abends mit Hilfe, Kronenstr. 2. 1035

Zeitungsfrau (sofort) für Unter den Linden und Wäsestr. 28, abends mit Hilfe, Kronenstr. 2. 1035

Wäsestr. 10. 765

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag abend, in Nihil's Festsaal, Dönnelwitzerstr. 13: Vortrag des Genossen Dr. A. Conrad über: „Das preussische Wahlrecht seit 1848“.

Rieberschönweide. Mittwoch, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins beim Genossen Kienast, Grünauer Straße 8. Beiträge werden in dieser Versammlung entgegengenommen. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Groger über: „Die politischen Parteien und ihre Programme“.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Toiletten in den Berliner Cafés.

Wenn wir von einer Toilettenfrage in den Berliner Cafés sprechen, so haben wir nicht jene schwierige Frage im Auge, welche die ständige Sorge der vornehmen Damen von Berlin W. bildet. In den Streit zwischen Korsett und Reformkleid wollen wir uns heileibe nicht mischen. Es handelt sich vielmehr um einen Mißstand, der sich in den Cafés bei der Benutzung der Klosetts herausgebildet hat.

In den meisten Fällen übergibt der Cafetier die Toiletten einem Generalpächter. Dieser verpachtet die Toiletten wieder an andere; meistens sind es kleine Leute, Invaliden, Witwen usw., welche oft ihre letzte Habe hingeben, um die geforderte Summe aufzubringen, in der Erwartung, eine Existenz zu finden.

Durch genaue Ermittlungen wurde festgestellt, daß in 80 Betrieben zusammen die Summe von 155 080 M. an Pacht für die Toiletten bezahlt wurden. Das sind ganz enorme, fast ungläubliche Summen, welche hier arme Krüppel und Frauen bei einer wenig delikaten Beschäftigung für die Unternehmer verdienen müssen.

Das Deutsche Opernhaus zu Charlottenburg ist am Sonnabend in Form einer Betriebs-Aktiengesellschaft gegründet worden. Der Gründungsausschuß sind in Charlottenburger Rathaus statt.

Westliche Vororte und Zweckverbände. Die Vertreter von zwölf westlichen und südlichen Vororten hatten sich vor einigen Tagen in Friedenau zu einer Konferenz betreffend den Entwurf des Zweckverbandsgesetzes zusammengefunden.

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Schöneberg entfielen auf den Regierungsrat und Beigeordneten Dominikus aus Straßburg 44 Stimmen, den Kandidaten Kutscher-Fürth 14 und den Kandidaten Wankenstein 4 Stimmen.

Die Berlin-Wilmersdorfer Tuberkulose-Ausstellung ist am Sonntag geschlossen worden. Mehr denn 40 000 Personen haben die Ausstellung besucht, rund 8000 Schulkinder sind in die Ausstellung durch ihre Lehrer und 1000 Unteroffiziersmannschaften sind noch in der letzten Woche durch Militärärzte in die Ausstellung geführt worden.

Um die erweiterte Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, wie sie der Magistrat vorschlägt, dürfte in der nächsten Stadtverordnetenversammlung sich noch ein lebhafter Kampf entspinnen.

Der Vorstand des Komitees „Konfessionslos“, Vorsitzender Professor Dr. Ludwig Gurliitt, sendet uns folgende Zuschrift: „Das Komitee „Konfessionslos“, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die aus den Landeskirchen Ausgetretenen zu organisieren, erzieht folgende Zuschrift:

Berlin, den 31. Dez. 1910. Sehr geehrter Herr Lehmann! Aus den Zeitungen ersehe ich die Gründung eines Komitees „Konfessionslos“, dem auch ich geneigt bin beizutreten.

Darauf erhielt Herr von Hellfeld das Material und eine Einladung zur Vorbesprechung über das „A. R.“ zum 1. 2. d. J. Es erschienen 12 Personen, unter ihnen ein sehr robuster Mann, der sich als Eisenbahnassistent Weber und als Vertreter des in Gesellschaft nach Königsberg verreisten Herrn von Hellfeld vorstellte.

Ein fanatischer Arbeiterfeind schickt uns aus Charlottenburg folgende Zuschrift: „Haben Sie die „B. J. a. M.“ vom 10. Febr. gelesen von Arbeiter Schettat bei Siemens beschäftigt, Frankf. Allee 107 wohnhaft?

Zwei Rindesteine wurden vorgestern nachmittag gefunden, die eine, die in Zeitungspapier eingewickelt war, vor einem Dragoner, dem Wurfen eines Leutnants, auf dem Fluß des Hauses Schleifische Straße Nr. 22, die andere auf dem freien Felde gegenüber dem Hause Müllerstraße Nr. 81.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Ein tragischer Vorgang spielte sich am Sonntagvormittag auf dem Potsdamer Platz ab. Der in Prenzlau stationiert gewesene Oberst du Bessier hatte sich besuchshalber in Berlin aufgehalten. Als der alte Herr den Potsdamer Platz passierte, brach er an der Normaluhr plötzlich leblos zusammen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonntagvormittag gegen 11 Uhr 30 Minuten in der Invalidenstrasse nahe dem Pappelplatz. Dort wollte der Kaufmann Josef Forster, Langestraße 60 wohnhaft, den Fahrdamm überfahren, wurde jedoch vom Vorderperren des Motorwagens 1544 der Linie 63 erfasst und beiseite geschleudert.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Vom Rixdorfer Schulwesen.

Für die Arbeiterschaft besonders interessant ist in dem bereits erwähnten Jahresbericht des Rixdorfer Magistrats der Bericht über das Schulwesen. Die Zahl der Volksschulkinder ist in Rixdorf eine sehr hohe. Während im Jahre 1901 nur 14 205 Volksschulkinder vorhanden waren, wurden 1908 26 443 Kinder, 1909 28 238 Kinder und 1910 29 923, also fast 30 000 Kinder gezählt.

Leider fehlen in diesem Bericht auch wieder, wie in den Vorjahren, die Maximalziffern der Massenfrequenz; augenscheinlich sind diese Ziffern derartig hoch, daß man sie schamhaft zu verschweigen sucht, trotzdem von sozialdemokratischer Seite mehrfach die Anregung gegeben wurde, diese Ziffern in den Jahresberichten zu veröffentlichen. — Brausebäder sind nur in einem Schulgebäude in der Wobbinstraße eingerichtet. Die Beteiligung der Schüler war leider eine sehr mäßige. Von den Knaben badeten 88 Proz., von den Mädchen nur 17 Proz.; augenscheinlich wird von den Lehrern kein sehr energischer Druck auf die Kinder ausgeübt, sich an den Bädern zu beteiligen. Wenn es sich darum handelt, hurrapatriotische Dinge zu treiben oder die Kinder aus der freien Turnerschaft herauszubringen, dann entwickeln unsere Volksschullehrer eine viel energiereichere Tätigkeit. Jedenfalls sollten die Eltern ihre Kinder möglichst dazu anhalten, an den Schulbädern teilzunehmen, wo ihnen die Möglichkeit gewährt wird.

Die Ausgaben, die auf den Kopf des Volksschülers entfallen, betragen in Rixdorf 1910 74 M.; das ist die niedrigste Summe, die für den Kopf des Volksschülers in ganz Groß-Berlin ausgegeben wird; selbst Weissenhof gab 78 M. aus, Treptow 177,62 M., Charlottenburg bezahlte 168,28 M. pro Kopf und Grunewald sogar 250,84 M.

Vom ersten April ab wurden zuerst sechs Ärzte für die Rixdorfer Volksschulen angestellt, und damit endlich dem ständigen Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten wenigstens in etwas nachgegeben. Doch üben diese Ärzte nur erst einen kleinen Bruchteil der schulärztlichen Tätigkeit anderer Gemeinden aus; sie untersuchen nur die Schulfähigkeit der Lernanfänger. Jede weitere Tätigkeit, wie eine dauernde Ueberwachung der Schüler, der Schulanfänger, fehlt vollkommen.

Unter den untersuchten Lernanfängern waren April 1909 9,2 Proz., im Oktober 1909 9,7 Proz. untauglich für die Schule. Bei den 2570 April 1909 untersuchten Kindern wurde unter verschiedenen anderen Krankheiten bei 421 Kindern Blutarum (ungenügender Kräftezustand), 164 Rachitis (englische Krankheit), 238 Skrofuloze, 352 Zahnkrankheiten, 112 Verkümmungen der Wirbelsäule, festgestellt. Bei 2277 Kindern, die Oktober 1909 untersucht wurden, konnte bei 494 Kindern ungenügender Kräftezustand (Blutarum), bei 235 Rachitis, bei 448 Skrofuloze, bei 494 Zahnkrankheiten, bei 91 Rückenverkrümmungen konstatiert werden.

Für diese Kinder geschieht nun nichts weiter, als daß sie vom Schulbesuch auf ein halbes bis ein Jahr dispensiert werden. Unbedingt notwendig wäre, daß auch die Stadt Rixdorf, wie viele andere Gemeinden, helfend eingreift. In erster Linie müßte der Versuch gemacht werden, durch eine städtische Schul-Fahrradlinie die enorm hohe Zahl der Zahnkrankheiten unter den Schülern zu beseitigen. Jedenfalls beweisen diese Ziffern, daß in bezug auf den Gesundheitszustand der Schulkinder und die schulärztliche Ueberwachung noch so gut wie alles in Rixdorf fehlt.

Was die Erreichung der Lehrgiele der Volksschule betrifft, so erreichten die 1. Klasse fast 1/2, genau 59 Proz. der Schüler; aus der 2. Klasse gingen fast 1/2, genauer 24 Proz., ab; aus der 3. Klasse 13 Proz.; aus der Oberstufe also 96 Proz., während aus der 4. Klasse 3 Proz., aus der 5. Klasse 1 Proz. entlassen wurden.

Die Kosten auf den Kopf der Volksschüler, verglichen mit den Kosten auf den Kopf eines Schülers der höheren Lehranstalten, waren folgende: Der Zuschuß der Stadt betrug 1908 für den Volksschüler 82,32 M., für den Schüler des Realgymnasiums 106,19 Mark, für den Schüler der Oberrealschule 166,73 M. Der Zuschuß der Stadt betrug 1909 für den Volksschüler 70,19 M., für den Schüler des Realgymnasiums und Vorschule 91,79 M., für den Schüler der Oberrealschule 140,04 M., für den Schüler der Realschule 182,07 M. Man ersieht daraus, daß der Zuschuß, den die Stadt für die Besucher der höheren Lehranstalten leistet, trotz der Schulgelder bedeutend höher ist, als bei den Besuchern der Volksschule.

Für die Schwachbegabten sind zwei Hilfschulen eingerichtet, von denen die eine achtklassig, die andere sechsklassig ausgebaut ist. In diesen Hilfschulen waren am 1. Januar 1910 170 resp. 133 Kinder untergebracht.

Diese Ziffern sind sehr niedrig gegenüber der Gesamtzahl der Volksschulkinder; sicher müßten viel mehr in diesen Hilfschulen untergebracht werden, und es wird auch stets eine große Zahl von Anträgen auf Aufnahme schwachbegabter Kinder in diese Hilfschulen wegen Ueberfüllung abgewiesen. Die Hilfschulen selbst sind beide in Mieträumen untergebracht, die durchaus ungeeignet sind zur Aufnahme von Kindern, die wegen Körperlicher oder geistiger Schwäche eine besondere Rücksicht verdienen.

Der Bericht spricht ferner auch von den Jugendspielen, die für die Volksschüler und Volksschülerinnen eingerichtet sind. Besonders hervorzuheben wird, daß im Jahre 1908 an den öffentlichen Spielfestern in dem Treptower Park außer den Knaben der höheren Lehranstalten 1000 Gemeindschüler, an den öffentlichen Spielfestern 1909 neben den Schülerinnen der höheren Mädchenschule 1000 Volksschülerinnen teilnahmen. Natürlich fanden diese öffentlichen Spiele am 2. September, am Sedanstage, statt, so daß hier mal wieder die Volksschüler und Volksschülerinnen Staffage bilden mußten für Hurrapatriotismus und Schlachtenbegeisterung.

Niel bleibt unseren Genossen noch in Rixdorf zu tun übrig, um das Volksschulwesen auf das Ideal zu bringen, das ihnen vorschwebt.

Vichtenberg.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, am Freitag in der Maschinenfabrik von Eckert & Co. Einem Werkzeugflösser des Betriebes war eine Stange zur Reparatur übergeben worden. Der Schlosser prüfte hierauf den Gang der Maschine und als er dieselbe abstellen wollte, geriet er mit dem Aderper in die Kamraden, jedoch ihm die linke Seite aufgerissen wurde. In seiner Angst rannte der Schwerverletzte noch ein paar Meter weiter, bis er entrückt einem Arbeiter in die Arme fiel. Leider wurde dem Schwerverletzten erst nach über einer Stunde Hilfe zuteil. Der Verunglückte hatte erst einen Tag vorher in dem Betriebe angefangen.

Daß der Jugendausflug Vichtenberg-Friedrichsfelde mit seiner am Sonntag veranstalteten Aufführung von Josen „Geipenster“ das rege Interesse bei jung und alt erweckt hatte, bewies nicht nur der stätliche Besuch, sondern auch die gespannte Aufmerksamkeit der Zuhörer sowie am Schluß die beifällige Aufnahme des Stückes. Den einleitenden Vortrag hielt Frau Wally Jepsier. Das Drama selbst wurde von der Märkischen Wanderbühne aufgeführt.

Zehlendorf (Bannfesebahn).

Der letzte Gemeindevertretertag tagte am 11. Februar mit der Eisenbahnverwaltung zur Genehmigung vor. Derselbe hat schon früher die Vertretung beschloffen und wurde zuletzt in der Sitzung vom 18. November vorigen Jahres wegen der inzwischen erhöhten Forderungen des Eisenbahnbaus abgelehnt. Der Vertrag bezweckt die Herstellung einer Unterführung der Bannfesebahn im Zuge der Krotzmauer Straße sowie die Regulierung der angrenzenden Straßen. Es wird jetzt ein Zuschuß in Höhe von 14 000 M. von Zehlendorf gefordert. Die Vertretung stimmte dem Vertrag zu. Gleichfalls genehmigt wurde der Fluchtlinienplan für die Alsenstraße vom Siegelrothischen Grundstücke bis zur Gemarkungsgrenze mit dem Grunewald, für die Hermannstraße von der Alsen-

straße bis zur sogenannten Veltisstraße und für die Verlängerung der Klopstockstraße von der Alsenstraße bis zur Hermannstraße. Mit der Festlegung dieses Fluchtlinienplanes wird wieder ein gewaltiges Terrain den erholungsberechtigten Ausflüglern entzogen. Abgelehnt wurde dagegen die Annahme der Verwaltung einer Stiftung der Justizrat Bartonschensche, durch die Stiftung sollen einer Anzahl Verwandten der Stiften, sowie Angehörigen von im Testament näher bezeichneten Verwaltern der Intelligenz, vorzugsweise Dichtern und Philosophen, wirtschaftliche Vorteile gewährt werden. Das Stiftnungsvermögen umfaßt etwa 215 000 M., wozu ein in der Gittel-Frey-Strasse in Schlachtensee liegendes Stiftnhaus gehört. Die Verwaltung der Stiftung wurde abgelehnt, weil dadurch eine erhebliche Belastung einiger Gemeindevorstände, die Gemeinde aber keinerlei Vorteile als Gegenleistung erwarten könnte. Der nächste Punkt betraf die Verleihung einer Omnibusverbindung mit Zehlendorf bzw. Schönow. Wie hatten schon einige Male auf die bestehende Verkehrsmissere hingewiesen, die es mit sich bringt, daß die Kinder vom Ortsteil Schönow an Regentagen oft die Schule nicht erreichen können. Es wurde nun eine Offerte des Fahrwerksbesizers Palm zur Genehmigung unterbreitet. Herr Palm erbot sich durch die Offerte der Gemeindevertretung vorgelegt und genehmigt unter der Voraussetzung, daß vertraglich eine pünktliche Einhaltung der Fahrzeiten und vor allem die Beförderung der Schulkinder von Schönow garantiert wird. Ein weitergehender Antrag Köppen, auch für Sonntags den Zuschuß zu gewähren, wurde abgelehnt. Ob nun der Omnibusverkehr auch eingeführt wird, steht natürlich noch nicht fest. Herr Palm hat auf eine inzwischen an ihn gerichtete Anfrage, ob er seine Offerte noch aufrecht erhält, vorgezogen, nicht zu antworten. Es steht also zu erwarten, daß infolge der Schnelligkeit unseres Gemeindevorstandes die Verkehrsmissere noch weiter bestehen bleibt.

Die nun folgende Stadtdenke wurde durch eine längere Rede des Bürgermeisters Käster eingeleitet, aus der mit aller Deutlichkeit hervorging, daß die bisher beliebten Statuistellungen so eine Art Bilanzverschleierung darstellen, die gemacht wurden, um recht zahlungsstarke Einwohner nach Zehlendorf zu ziehen. So waren angegebene Ueberhörsche in Wirklichkeit gar nicht vorhanden und es mußte daher durch fortgesetzte Erhöhung der Steuern, besonders der Einkommen- und Grundsteuer, ein Ausgleich herbeigeführt werden. Trotzdem weist jetzt der Etat einen Fehlbetrag von 300 000 M. auf, für den Dedung gesucht werden muß, obwohl man schon die Grundsteuer auf 4,2 pro Mille zu erhöhen vorschlägt. Eine stärkere Heranziehung des unbauten Grundbesitzes wird nicht gewünscht. Der Bürgermeister führte dann eine Reihe von Beispielen über das Steigen der Durchschnittsquote der Einkommensteuer von Zehlendorf an und brachte sie in Gegensatz zu anderen Orten um Berlin, womit er eine erfreuliche Entwicklung von Zehlendorf beweisen wollte. Ein sonderbares Amüsantes. Man braucht wohlhaftig kein Verwaltungsgelehrter zu sein, um zu wissen, daß in einem Ort mit reicher Einwohnerzahl der durchschnittliche Satz der Einkommensteuer höher sein muß wie in einem hauptsächlich von Arbeitern bewohnten Orte. Im übrigen suchte er gegenüber überflüssigen Vorgeleiten darzulegen, daß in Zehlendorf für die Volksschule genau soviel getan werde wie für die höheren Schulen. Das trifft nach seinen eigenen Ausführungen jedoch nicht zu, denn für den Schüler des Gymnasiums werden 184 M., für den der Oberrealschule 874 M., für die Schülerin der höheren Mädchenschule 181 M., für den Gemeindschüler aber nur 181 M. Zuschuß von der Gemeinde geleistet. Das unerfreuliche Bild, das er entrollte, suchte Herr Hammer zu verwischen, indem er die Vertreter der Presse, die Zehlendorf lieb haben, bat, darüber nicht zu berichten. Aber selbst Herrn Hammers Darlegungen können das Bild nicht besser machen. Gelien sie doch, daß schon 1909 ein Fehlbetrag von 75 000 M. vorhanden war, obwohl nach außen die sogenannten Ueberhörsche den Zustand verschleierte. Aus der Debatte ging noch der unerfreuliche Zustand einer Beamtenwirtschaft hervor, wie sie ihresgleichen vergeblich sucht. Auf 72 Einwohner kommt in Zehlendorf bereits ein Beamter. Die Verwaltung allein verschlingt 295 000 M. Bei einem Ort von 17 000 Einwohnern jedenfalls ein hübsches Stückchen. Die anschließende Spezialberatung konnte nicht zu Ende geführt werden.

Weissenhof.

Die Zweimillionenleihe wird von dem Landwirtschaftlichen Kreditinstitut für Sachsen in Dresden aufgenommen. Die Zinsen betragen 4, die Verwaltungskosten 1/20 Proz., der Kursverlust 0,80 M. Die Tilgung der Anleihe erfolgt vom 1. April 1913 ab mit 1/2 Proz. Die Verwendung derselben ist folgende: 350 000 M. zur Ablösung einer Hypothekenschuld auf dem Elektrizitätswerk, 250 000 M. für die Erweiterung des Elektrizitätswerks, 100 000 M. zur Tilgung einer schwebenden Anleihe, 51 500 M. zur Erstattung der Mehrkosten bei dem Bau der Gemeindeparkhalle, 12 500 M. zur Erstattung der Mehrkosten bei dem Bau des Verwaltungsgebäudes, 1 000 000 M. zur Finanzierung des Grundvertrags, 150 000 M. zur Regulierung von Straßen, 28 000 M. zur Deckung der Kosten bei der Aufnahme der Anleihe. Eine noch nicht zur Verwendung gekommene Summe von 1 1/2 Millionen Mark von der im Jahre 1908 aufgenommene Siebenmillionenleihe soll erst vom 1. April 1912 ab zur Amortisation kommen.

Panke.

Eine imposante Versammlung fand am Sonntag um 3 Uhr nachmittags in Panke im Schloßpark-Gasthaus statt. Aus der Umgegend, Pankow, Soppinisdorf, Kuhlendorf, Marienwerder, waren über 800 Personen, insbesondere aus den ländlichen Kreisen zusammengetrieben, um dem Vortrag des Abgeordneten Stadthagen über das Thema: „Nieder mit der Reaktion!“ beizuwohnen. In den 90er Jahren und 1906 war es „Patrioten“ unter Führung des Amtsvorstehers Seeger und einer Reihe Fortschrittler gelungen, die Versammlung zu sprengen. Auch diesmal wurden die größten Anstrengungen gemacht, dasselbe Ziel zu erreichen. Der aus der Wandliger Versammlung weiteren Kreisen bekannt gewordene Oberförster Finsterwalder hatte die Kollalinhäberin, eine Witwe, wiederholt bestärkt, ihre Zusage zurückzuziehen und ihr gedroht, er werde ihr das Geschäft zerbrechen, die Holzauktionen entziehen u. dgl. Es war die Keuerung gefallen, nicht zehn Mark sollte die Frau verdienen. Panke und Umgegend wurden mit Betteln vom patriotischen Verein belegt, in denen mitgeteilt war, der Oberförster Finsterwalder plane eine Gegendemonstration gegen die zur Wahltagung einberufene „sozialdemokratische Versammlung“. Auf den Wunsch des Herrn Finsterwalder wurde „den patriotischen Vätern“ nahegelegt, sich zur Stärkung dieser in vaterlandsfreundlichem Sinne geplanten Gegenbewegung um 1/3 Uhr nachmittags in Panke auf der Mevierförsterer einzufinden. Dieser Appell fiel auf fruchtbaren Boden. Auch eine große Anzahl von Mitgliedern des Bundes der Landwirte und von Kriegerveteranen fanden sich in der Versammlung ein, o hns vorher beim Oberförster zum Appell angetreten zu sein. Gegen 3 Uhr rückte die Finsterwalder Schar — der als antisemitischer und konservativer Wanderredner bekannte Redakteur Döring aus Berlin mit 3 Berliner Begleitern und etwa 25 Mann — an. Herrn Finsterwalder wurde der Eintritt aus den oben angeführten Gründen verweigert. Die übrigen erhielten selbstverständlich — die Fortbeamteten nach Ablegung ihrer Hirschfänger — Zutritt. Genosse Knoetsche sorgte als Versammlungsleiter für Aufrechterhaltung der Ordnung, die zu stören vergeblich versucht wurde. Der häufig von lebhaftem Beifall unterbrochene Vortrag ließ u. a. die Finanzreform, die Jibilliste, die Kanalvorlage, das Schiffsfahrtsabgabengesetz, die Reichsversicherungsordnung, die Noabiter Vorgänge, die Kreditpflege, die Wahlrechtentziehung Revue passieren und legte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Niederbringung der den Mittelstand, die Arbeiterklasse und das Vaterland so schwer schädigenden

Reaktion dar. Großer Beifall durchstosste den Saal, als Redner mit einer Darlegung des Endziels der Sozialdemokratie und mit dem Appell, unaufhörlich durch Aufklärung für Beschleunigung des Sieges der Arbeit zu agitieren, geschlossen hatte. Nach ihm erhielt Redakteur Döring das Wort. Der Vorlesende wußte trotz der oft provozierenden Wendungen des Redners ihm volle Redefreiheit zu verschaffen, nachdem dieser versichert hatte, er werde bis zum Schluß der Versammlung bleiben. Seine unter lebhaftem Widerspruch, insbesondere aus Landarbeiterkreisen, gemachten Darlegungen erzielten die entgegengesetzte Wirkung, als von ihm beabsichtigt war. Weiter war keine Klage darüber, daß die bürgerlichen Parteien den Kampf aufgegeben hätten, und seine Drohung, der Erreichung des sozialdemokratischen Endziels würden die Eigner der Produktionsmittel Gewalt entgegenzusetzen. Mehrere Genossen und der Referent führten den Wanderredner unter lebhafter Zustimmung der Versammlung ab. Nach einem Appell, der politischen Organisation der Sozialdemokratie und dem Landarbeiterverbände beizutreten, schloß der Vorlesende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie. Unter dem Gesänge „Wer schafft das Gold zutage?“ leerte sich langsam der Saal.

Fester Fuß ist jetzt in dieser schwarzen Erde des Niederrhein-Kreises gefaßt. Die Keuerungen Angehöriger des Mittelstandes liegen klar erkennen, daß ihnen die Augen über die junckerliche Miswirtschaft aufgegangen und sie nicht mehr Willens sind, dem Bunde der Ritter und Heiligen Heeresfolge zu leisten.

Aus aller Welt.

Die Pest.

Nach dem letzten amtlichen Telegramm des Gouvernements Kwantung aus Tjingtau ist das deutsche Schutzgebiet pestfrei. Aus Tschifu waren nach Tjingtau zweihundert, aus der Provinz Schantung 250 Todesfälle gemeldet. Letztere Angabe stammt von den im Innern der Provinz lebenden Europäern. Somit hat die militärische Absperrung des Stadtgebietes und die Ueberwachung der Schutzgebietsgrenze die erhoffte Wirkung gehabt. Zur wirksamen Aufrechterhaltung der militärischen Absperrung, die an die Besatzung große Anforderungen stellt, werden von den Offizieren und Mannschaften, die am 22. Februar mit dem Dampfer „Redar“ die Heimreise antreten sollten, zwei Offiziere und 28 Mann in Tjingtau zurückbleiben, um nicht zu sehr auf die neu heraufgekommene junge Mannschaft, die sich erst eingewöhnen soll, angewiesen zu sein. Beim Ostasiatischen Marine Detachement in Peking findet ein Personalwechsel vorläufig nicht statt. Auch bei diesem Marine Detachement sind bisher Pestfälle nicht vorgekommen.

Infolge einer pestverdächtigen Erkrankung in der Nähe der russischen Grenze hat der Generalgouverneur des Amur-Gebiets die Absperrung der Grenze durch Truppen angeordnet.

Kapitalistischer Mord.

Der Abbau der Wagnorbücke von Carrara findet noch heute unter ganz primitiven Verhältnissen und ohne jeden zeitgemäßen Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter statt. Wie der „Avanti“ erfährt, sind im Jahre 1910 1519 Arbeiter Opfer eines Betriebsunfalls geworden. Von diesen sind 19 gestorben und über 200 waren mehr als drei Monate arbeitsunfähig. Die Zahl der dauernd Verkrümmelten ist nicht angegeben. Der Abbau wird von zahlreichen Gesellschaften betrieben, unter denen sich auch eine große englische und eine französische Aktiengesellschaft befindet. Viele Gefahren könnte eine vermehrte Verwendung der Maschinen herabmindern, aber die Maschinen sind noch immer loßspieliger als Arbeiterleben.

Der Herzog als Schwindler.

Ein großer Gesellschaftsandal bereitet sich gegenwärtig in Madrid vor. Der „Pais“ meldet, daß der Herzog von Montemar, ein spanischer Grande 1. Klasse, demnächst wegen Betruges verhaftet werden wird. Der Herzog hatte sich mit einer Komtesse de los Andes, die ihm eine reiche Wittig, namentlich in Liegenschaften im Gebiet von Xeres in die Ehe brachte, verheiratet. Kurze Zeit nach der Vermählung trennten sich die Ehegatten und der Herzog von Montemar verdrängte auf die Wittig gegen eine monatliche Pension von 300 Pefetas. Dieser Betrag war natürlich bei der luxuriösen Lebensweise des Herzogs nicht ausreichend und der Herzog wandte sich an einen Wucherer, der von ihm verlangte, daß er ein Dokument von seiner Gattin beibringe, was ihm gestatte, Hypotheken auf deren Vermögen aufzunehmen. Der Herzog von Montemar versprach dem Wucherer, dieses Schriftstück beizubringen und fand bald eine Frau, die dem Alter nach als seine Schwiegermutter hätte gelten können, ebenso zwei Männer, die ihm dabei als Zeugen dienen sollten. Alle vier begaben sich zu einem Notar, wo das verlangte Dokument ausgestellt wurde. Bevor sich der Herzog von Montemar nach der Republik Argentinien auf Reisen begab, machte er von dieser Affäre anderen Personen Mitteilung, wodurch die Mutter seiner Gattin, Gräfin de los Andes, von dem Betragsereignis ihres Schwiegersohnes erfuhr und bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattete. Man erwartet sensationelle Verhaftungen.

Kleine Notizen.

Selbstmord zweier Sergeanten. In Heildronn haben sich zwei Sergeanten vom Infanterieregiment Nr. 122 gemeinsam das Leben genommen. In einem Patronenmagazin des Regiments erschossen sie sich in der Sonntagsnacht aus bisher unbekannter Ursache; nebeneinander sitzend, wurden sie gestern morgen tot aufgefunden.

Beim Fischfang ertrunken. Auf einem Wasser bei Bredenbagen in Mecklenburg-Schwerin fand am Sonntagnachmittag beim Fischfang der Tagelöhner Reinke und der zu Besuch beurlaubte Grenadier Wlasemann ertrunken. Ein 17-jähriges Mädchen, das mit ihnen im gefesterten Kahn saß, konnte sich retten.

Opfer des Eisports. Beim Schlittschuhlaufen auf dem See bei Ruzsadi in Mecklenburg-Schwerin ertranken zwei Schüler des dortigen Technikums, der 20 Jahre alte Techniker Gräbke und der 19 Jahre alte Techniker Wulff. — Auch auf dem Ludower See bei Sternberg in Mecklenburg-Schwerin ereignete sich ein tödlicher Unfall. Ein 10-jähriger Knabe brach beim Schlittschuhlaufen ein; herbeieilenden Technikern gelang es nicht, dem Knaben zu retten, da sie selbst einbrachen und an ihrer eigenen Rettung denken mußten.

Witterungsbericht vom 13. Februar 1911, morgens 8 Uhr.

Station	Wärmehinh. min.	Wärmehinh. max.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag	Station	Wärmehinh. min.	Wärmehinh. max.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag
Schwetzingen	775	830	2	Wolfig	—	6	Opparumba	763	838	4	bedeckt	—	8
Hamburg	776	830	1	bedeckt	—	0	Wiesenburg	784	850	1	Dunst	—	25
Berlin	774	830	2	bedeckt	—	0	Stoll	773	838	3	bedeckt	—	7
Kranz. a. N.	773	830	1	Dunst	—	2	Herbein	765	833	5	Wolfig	—	7
Helmgen	773	830	4	bedeckt	—	1	Warts	774	838	1	bedeckt	—	7
Wien	773	830	4	bedeckt	—	3							

Wetterprognose für Dienstag, den 14. Februar 1911. Zunächst kälter, vielfach heiter bei ziemlich frischen südöstlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung und Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau. Verlagsanstalt u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin SW.